

# APuZ

Aus Politik und Zeitgeschichte

36–37/2009 · 31. August 2009



## Zweiter Weltkrieg

*Norbert Frei*

1939 und wir

*Jerzy Kochanowski*

Der Kriegsbeginn in der polnischen Erinnerung

*Martin Sabrow*

Den Zweiten Weltkrieg erinnern

*Rolf-Dieter Müller*

Kriegsbeginn 1939: Anfang vom Ende des Deutschen Reichs

*Elena Stepanova*

Bilder vom Krieg in der deutschen und russischen Literatur

*Svenja Goltermann*

Kriegsheimkehrer in der westdeutschen Gesellschaft

*Hermann Parzinger*

Folgen des Zweiten Weltkriegs für Kunst- und Kulturgüter

## Editorial

Als am Morgen des 1. September 1939 mit dem Beschluss der Westerplatte vor Danzig der Zweite Weltkrieg begann, rechtfertigte die NS-Presse den Überfall auf Polen mit „polnischen Grenzübergreifen“. Nun werde „Gewalt gegen Gewalt gesetzt“, jeder Soldat müsse „seine Pflicht bis zum Letzten“ erfüllen. Zwei Tage später erklärten Frankreich und Großbritannien dem Deutschen Reich den Krieg. Am 17. September marschierte die Rote Armee gemäß der Absprachen im Ribbentrop-Molotow-Pakt in Ostpolen ein. Die Diktatoren Stalin und Hitler teilten Osteuropa unter sich auf und waren Verbündete – bis zum Sommer 1941.

Viele glaubten der NS-Propaganda vom friedliebenden „Führer“, manche nicht. Im November 1939 schlug der tollkühne Versuch des Schreiners Johann Georg Elser nur denkbar knapp fehl, Hitler im Alleingang zu töten und damit den Krieg umgehend zu beenden. Im Mai 1945 lag die Welt in Trümmern. Die Bilanz des vom Deutschen Reich angezettelten Krieges lautet: mehr als 55 Millionen Tote, fast die Hälfte davon Zivilisten. Die Folgen des Zweiten Weltkrieges veränderten die Landkarte Europas und prägten Generationen.

Polen hatte am längsten unter der brutalen Besatzungspolitik der Nationalsozialisten gelitten. Trotz der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch die DDR im Görlitzer Vertrag von 1950 war das Verhältnis der „Bruderländer“ nie spannungsfrei. Seit Willy Brandts historischem Kniefall vor dem Ghetto-Mahnmal in Warschau am 7. Dezember 1970 ist eine lange Wegstrecke im deutsch-polnischen Verhältnis zurückgelegt worden. Heute sind Polen und das vereinte Deutschland gute Nachbarn sowie Mitglieder in NATO und EU. Nur ein Phantast hätte das prophezeit. Die Erinnerung an den Krieg, die Schatten der Vergangenheit sind immer präsent, aber sie sind nicht mehr übermächtig.

*Hans-Georg Golz*

Norbert Frei  
**1939 und wir**  
*Essay*

Wer den historischen Ort und die Bedeutung des 1. September 1939 im Gedächtnis der Deutschen zu bestimmen sucht,

**Norbert Frei**

Dr. phil., geb. 1955; Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Friedrich-Schiller-Universität Jena und Leiter des Jena Center Geschichte des 20. Jahrhunderts, Fürstengraben 13, 07743 Jena. sekretariat.frei@uni-jena.de

der kommt an einer Grundtatsache nicht vorbei: Ausgangs- und über Dekaden hinweg auch Fluchtpunkt jener aufklärerischen Zeitgeschichtsforschung, die sich seit den frühen Jahren der Bundesrepublik aus widrigen Anfängen heraus entwickelte, war nicht der Beginn des Zweiten Weltkriegs, sondern der 30. Januar 1933. Hitlers „Machtergreifung“, die brutale Umformung der Weimarer Demokratie in die nationalsozialistische Diktatur – das war es, was eine erste Generation empirischer Zeitgeschichtsforscher in den 1950er und 1960er Jahren vor allem bewegte. Der deutsche Überfall auf Polen kam demgegenüber erst in zweiter Linie in den Blick, gewissermaßen als Konsequenz der „Auflösung der Weimarer Republik“ (Karl Dietrich Bracher) und ihrer Verwandlung in den „Staat Hitlers“ (Martin Broszat).

Obgleich von jeher auch als eine internationale Aufgabe betrachtet und betrieben, stand die Geschichtsschreibung über den Nationalsozialismus in der Bundesrepublik stets im Spannungsfeld widerstreitender gesellschaftlicher Erinnerungsinteressen. So erklärt sich, dass die frühen Gesamtdarstellungen zur Geschichte des „Dritten Reiches“ die Kriegsjahre meist nur als eine Art Annex behandelten und dass die Erforschung der zweiten Hälfte der Regimezeit, jedenfalls soweit damit mehr gemeint ist als die Militär- und Diplomatiegeschichte des Zweiten Weltkriegs, erst im Abstand von etwa einer Generation stärker in Gang kam: nämlich in den 1970er Jahren, als es nicht mehr ausschließlich Hitlers Zeitgenossen waren, die den Ton und die Themen setzten.<sup>1</sup> Ablesbar ist dieser

Wandel auch an der seit Ende der 1960er Jahre konzipierten und erst kürzlich zum Abschluss gebrachten zehnbändigen Reihe des Militärgeschichtlichen Forschungsamts.<sup>2</sup>

Im Unterschied zur Situation nach 1918 lagen die Probleme der gesellschaftlichen Vergegenwärtigung des Zweiten Weltkriegs jedoch schon seit 1945 nicht in der fehlenden Anerkennung der deutschen militärischen Niederlage. Und anders als nach dem Ersten Weltkrieg stellte sich auch die Schuldfrage so gut wie nicht, obgleich am unbelehrbaren rechten Rand die These eines von Hitler spätestens seit Sommer 1941 geführten antibolschewistischen „Präventivkriegs“ bis heute ihre Verfechter findet. Höhere Hürden lagen – und liegen zum Teil noch immer – vielmehr dort, wo es um die Vorstellung geht, die Deutschen hätten den Krieg bloß auf Befehl ihres „Führers“ geführt – und nicht zumindest phasenweise auch aus eigener Überzeugung.

Ironischerweise war es der Nürnberger Prozess, der es einer Mehrheit der Deutschen ermöglichte, sich mit der Tatsache der deutschen Schuld am Zweiten Weltkrieg abzufinden; dies allerdings um den Preis der Fixierung auf jene vergleichsweise kleine Gruppe von „Hauptkriegsverbrechern“, die dort, soweit man ihrer noch habhaft geworden war, vor Gericht standen hatten. In den späten 1940er und den 1950er Jahren halfen dann die verbreiteten totalitarismustheoretisch inspirierten Deutungen des „Dritten Reiches“, die Alleinschuld an Krieg und „Zusammenbruch“ bei Hitler und dem engsten Kreis der NS-Führung abzuladen. Die hohe gesellschaftliche Akzeptanz, die der Krieg sehr wohl gefunden hatte, so lange er nichts als schnelle Siege zu produzieren schien, trat dahinter ebenso zurück wie die Verantwortung der Eliten.

In das kollektiv entlastende Bild einer zwar von Hitlers bis dahin erzielten Erfolgen begeistert, den Krieg jedoch ablehnenden „Volksgemeinschaft“ passte, was die Sozialdemokraten im Exil, aber auch der Sicherheitsdienst der SS in den ersten Tagen nach

<sup>1</sup> Dazu Norbert Frei, 1945 und wir. Das Dritte Reich im Bewußtsein der Deutschen, erweiterte Taschenbuchausgabe, München 2009.

<sup>2</sup> Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hrsg.), Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg. Bde. 1-10, Stuttgart 1979-2008.

dem Einmarsch in Polen registrierten und was sogar ausländische Beobachter zu bestätigen schienen. William Shirer zum Beispiel, der gegenüber den Deutschen nicht eben unkritische amerikanische Rundfunkkorrespondent in Berlin, notierte am 3. September 1939 in sein Tagebuch: „keine Hurras, kein Frohlocken, kein Blumenwerfen, kein Kriegsfieber, keine Kriegshysterie. Noch nicht einmal Haß auf Franzosen und Briten.“<sup>13</sup> Der in diesen Zeilen angelegte und in den Jahrzehnten danach vielfach aufgerufene kontrastierende Vergleich mit dem „Augusterlebnis“ 1914 ist mittlerweile allerdings von beiden Seiten her ins Wanken geraten: sowohl hinsichtlich der postulierten Skepsis 1939 als auch in Bezug auf die angenommene Kriegsbegeisterung ein Vierteljahrhundert zuvor.<sup>14</sup> Nicht, dass es für das eine wie für das andere keine Belege gäbe. Aber im Lichte neuerer, auch medienwissenschaftlich informierter Untersuchungen stellen sich Fragen nach Aussagekraft und Tragweite der Quellen schärfer denn je.

Zweifellos war die enorme Popularität, die Hitler an seinem 50. Geburtstag genoss, nicht dem Nimbus des prospektiven Kriegsherrn geschuldet, sondern dem Faktum, dass er alle Erfolge, die als Revision der „Schmach von Versailles“ verstanden werden konnten, bis dahin ohne Blutvergießen errungen hatte. Nicht dem kriegslüsternen Diktator, sondern dem „General Unblutig“ galt die Bewunderung der Deutschen und seiner „heim ins Reich“ geholten österreichischen Landsleute am 20. April 1939. In der Stilisierung des „Führers“ zum Vollender der deutschen Geschichte, wie sie jetzt nicht nur im nationalprotestantischen Bürgertum anzutreffen war, schwang unüberhörbar die Furcht vor einem Krieg mit, der alles Erreichte zunichte machen könnte. Implizit ist damit aber auch gesagt, dass es keine prinzipielle Ablehnung weiterer Revisionen und Annexionen, sondern die Frage des damit verbundenen Risikos war, die viele „Volksgenossen“ im Sommer 1939 um den Erhalt des Friedens bangen ließen.

Das erklärt den schnellen abermaligen Stimmungsschwenk nach dem unerwartet raschen Abschluss des Polenfeldzugs – und die grassie-

rende Empörung über den Anschlag des Johann Georg Elser im Münchner Bürgerbräukeller am 8. November 1939, dem Hitler nur knapp entging. „Die Liebe zum Führer ist noch mehr gewachsen, und auch die Einstellung zum Krieg ist infolge des Attentats noch positiver geworden“, registrierte der Sicherheitsdienst ein paar Tage später.<sup>15</sup> Eine solche Formulierung ließ einerseits erkennen, dass der Krieg, über dessen Fortgang im Westen Ungewissheit herrschte, noch immer auf gewisse Vorbehalte stieß; andererseits deutete sie aber auch an, dass es keine unüberwindlichen politisch-moralischen Bedenken waren, die die Deutschen bewegten. Das zeigte sich höchst eindrucksvoll im Frühsommer 1940, als nach dem triumphalen Frankreichfeldzug die letzten Skrupel zugunsten einer weithin geteilten Siegermoral wichen.

Die kollektiven Begeisterungstürme über die Niederrichtung des linksrheinischen „Erbfeindes“ waren nach 1945 so wenig erörterungsfähig wie die Umstände und Folgen des Überfalls auf Polen. Wurde gegenüber Frankreich im Zeichen der von oben dekretierten Aussöhnung vor allem die Rücksichtslosigkeit und Systematik der ökonomischen Ausplünderung in den Jahren der Besatzung beschwiegen, so verschwanden die in Polen bereits seit September 1939 „hinter der Front“ in großer Zahl verübten Verbrechen – mehr noch und länger als jene des Krieges gegen die Sowjetunion – im Zeichen des nun vorwaltenden Antikommunismus in einem ominösen Niemandsland des „Ostens“. Nur so erklärt sich, dass der von Wehrmacht und SS-Einsatzgruppen in Gestalt von Erschießungen Tausender polnischer „Freischärler“, Kriegsgefangener, Zivilisten und Juden exerzierte „Auftakt zum Vernichtungskrieg“ (Jochen Böhler) hierzulande über Jahrzehnte hinweg kaum wahrgenommen wurde.<sup>16</sup> Und nur so erklärt sich, dass zum Beispiel die Taten und Karrieren der nach Kriegsende in die Bürgerlichkeit der Bundesrepublik zurückgekehrten einstigen Kreishauptleute im Generalgouvernement bis in unsere Tage hinein als Verwaltungsroutine verharmlost werden konnten.<sup>17</sup>

<sup>13</sup> Heinz Boberach (Hrsg.), *Meldungen aus dem Reich 1938-1945. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS*, Herrsching 1984, S. 449 (13. 11. 1939).

<sup>14</sup> Vgl. Jochen Böhler, *Auftakt zum Vernichtungskrieg. Die Wehrmacht in Polen*, Frankfurt/M. 2006.

<sup>17</sup> Dazu jetzt Markus Roth, *Herrenmenschen. Die deutschen Kreishauptleute im besetzten Polen – Karrierewege, Herrschaftspraxis und Nachgeschichte*,

<sup>13</sup> William L. Shirer, *Berliner Tagebuch. Aufzeichnungen 1934-1941*, Leipzig 1991, S. 192.

<sup>14</sup> Vgl. vor allem Jeffrey Verhey, *Der „Geist von 1914“ und die Erfindung der Volksgemeinschaft*, Hamburg 2000.

Nicht nur sind diese Verbrechen unterhalb der Schwelle zur systematischen Verneinung der europäischen Juden in der deutschen Öffentlichkeit lange Zeit praktisch unbekannt geblieben; auch die zeitgeschichtliche Spezialforschung hat sich damit schwer getan.<sup>8</sup> Welche Anstrengungen es kostete und welche gesellschaftlichen Spannungen damit verbunden waren, ein ungeschminktes Bild von der Kriegführung der Wehrmacht – längst vor dem „Kommissarbefehl“ und dem „Unternehmen Barbarossa“ – durchzusetzen, zu schweigen von ihrer Beteiligung am Holocaust, das hat die harte Debatte um die so genannte Wehrmachtsausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung noch in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre demonstriert. Die seit damals deutlich intensiver gewordene Forschung hat das Bild, wie man schon seinerzeit vermuten konnte,<sup>9</sup> nur noch dunkler werden lassen.<sup>10</sup>

Gemessen am Forschungsstand von vor zwei Jahrzehnten, zum 50. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkriegs,<sup>11</sup> ist unser Bild

Göttingen 2009. Ähnliches gilt etwa auch für die in das annektierte Gebiet um Auschwitz übergesiedelten Reichsdeutschen; vgl. Sybille Steinbacher, „Musterstadt“ Auschwitz. Germanisierungspolitik und Judenmord in Ostoberschlesien, München 2000.

<sup>8</sup> Vgl. zum Beispiel die von Helmut Krausnick, dem ehemaligen Direktor des Instituts für Zeitgeschichte, betriebene Untersuchung über die Tätigkeit der Einsatzgruppen „hinter der Front“, deren lange erwartete Publikation noch Anfang der 1980er Jahre von lebhaften Protesten „soldatischer Kreise“ begleitet wurde, weil darin die Kooperation von Wehrmacht und SS erstmals deutlich zum Ausdruck kam; Helmut Krausnick/Hans-Heinrich Wilhelm, Die Truppe des Weltanschauungskrieges. Die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD 1938-1942, Stuttgart 1981, hier bes. S. 278.

<sup>9</sup> Norbert Frei, Faktor 1000. Wehrmacht und Wahrheit in Zeiten der Krawallkommunikation, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 2. 11. 1999, S. 49.

<sup>10</sup> Vgl. vor allem Johannes Hürter, Hitlers Heerführer. Die deutschen Oberbefehlshaber im Krieg gegen die Sowjetunion 1941/42, München 2006; Felix Römer, Der Kommissarbefehl. Wehrmacht und NS-Verbrechen an der Ostfront 1941/42, Paderborn 2008.

<sup>11</sup> Hier soll der Hinweis auf einen Sammelband des Militärgeschichtlichen Forschungsamts und das Protokoll einer internationalen Konferenz des Instituts für Zeitgeschichte genügen: Wolfgang Michalka (Hrsg.), Der Zweite Weltkrieg. Analysen, Grundzüge, Forschungsbilanz, München 1989; Norbert Frei/Hermann Kling (Hrsg.), Der nationalsozialistische Krieg, Frankfurt/M. 1990.

aber nicht nur düsterer, sondern auch dichter geworden. Das gilt für die Gesellschaftsgeschichte der „Heimatfront“, für die Geschichte der Kriegsmobilisierung, der „Arisierung“ und der Ausplünderung der besetzten Gebiete ebenso wie für die Erfahrungsgeschichte des Krieges. Dies alles ist seit 1989 ins Zentrum eines gesteigerten, hauptsächlich wohl dem Generationenwandel geschuldeten Interesses gerückt, das längst nicht mehr allein die Zeitgeschichtsforschung bedient. Der Aufmerksamkeit für den Krieg des – zunächst vor allem: soldatischen – „kleinen Mannes“<sup>12</sup> folgten die Erinnerungsberichte der „Zeitzeugen“ und die Familienromane der Nachgeborenen.<sup>13</sup> Neuerdings sind es Bücher über die Kinder des Krieges, die Aufmerksamkeit finden.<sup>14</sup> Verfasst nicht selten von diesen selbst unter Rückgriff auf eine zunehmend kultur-, gedächtnis- und tradierungsgeschichtlich fokussierte Fachwissenschaft.<sup>15</sup>

Es wäre viel erreicht, wenn es gelänge, die Erfahrungen und Reflexionen dieser jüngsten „Teilnehmer“ und Betroffenen des Krieges, die nun nicht nur in Deutschland an die Öffentlichkeit treten – man denke an das Vorhaben eines Museums des Zweiten Weltkriegs in Danzig, das gerade Kontur gewinnt –, mit aufgeklärtem geschichtlichem Wissen und einer daraus erwachsenden historischen Urteilskraft zu verbinden. Womöglich böte das in Zeiten, in denen manche Erwartungen an ein gemeinsames europäisches Gedächtnis enttäuscht worden sind, auch eine neue und günstigere Chance für eine integrative Erinnerung an den Beginn des Zweiten Weltkriegs und seine Folgen.

<sup>12</sup> Vgl. Wolfram Wette (Hrsg.), Der Krieg des kleinen Mannes. Eine Militärgeschichte von unten, München 1992.

<sup>13</sup> Kritisch dazu Harald Welzer, Schön unscharf. Über die Konjunktur der Familien- und Generationenromane, in: Mittelweg 36, 13 (2004), S. 53-64.

<sup>14</sup> Vgl. vor allem Nicholas Stargardt, Kinder in Hitlers Krieg, München 2008.

<sup>15</sup> Siehe Elisabeth von Thadden, Die Kriegskinder sind unter uns, in: Die Zeit vom 7. 5. 2009, S. 50.

# Der Kriegsbeginn in der polnischen Erinnerung

Im Sommer 1939 glaubte ein Großteil der polnischen Bevölkerung den Versicherungen, die eigene Armee sei – wie es auf den

## Jerzy Kochanowski

Dr. phil., Dr. habil., geb. 1960;  
Professor am Institut für Geschichte an der Universität  
Warschau, ul. Krakowskie  
Przedmieście 26/28,  
00-927 Warschau/Polen.  
j.p.kochanowski@uw.edu.pl

Propagandaplakaten hieß – „stark, geschlossen und bereit“, der potenzielle Gegner Deutschland hingegen schwach und unvorbereitet. Die Wirklichkeit erwies sich als brutal: Es war die polnische Armee, die sich als schwach

herausstellte, die Entscheidungen der Befehlshaber waren chaotisch, und Regierung wie Präsident verließen das Land bereits, als die Kämpfe noch andauerten. Angesichts dessen nimmt es nicht Wunder, dass die Niederlage mit Gefühlen der Enttäuschung, der Verbitterung, ja zuweilen sogar der Wut gegenüber den politischen Eliten der „Vorseptemberzeit“ einherging. Nichtsdestoweniger war die Überzeugung, dass man den Kampf selbstverständlich fortsetzen müsse, ebenso allgemein verbreitet; die (zuerst in Frankreich, dann in Großbritannien residierende) Exilregierung wurde als natürliche Nachfolgerin der Vorkriegsregierung betrachtet, und die (deutsche wie sowjetische) Besatzung galt als Übergangszustand, der sowohl aus eigener Kraft als auch dank der Hilfe der westlichen Verbündeten um jeden Preis zu überstehen sei. Die im Herbst 1939 von der deutschen Obrigkeit in Warschau aufgestellten riesigen Plakate, auf denen ein verwundeter polnischer Soldat zu sehen war, der dem britischen Premierminister Neville Chamberlain rauchende Ruinen zeigte und als „Englands Werk“ kommentierte, wurden allgemein mit Verachtung aufgenommen. Bereits im September 1939 formierte sich in Warschau der militärische Untergrund, während im Exil eine neue Regierung entstand und Maßnah-

men zum Wiederaufbau der Armee ergriffen wurden.

Während die Armee – sowohl die Untergrundarmee als auch die regulären Streitkräfte im Exil – gezwungenermaßen auf die Vorkriegseliten zurückgreifen musste, wurde die politische Szene im Exil nunmehr von den Parteien beherrscht, die sich noch vor kurzem in der Opposition befunden hatten. Diese bezogen einen wichtigen Teil ihrer Legitimation aus der Kritik an den Machthabern der Vorseptemberzeit, die sie für die Niederlage verantwortlich machten. Deren Evakuierung nach Rumänien zehn Tage vor der Kapitulation der Hauptstadt wurde zu einem der beliebtesten Motive der Propaganda; ein Teil der Piłsudski-Anhänger wurde in Lagern isoliert, und man berief eine Kommission zur Untersuchung der Gründe ein, die zur Niederlage im September geführt hatten (im Januar 1940 wurde gar der Vorschlag gemacht, den Oberbefehlshaber der Streitkräfte Edward Rydz-Śmigły sowie Außenminister Józef Beck vor ein Staatstribunal zu bringen). All dies zog kaum Konsequenzen nach sich, denn man schreckte vor einer radikalen, entschiedenen Abrechnung zurück, die zu Konflikten mit den Militärs hätte führen können, unter denen die Piłsudski-Anhänger nach wie vor eine gewichtige Rolle spielten. Ein Großteil der Emigranten hing der „Zwei-Feindetheorie“ an (womit Deutschland und die Sowjetunion gemeint waren) und betrachtete nicht den 1. September als Ende der II. Republik, sondern den Tag, an dem die Rote Armee die polnische Ostgrenze überschritt. So lässt etwa der bekannte Publizist Stanisław Cat-Mackiewicz seine Geschichte Polens in der Zwischenkriegszeit am 17. September 1939 enden.<sup>1</sup>

Obwohl es paradox anmuten mag, wurde die Verbitterung im besetzten Polen durch die Niederlage Frankreichs 1940 gemildert, das kaum länger Widerstand leistete als Polen. Hinzu kam, dass die polnische Armee zwar unterlegen war, aber nicht (wie die französische) kapituliert hatte. Auch der zuneh-

*Übersetzung aus dem Polnischen: Dr. Sven Sellmer, Poznan/Polen.*

<sup>1</sup> Vgl. Stanisław Cat-Mackiewicz, *Historia Polski. Od 11 listopada 1918 do 17 września 1939* [Geschichte Polens. Vom 11. November 1918 bis zum 17. September 1939], London 1941.

mende Terror hatte Einfluss auf die Haltung der Polen. So ist es nicht verwunderlich, dass man in der wichtigsten polnischen Untergrundzeitung, dem „Biuletyn Informacyjny“, bereits am ersten Jahrestag des Kriegsbeginns lesen konnte: „Seit dem deutschen Überfall auf Polen ist ein Jahr vergangen. In diesem Jahr haben wir vieles von dem verstanden, was unbegreiflich schien. (...) Dass wir im gegenwärtigen Krieg Gegner der Deutschen sind, ist nicht das Ergebnis politischen Kalküls. Unser nationaler Selbsterhaltungstrieb ist dafür verantwortlich. (...) Die Schuld für unsere Niederlage im September liegt zu einem gewissen Teil bei der politischen und militärischen Führung. Das militärische Debakel hat aufgezeigt, wie degeneriert ein Teil der nationalen Führungsschicht war, welcher Kleinmut in der Verwaltung herrschte, wie orientierungslos das Regime und wie inkompetent die militärische Führung war. Doch für die Niederlage war dies von nachrangiger Bedeutung. (...) Unser Debakel war eine Folge der gewaltigen militärischen Überlegenheit des Reiches (...). Der Blitzkrieg des Septembers hat unsere Geschichte um eine ganze Reihe unsterblicher Beweise polnischer Größe, polnischen Heldentums und polnischen Ehrgefühls bereichert. Erst im Lichte der Kämpfe im Westen erscheinen die dreiwöchige Verteidigung Warschaws, (...) (die Schlacht) bei Kutno, der Kampf um die Westerplatte etc. in vollem Glanze.“<sup>12</sup>

In der „Erinnerungspolitik“ des loyal zur Londoner Exilregierung stehenden Untergrunds wurde die Schuldfrage bis Kriegsende zurückgestellt; stattdessen konzentrierte man sich auf die symbolische Bedeutung der Verteidigung Warschaws, des Kampfs um die Westerplatte oder der Schlacht an der Bzura, der größten des Septembers 1939. Vor einem besonderen Hintergrund wurde der vierte Jahrestag des Kriegsausbruchs begangen: An der Ostfront zog sich die Wehrmacht 1943 zurück, in Sizilien und Sardinien waren die Alliierten gelandet. Zusätzlich dazu, dass, wie bei solchen Gelegenheiten üblich, Sondernummern der Untergrundzeitschriften erschienen und Flugblattaktionen stattfanden, wurden in Warschau symbolträchtige Änderungen von Straßennamen vorgenommen. So benannte man Straßen zum Beispiel nach dem zwei Monate zuvor bei einem Flugzeug-

absturz ums Leben gekommenen Premier der Exilregierung Władysław Sikorski, nach Stefan Starzyński, der als Stadtpräsident die Zivilverteidigung von Warschau organisiert hatte und im Oktober 1939 von der Gestapo verhaftet worden war, sowie nach dem 1940 hingerichteten sozialistischen Aktivistem Mieczysław Niedziakowski. Auch kollektive Helden erhielten ihre Straße: die „Verteidiger Warschaws“ und die „Verteidiger der Westerplatte“.<sup>13</sup> Wichtig war, dass ein beträchtlicher Teil der Warschauer die vom Untergrund verliehenen Namen respektierte.

Ein Jahr später war der östliche Teil Polens bereits von den deutschen Besatzern befreit (obwohl man kaum sagen kann, dass er damit schon frei gewesen wäre), in Warschau hingegen dauerte seit einem Monat der Aufstand an, der – auch wenn er tragisch und blutigen enden sollte – (für kurze Zeit) das Gefühl der Freiheit verlieh. Der Aufstand lenkte von Neuem die Augen der Welt auf die polnische Hauptstadt und trug dazu bei, dass der fünfte Jahrestag des Kriegsbeginns mit besonderem Aufwand begangen wurde. Von London bis Peking, von Washington bis Stockholm brachte man auf Kundgebungen seine Unterstützung für die seit fünf Jahren kämpfenden Polen zum Ausdruck (insbesondere für Warschau, das sich zu einem Symbol von internationaler Bedeutung entwickelt hatte).<sup>14</sup>

## „Lebendige Erinnerung“: 1944/45–1948

Stand bei dieser globalen Unterstützungsaktion der menschliche Aspekt im Vordergrund, nicht die Suche nach Schuldigen, so schlug die Propaganda der polnischen Kommunisten einen ganz anderen Weg ein. Bereits in dem am 22. Juli 1944 veröffentlichten Manifest des Polnischen Nationalen Befreiungskomitees<sup>15</sup>

<sup>13</sup> <http://wladyslawbartoszewski.blox.pl/2007/07/Rocznice-Wrzesnia-w-okupowanej-Warszawie-III.html> (7. 5. 2009).

<sup>14</sup> Vgl. Andrzej Krzysztof Kunert, Rzeczpospolita Walcząca. Powstanie Warszawskie 1944. Kalendarium [Die kämpfende Republik. Der Warschauer Aufstand 1944. Eine Zeittafel], Warszawa 1994, S. 227–234.

<sup>15</sup> Polski Komitet Wyzwolenia Narodowego (PKWN) – größtenteils aus polnischen Kommunisten bestehende, von der Sowjetunion abhängige Organisation, die vom 22. Juli bis Ende 1944 auf den von der Roten Armee eroberten polnischen Gebieten als provisorische Regierung tätig war (Anm. d. Übers.).

<sup>12</sup> Biuletyn Informacyjny vom 30. 8. 1940.

fand sich die Warnung: „Für diejenigen, die Polen im September 1939 verraten haben, werden die Grenzen der Republik geschlossen sein.“ Der fünfte Jahrestag des Kriegsausbruchs stellte eine günstige Gelegenheit dar, die vor dem September herrschende „Sanacja-Clique“<sup>16</sup> nicht nur für die Niederlage von 1939 verantwortlich zu machen, sondern auch für die gegenwärtige Tragödie Warschaus, welche Folge „eines unverantwortlichen und hinterhältigen Spiels“ sei.<sup>17</sup>

An dieser Stelle ist es angebracht, den chronologischen Rahmen zu verlassen und darauf hinzuweisen, dass die neuen Machthaber im Januar 1946 das Dekret „Über die Verantwortung für die Niederlage im September und die Faschisierung des staatlichen Lebens“ verabschiedeten. Dieses Dokument verdient eine ausführlichere Behandlung, da es für ein ganzes Jahrzehnt die Hauptrichtung der kommunistischen „Erinnerungspolitik“ vorzeichnete. „Der Grund für die Niederlage im September“, heißt es, „war das verbrecherische Sanacja-Regime und das widerrechtliche Handeln seiner damaligen Führer.“<sup>18</sup> Denn diese hätten „durch die Schwächung der materiellen und geistigen Abwehrkräfte der Nation“ die Ausbreitung des Faschismus gefördert und seien daher mitschuldig am Krieg. Auf diese Weise wurden nicht nur Politiker beschuldigt, sondern auch Militärs, Wirtschaftslenker und Diplomaten, die „als Vertreter ihres Staates (. . .) auf der internationalen Bühne die Position der faschistischen Länder gestärkt haben“.<sup>19</sup> Die Höhe der ihnen drohenden Strafen (darunter die Todesstrafe) wurde mit der Sorge um die Gewährleistung der rechtlichen Ordnung begründet, denn die Gesellschaft, die „während des Krieges so sehr gelitten hat, weiß sehr wohl, wer dafür die Schuld trägt, und ist denjenigen gegenüber, die für die Niederlage im September verantwortlich sind, aufgrund ihres verbrecherischen Handelns so negativ eingestellt, dass deren Auftreten in der Öffentlichkeit an-

gesichts der gegenwärtigen gesellschaftlichen Bedingungen zu Akten der Selbstjustiz führen würde“.<sup>10</sup>

Dem Durchschnittspolen der Nachkriegszeit war jedoch nicht so sehr an der Bestrafung der Vorseptembereliten gelegen, sondern mehr an der Ehrung von Opfern und Helden. Die unmittelbare Nähe der traumatischen Kriegserlebnisse bedingte eine gewaltige emotionale Anteilnahme der Bevölkerung,<sup>11</sup> und im Gegensatz zu den Absichten und Vorstellungen der Machthaber stellte der September 1939 für viele nicht ein Symbol von Niederlage und Erniedrigung dar, sondern von Kampf und Heldentum, eine Erinnerung an eine Vergangenheit, die – aus dem Abstand einiger Jahre heraus – um vieles besser erschien. Im öffentlichen Raum entstanden – oft spontan – Gedenkstätten, die mit „1939“ verbunden waren: vor allem dort, wo die heftigsten Kämpfe stattgefunden hatten oder wo der deutsche Terror bereits während des Abwehrkampfes begonnen hatte (Pommerellen, Großpolen, Oberschlesien). In den ersten Nachkriegsjahren, als sich die Kultur noch nicht vollständig unter staatlicher Kontrolle befand, wurde der September 1939 zu einem zentralen Thema der Literatur. In Werken wie „Lotna“ von Wojciech Żukowski (1945), „Wrzesień“ [September] von Adolf Rudnicki (1946) oder „Wieża spadochronowa“ [Der Fallschirmturm] von Kazimierz Gołba (1947) ging es vor allem darum, die menschlichen, nicht so sehr die politischen Aspekte der ersten Kriegswochen zu zeigen. Gołbas Buch trug sogar dazu bei, dass ein außerordentlich langlebiger Mythos über die Verteidigung Oberschlesiens entstand, der erst nach sechzig Jahren richtiggestellt wurde.

## Die Zeit des Stalinismus

Gegen Ende der 1940er Jahre wurden die letzten Freiräume abgeschafft; nun war es vorgeschrieben, woran man zu glauben, wie man zu denken, ja sogar – wie man zu gedenken hat. Die Verteidigung der Westerplatte, Warschaus, Modlins oder der Halbinsel Hela,

<sup>16</sup> Sanacja – Bezeichnung für das nach dem Mai-Umsturz von 1926 in Polen herrschende, eng mit Józef Piłsudski und dessen Ideen verbundene autoritäre Regime (Anm. d. Übers.).

<sup>17</sup> A. K. Kunert (Anm. 4), S. 235.

<sup>18</sup> Protokoły posiedzeń Prezydium Krajowej Rady Narodowej 1944–1947 [Sitzungsprotokolle des Präsidiums des Landesnationalrats], hrsg. von Jerzy Kochanowski, Warszawa 1995, S. 180.

<sup>19</sup> Ebd., S. 181.

<sup>10</sup> Ebd., S. 180.

<sup>11</sup> Vgl. Barbara Szacka, Druga wojna światowa – pamięć i upamiętnienie [Der Zweite Weltkrieg – Erinnerung und Gedenken], in: dies., Czas przeszły, pamięć, mit [Vergangenheit, Erinnerung, Mythos], Warszawa 2006, S. 152.

die Schlachten an der Bzura oder bei Kock wurden zum „sichtbaren Beweis des unbeugsamen Willens der Nation, für ihre Unabhängigkeit zu kämpfen“. Dabei sei dieser Kampf von vornherein zum Scheitern verurteilt gewesen, und zwar nicht aufgrund der gegnerischen Übermacht, sondern wegen der „verräterischen Politik der Sanacja-Regierung“, welche die Nation „des einzigen echten Verbündeten, wie ihn die Sowjetunion hätte darstellen können“, beraubt habe.<sup>12</sup> Im Laufe der kommenden Jahre wurde der Katalog der Ursachen für die Niederlage des Septembers systematisch erweitert. Zum 15. Jahrestag des Kriegsausbruchs (1954) zeigte sich, dass die Niederlage nicht nur die Konsequenz von „zwanzig Jahren, in denen Großgrundbesitzer und Kapitalisten die Regierungsgeschäfte bestimmten und lebenswichtige nationale Interessen verrieten“ sowie von deren schon 1933 einsetzender Faszination für Hitler gewesen sei, sondern ebenso eine Folge verhängnisvoller Grenzziehungen (die im Westen zu eng gewesen seien und im Osten auf „fremdes“ Gebiet gereicht hätten) sowie falscher Bündnisse (mit Frankreich und Großbritannien). Auf den Listen der Schuldigen standen nicht mehr nur Piłsudski-Anhänger und „Nationalfaschisten“, sondern auch Politiker der Bauernparteien, Sozialisten, Geistliche, Grundbesitzer und Industrielle. Als wahre Patrioten blieben allein die Kommunisten übrig.<sup>13</sup>

Beim Studium der Schulbücher, der Presse, der Literatur, des Films und der Schönen Künste der damaligen Zeit könnte man zu dem Schluss kommen, dass die Polen ihre erste „echte“ Schlacht erst im Oktober 1943 bei Lenino geschlagen hätten und der Kampf auf polnischem Boden mit dem Entstehen kommunistischer Partisanengruppen und dem Überschreiten des Bugs (als der neuen Ostgrenze) durch die Rote Armee und die sie begleitenden, in der Sowjetunion gebildeten polnischen Verbände im Juli 1944 begonnen

<sup>12</sup> Vgl. Kalendarz Robotniczy 1949 [Arbeiterkalender], Warszawa 1948, S. 111. Publikationen dieses Typs sind verhältnismäßig repräsentative Quellen. Der zitierte Kalender, der jährlich in einer Auflage von mehreren hunderttausend Stück veröffentlicht wurde, war Lektüre in jeder Schule, jeder Armeeeinheit und jedem Betrieb; er enthielt offizielle Hinweise zu den Jahrestagen des gesamten kommenden Jahres.

<sup>13</sup> Vgl. Kalendarz Robotniczy 1954, Warszawa 1953, S. 255–262.

habe. Diesen Kämpfern waren die meisten zwischen Ende der 1940er und Mitte der 1950er Jahre entstandenen Gedenkstätten gewidmet. An den Septemberfeldzug wurde gewöhnlich nur am Rande erinnert, indem man auf den Denkmälern die rituelle Aufschrift „Den Helden von 1939–1945“ anbrachte<sup>14</sup> – wobei, was den September 1939 betraf, der Befehlshaber der Westerplatte, Henryk Sucharski, der Warschauer Stadtpräsident Stefan Starzyński oder der bis zum Frühling 1940 kämpfende Major Henryk Dobrzański (Pseudonym „Hubal“) nicht mehr zu diesen Helden gehörten.

Symbolische Bedeutung erlangte dagegen Marian Buczek, ein wenig bekannter Kommunist, der sich nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis einer Armeeeinheit angeschlossen hatte und am 10. September 1939 bei einem Gefecht ums Leben gekommen war. In einer offiziellen Biographie (in der nicht erwähnt werden durfte, dass er im Ersten Weltkrieg in den von Józef Piłsudski geführten Legionen gekämpft hatte) wurde dieser Abschnitt seines Lebens folgendermaßen dargestellt: „Als der Krieg die Gefängnismauern zerbrach, dachte Buczek nicht mehr an das von ihm erlittene Unrecht. Er zitterte bei dem Gedanken, die Niederlage des Regimes könnte zur Niederlage Polens werden. Er war ein Kommunist und Patriot. (...) So starb ein außergewöhnlicher Soldat des Septemberfeldzugs.“<sup>15</sup> Kaum ein Städtchen, das nicht eine Straße, eine Schule oder Fabrik seines Namens besessen hätte.

## 1956–1989

Mitte der 1950er Jahre kam es auch auf dem Gebiet des nationalen Erinnerns zu Anzeichen von Tauwetter. 1955 erschien der (1940 bis 1949 verfasste) Roman „Polska jesień“ [Der polnische Herbst; dt. 1983] von Jan Józef Szczepański, der fern aller Schemata des Sozialistischen Realismus auf außerordentlich tiefe und subtile Weise sowohl das Tragische wie auch das Prosaische, ja das geradezu Triviale der ersten Kriegswochen darstellt. Doch die dem Erinnern gesetzten Grenzen wurden erst ein Jahr später – im Zuge der politischen

<sup>14</sup> Vgl. Scenes of fighting and martyrdom guide. War years in Poland 1939–1945, Warszawa 1968.

<sup>15</sup> Kalendarz Robotniczy 1956, Warszawa 1955, S. 171.

Umwälzungen und der Machtübernahme durch Władysław Gomułka – durchlässig, als man sowohl den Angehörigen der Heimatarmee<sup>16</sup> als auch den Soldaten des Septemberfeldzugs Gerechtigkeit widerfahren ließ. Die Niederlage von 1939 wurde nicht mehr ausschließlich als Folge der verhängnisvollen Politik der „faschistischen“ Machthaber im Vorkriegspolen betrachtet, man nahm nicht mehr nur Schwarz-, sondern auch Grautöne wahr.

1956 ließen sich diese sogar in der Zeitschrift „Żołnierz Polski“ [Der Polnische Soldat] beobachten, die einer strengen ideologischen Kontrolle unterworfen war. In der September-Nummer wurde hervorgehoben, dass die vergangenen Monate „gewissermaßen unser Gedächtnis geschärft haben. In der Tragödie des Septemberfeldzugs nehmen wir heute – neben der Unfähigkeit und dem Verrat der Sanacja-Machthaber des damaligen Polens – das gewaltige Ausmaß an Heldentum und Patriotismus des polnischen Volkes, der polnischen Soldaten wahr. (...) Unser Gedenken ist nicht mehr der Namen beraubt. Wir ehren nicht mehr nur die *gefallenen* Soldaten, sondern auch die Tausenden, die bis heute *am Leben sind*.“<sup>17</sup> In den folgenden drei Nummern wurde – wohl zum ersten Mal seit 1946 – die bereits erwähnte Erzählung „Lotna“ abgedruckt.

Unter der Voraussetzung, dass man den Anteil der Sowjetunion vergaß, wurde der September 1939 für die Obrigkeit zu einem bequemen Teil der Erinnerungspolitik, der eine wichtige Integrationsfunktion erfüllte. Er enthielt eine entsprechende Dosis Patriotismus sowie Deutschenfeindlichkeit und kam den Erwartungen der Bevölkerung entgegen. Am schnellsten wurde der Wandel auf den Bücherregalen sichtbar: Es erschienen Romane (sowohl neue als auch seit langem nicht mehr aufgelegte), Tagebücher und historische Abhandlungen. Das Ausmaß dieser „Erinnerungsrevolution“ nach 1956 machten die Veranstaltungen zum 20. Jahrestag des Kriegsausbruchs deutlich: Vom katholischen „Tygodnik Powszechny“ bis zur linksgerichteten „Polityka“ war die Presse voll von den

Ereignissen des Septembers. Heute mag einen die Zurückhaltung, ja Furchtsamkeit dieser Texte unangenehm berühren, doch damals waren sie mutig und boten neue Einsichten. Der „polnische September“ wurde auch in der öffentlichen Wahrnehmung immer präsenter, etwa im Film, der bis dahin das Thema des Kriegsbeginns vermieden hatte (obwohl die Leser der Wochenzeitschrift „Film“ bereits im Jahr 1946 Filme etwa über die Verteidigung der Westerplatte gefordert hatten). Jetzt fanden sich sowohl Geld als auch Drehbücher, vor allem aber gab es die Erlaubnis von oben. Bereits 1958 entstand der Film „Wolne miasto“ [Freie Stadt] über die Verteidiger der Polnischen Post in Danzig. Im nächsten Jahr folgte „Orzeł“: die (wahre) Geschichte eines in der Ostsee stationierten polnischen Unterseeboots, das sich bis nach Großbritannien durchschlug.

Beide Filme waren (gemessen am damaligen Wissen) treue Rekonstruktionen der Ereignisse des Septembers 1939. Dies lässt sich von dem Film kaum behaupten, der vor einem halben Jahrhundert die heftigsten Kontroversen erregte: Andrzej Wajdas (recht freie) Verfilmung der bereits erwähnten Novelle „Lotna“ von Żukrowski (die das Schicksal einer Kavallerie-Abteilung erzählt). Der Film stellte zugleich eine Verneigung vor den Helden und ein Abschied an die von Ritterromantik geprägte Legende des Septembers 1939 dar. „Ich möchte“, so der Regisseur im Jahre 1959, „mit diesem Film eine schöne nationale Tradition verabschieden.“ Es erwies sich jedoch, dass die Polen keineswegs dieselbe Absicht hatten, so dass Wajdas Werk mehr Kritik als Lob zuteil wurde.<sup>18</sup> Daher nimmt es nicht Wunder, dass andere Künstler sich bemühten, nicht denselben Weg wie Wajda zu gehen – was nicht bedeutet, dass sie es sich leicht gemacht hätten. Dies zeigt der wohl herausragende polnische Kriegsfilm der 1960er Jahre: „Westerplatte“ von 1967 (Regie: Stanisław Różewicz), nach einem Drehbuch von Jan Józef Szczepański. Obwohl dieses Werk im Zuge der (stark antideutsch geprägten) Feiern zum tausendjährigen Bestehen des polnischen Staates entstand, in deren Rahmen auch das Denkmal auf der Westerplatte (1966) enthüllt wurde, bemühten sich seine Schöpfer darum, nicht nur den Mut der Sol-

<sup>16</sup> Poln.: Armia Krajowa (AK) – der Londoner Exilregierung gegenüber loyale, im Untergrund agierende Militärorganisation (Anm. d. Übers.).

<sup>17</sup> W rocznicę Września [Zum Jahrestag des Septembers], in: Żołnierz Polski, 17 (1956) 9, S. 4.

<sup>18</sup> Siehe [www.wajda.pl/pl/filmy/film04.html](http://www.wajda.pl/pl/filmy/film04.html) (11. 5. 2009).

daten zu zeigen, sondern auch die Entscheidungsnoté ihrer Führer, den Konflikt zwischen Heroismus und Vernunft sowie die Tatsache, dass Krieg unlösbar mit moralischen Dilemmata verbunden ist.

Auch dieser Ansatz jedoch stieß nicht auf allgemeine Zustimmung, denn die späten 1960er Jahre waren von Nationalismus und einer steigenden Bedeutung der Veteranenorganisationen geprägt, in der „Erinnerungskultur“ war allmählich kein Platz mehr für Entscheidungsnoté, für Unschlüssigkeit oder die Erinnerung an Niederlagen. Der Jahrestag des Kriegsausbruchs begann die Bedeutung eines Festes anzunehmen, das den Zusammenhalt der Nation förderte, das für alle symbolische Bedeutung hatte, ohne Rücksicht auf die politischen Ansichten oder den exakten Schnitt der im Krieg (oder danach) getragenen Uniform. 1967 nahmen die wichtigsten Personen des Staates an den Feierlichkeiten teil. Vor dem Grab des Unbekannten Soldaten versammelten sich beinahe 200 000 Menschen, beim „Zählappell der Gefallenen“ wurde sowohl an die Soldaten des Septemberfeldzugs erinnert wie auch an diejenigen der kommunistischen Volksarmee (AL), der londontreuen Heimatarmee (AK), der Bauernbataillone (BCh) sowie der sozialistischen und jüdischen Kampfgruppen. In Kattowitz wurde der Tag zum Anlass genommen, um ein Denkmal für die Teilnehmer der schlesischen Aufstände von 1919 bis 1921 zu enthüllen.<sup>19</sup>

Obwohl die von Dezember 1970 bis Sommer 1980 herrschende Gruppe um den neuen Ersten Sekretär der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, Edward Gierek, sich an zeitgemäßerer Vorbildern orientierte und ihr daran gelegen war, dem Ausland gegenüber als der Modernisierung verpflichtet und welt offen zu erscheinen, setzte sie gerade in bestimmten Bereichen der Geschichtspolitik den Kurs ihrer Vorgänger fort. In der mit Nachdruck betriebenen Erfolgspropaganda durfte auch ein „historischer Erfolg“ nicht fehlen. Im Jahre 1972 veröffentlichte ein offizieller Posener Verlag das Buch „Wojna polska 1939“ [Der polnische Krieg 1939] des Journalisten und Historikers Leszek Moczulski. Bereits der Titel, der sich von den bisherigen Formulierungen unterschied (gewöhnlich sprach man von „Verteidigungskrieg“), kün-

digte eine neue Sichtweise an. Und tatsächlich war Moczulski der erste Historiker „im Lande“, der mit solcher Offenheit die Entscheidungen (und die Ehre) der polnischen Führung verteidigte. Das Buch wurde bald aus den Buchhandlungen entfernt, jedoch nicht in erster Linie aufgrund einer Rehabilitierung des Sanacja-Regimes, sondern wegen der allzu deutlichen Erwähnung der sowjetischen Aggression vom 17. September 1939. Kritik von Seiten der Machthaber bedeutete aber automatisch Anerkennung durch das oppositionelle Veteranenmilieu. So wurde Moczulski schon bald zu einer der prominentesten Figuren der antikommunistischen Opposition. Es ist bemerkenswert, dass er die erste (selbstverständlich illegale) politische Oppositionspartei seit Ende der 1940er Jahre, die Konfederacja Polski Niepodległej [Konföderation des Unabhängigen Polens], am Jahrestag des Kriegsausbruchs ins Leben rief: am 1. September 1979.

Ein Jahr nach dem Erscheinen von Moczulskis Buch kam ein Film über das Schicksal der Abteilung von Major Henryk Dobrzański („Hubal“) in die Kinos. „Hubal“ hatte nach der Niederlage nicht die Waffen gestreckt, sondern setzte den Kampf bis zu seinem Tod im Frühling 1940 fort. Der Regisseur Bohdan Poręba, ein bekennender Nationalist, zwang die Zuschauer nicht zum Grübeln über moralische Dilemmata. Sein Film sollte dazu dienen, den Zusammenhalt der Gesellschaft zu stärken, indem er den „Ruhm der polnischen Waffen“ beschwor und auf die für die polnische Kultur spezifischen Motive des Opfers und Heldenmutes zurückgriff.<sup>20</sup> In den Worten eines Rezensenten sei dieses Werk, im Gegensatz zu anderen Kriegsfilmen, nicht „kalt“, sondern „heiß“ gewesen und habe „den Zuschauer emotional restlos in Beschlag genommen, während er gleichzeitig das in den Hintergrund rückte, was man als intellektuelle Rezeption bezeichnen könnte“.<sup>21</sup> Es ist daher nicht weiter verwunderlich, dass bereits in den ersten zwei Wochen eine halbe Million Kinobesucher den

<sup>19</sup> Vgl. Poręba chce zmartwychwstać. Z reżyserem Bohdanem Porębą rozmawia Grzegorz Sroczyński [Poręba will die Auferstehung. Mit dem Regisseur Bohdan Poręba spricht Grzegorz Sroczyński], in: Duży Format, Nr. 9, Beilage zur Gazeta Wyborcza vom 3. 3. 2008.

<sup>21</sup> Henryk Weber, „Hubal“, in: Polityka vom 22. 9. 1973.

<sup>19</sup> Vgl. Trybuna Ludu vom 1. 9. 1967.

Film sahen. Der Titelheld „Hubal“ nahm die Phantasie der Massen gefangen – und mit ihm der Septemberfeldzug samt seinen Soldaten, der nun nicht mehr in erster Linie tragisch, sondern heroisch erschien.

Wenngleich die Regierenden in den 1970er Jahren andere als militärische Legitimationsquellen suchten und auf den Tribünen der Feierlichkeiten zu den Jahrestagen des Kriegsausbruchs meist zweitrangige Politiker erschienen, wurde doch die Schaffung neuer Gedenkstätten (Denkmäler, Friedhöfe, Museen), die unter Władysław Gomułka begonnen hatte, nicht aufgegeben. Diese Richtung setzte in den 1980er Jahren Wojciech Jaruzelski fort, in dessen Regierungszeit sich die Erinnerungspolitik wieder deutlich dem Zweiten Weltkrieg zuwandte. Jahrestage – insbesondere der 1. September und der 12. Oktober (an dem im Jahre 1943 die Schlacht bei Lenino stattgefunden hatte) – dienten als Anlass für Veranstaltungen, die für die historische Identität der Gesamtgesellschaft von Bedeutung waren. Im Jahre 1984 etwa stellte es ein zentrales Element der Feiern zum 45. Jahrestag des Kriegsbeginns dar, dass die rekonstruierten Innenräume des 1939 zerstörten Königsschlosses allgemein zugänglich gemacht wurden und die Urne mit dem Herzen des Nationalhelden Tadeusz Kościuszko wieder dorthin zurückkehrte. Obwohl Marian Buczek im Heldenpantheon weiterhin eine wichtige Stellung einnahm, hob man zugleich hervor, dass auf demselben Friedhof wie er auch der – ebenfalls im September 1939 gefallene – Fürst Artur Radziwiłł begraben sei.<sup>122</sup>

## „Erinnerungspolitik“ nach 1989

Doch es gab eine Konstante: das offizielle Schweigen zum Ribbentrop-Molotow-Pakt, zum Einmarsch der Roten Armee am 17. September und zur Besetzung der sog. Östlichen Grenzlande.<sup>123</sup> Allerdings erschienen in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre und insbesondere seit dem August 1980, als es der entstehenden Solidarność-Bewegung gelang, das kommunistische Regime durch Streiks und Proteste zu einer Lockerung der Zensur zu zwingen, immer öfter Publikationen, die das

<sup>122</sup> Vgl. Trybuna Ludu vom 1./2. 9. 1984.

<sup>123</sup> Poln.: Kresy Wschodnie – früher zum polnischen Staat gehörende Gebiete, die heute Teile Litauens, Weißrusslands und der Ukraine sind (Anm. d. Übers.).

staatliche Geschichtsmonopol aushöhlten, und das Wissen vom Anteil der Sowjetunion an der polnischen Niederlage von 1939 verließ allmählich den Bereich der „Privaterinnerung“.<sup>124</sup> Nachdem im Zuge der Revolution von 1989 alle ideologischen Beschränkungen verschwanden, wurde die historische Erinnerung von dieser „östlichen“ Sphäre geradezu dominiert. Die Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag des deutschen Überfalls, an denen (auf der Westerplatte) zwei ehemalige politische Gegner teilnahmen – Präsident General Wojciech Jaruzelski sowie der erste nichtkommunistische Premierminister Tadeusz Mazowiecki –, waren bis 1999 die letzten, auf denen die Bedeutung des 1. Septembers hervorgehoben wurde. Der Schwerpunkt der „Erinnerungspolitik“ verlagerte sich auf die bis dahin tabuisierten polnisch-sowjetischen Beziehungen (der Angriff am 17. September 1939, die Besetzung und der Verlust der Grenzlande, die Deportationen, Katyn) und auf die stalinistischen Verbrechen. Der „deutsche“ Teil der polnischen Geschichte des Zweiten Weltkriegs wurde in einem solchen Maße in den Hintergrund geschoben, dass man zuweilen den Eindruck gewinnen konnte, der Krieg habe nicht am 1. September 1939 begonnen, sondern siebzehn Tage später.

Historiker und Publizisten begannen ernsthaft darüber nachzudenken, ob der Zweite Weltkrieg seine Rolle als zentrales Ereignis der polnischen Geschichte des 20. Jahrhunderts bereits verloren habe. Jedoch belegte das seit Ende der 1990er Jahre zu beobachtende explosionsartig zunehmende Interesse an der Zeit des Zweiten Weltkriegs das Gegenteil. Die auf der deutschen Erinnerungskarte zu beobachtenden Verschiebungen (von „Tätern“ hin zu „Opfern“ des Krieges), wie sie bei Themen wie Vertreibung und Bombenkrieg sichtbar wurden, hatten internationale Konsequenzen und führten zu einer Art deutsch-polnischen „Erinnerungskonkurrenz“ sowie zu einer um-

<sup>124</sup> Karol Liszewskis zuerst in London erschienenes Buch „Wojna polsko-sowiecka 1939 r.“ [Der polnische-sowjetische Krieg von 1939] erlebte mindestens fünf Untergrundaufgaben, „W zaborze sowieckim“ [Im sowjetischen Teilungsgebiet] von Jan Tomasz Gross ebenfalls fünf, „Agresja 17 września 1939“ [Der Angriff am 17. September 1939] von Jerzy Łojek mindestens drei; vgl. Katalog zbiorów Archiwum Opozycji (do 1990 roku), [Katalog der Bestände des Archivs der Opposition (bis 1990)], Ośrodek KARTA, Warszawa 2001.

fassenden Politisierung des Erinnerns. Die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg wurde zum wichtigen Element sowohl der polnischen Außen- wie der Innenpolitik, und der 1. September kehrte in den Kalender der wichtigsten historischen Daten zurück (wo er lediglich mit dem Jahrestag des Ausbruchs des Warschauer Aufstandes um den ersten Platz konkurrierte). An den Feierlichkeiten zum 60. Jahrestag des Kriegsbeginns nahmen nicht nur die wichtigsten polnischen Politiker teil, sondern auch Bundespräsident Johannes Rau (die Teilnahme deutscher Politiker bei Veranstaltungen dieser Art wurde seither zur Regel, womit betont werden soll, dass eine Erinnerungsgemeinschaft besteht).

Seit 1999 beginnen die Feierlichkeiten zum 1. September (gewöhnlich auf der Westerplatte vor Danzig) bereits um 4.45 Uhr, zur gleichen Stunde, als im Jahre 1939 die ersten Salven des Linienschiffs „Schleswig-Holstein“ abgefeuert wurden. Es ist bezeichnend, dass es auch in diesem Zusammenhang zu Rivalitäten kommt: Mittlerweile konkurriert das bei Lodz gelegene Wieluń mit Danzig um den „Erinnerungsort“ für den Beginn des Zweiten Weltkriegs, denn diese Ortschaft wurde am Morgen des 1. September 1939 von deutschen Bombern zerstört (und wird daher auch „polnisches Guernica“ genannt). Hier fanden am 1. September 2004 die zentralen Feierlichkeiten zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs statt. Selbst der 2008 erbrachte Beweis, dass Wieluń erst eine Stunde nach den ersten Schüssen auf die Westerplatte bombardiert wurde, tat seiner symbolischen Rolle keinen Abbruch; im Januar 2009 wurde der Antrag gestellt, dieser Stadt den Friedensnobelpreis zuzuerkennen.<sup>25</sup>

Das Erinnern an den Kriegsbeginn hat inzwischen ganz verschiedenartige, bisweilen überraschende Gestalten angenommen. Einerseits ist es zu einer außerordentlichen Zunahme der materiellen Formen des Gedenkens gekommen (so haben etwa die einzelnen, 1939 kämpfenden polnischen Armeeeinheiten eigene Denkmäler erhalten), und Begegnungen zwischen polnischen und deutschen Veteranen wundern niemanden mehr.<sup>26</sup>

<sup>25</sup> Vgl. [www.um.wielun.pl/index.php?page=pokojowa-nagroda-nobla-2008](http://www.um.wielun.pl/index.php?page=pokojowa-nagroda-nobla-2008) (22. 5. 2009).

<sup>26</sup> Wie etwa im Jahre 2001, als sie sich an Bord des Museumskriegsschiffes ORP „Blyskawica“ trafen; vgl.

Darüber hinaus ist der September 1939 auch zu einem Bestandteil der Popkultur geworden: Die Verteidigung von Wizna (auch als „polnische Thermopylen“ bezeichnet, denn dort leisteten 700 polnische Soldaten Widerstand gegen 40000 deutsche Angreifer) ist Thema eines Stücks der schwedischen Heavy-Metal-Band „Sabaton“, und in Polen erfreut sich der Science-Fiction-Roman „www.1939.pl“ von Marcin Ciszewski (2008) einer beachtlichen Popularität. Gleichzeitig haben angesehene Historiker öffentlich die Meinung vertreten, es wäre wesentlich besser gewesen, Polen hätte 1939 Zugeständnisse an Deutschland gemacht und gemeinsam mit diesem die Sowjetunion angegriffen.<sup>27</sup>

Andererseits ist der Heldenmythos von 1939 zur Staatsräson geworden – und zwar in einem solchen Maße, dass ein geplanter Spielfilm über die Verteidigung der Westerplatte, in dem die Filmemacher es wagten, wenig heldenhafte Verhaltensweisen der Soldaten zu zeigen, im Jahre 2008 eine landesweite Diskussion hervorrief. Daraufhin wurde dem Film der staatliche Zuschuss gestrichen und somit die Produktion unmöglich gemacht. Das kann nicht verwundern – ist doch in Danzig das wichtigste Projekt der gegenwärtigen Regierung auf dem Bereich der „Erinnerungspolitik“ angesiedelt, das Museum des Zweiten Weltkriegs. Das Projekt wurde bereits in der Planungsphase von der konservativen Opposition kritisiert, da es allzu kosmopolitisch sei und die Rolle Polens im Zweiten Weltkrieg herabwürdigte.

Der Grundstein für dieses Museum soll am 1. September 2009 gelegt werden, im Beisein hochrangiger Vertreter der Europäischen Union sowie der Länder, die im Zweiten Weltkrieg auf alliierter Seite gekämpft haben. Möglicherweise treffen sich in Danzig die deutsche Kanzlerin, der russische Ministerpräsident und der amerikanische Präsident. Der Tag, der vor 70 Jahren die Welt spaltete, könnte sie heute verbinden.

[www.mw.mil.pl/index.php?akcja=archiwum&years=2001&months=&id=891](http://www.mw.mil.pl/index.php?akcja=archiwum&years=2001&months=&id=891) (12. 5. 2009).

<sup>27</sup> Vgl. *Wojna polska, rozmowa Piotra Zychowicza z Pawłem Wiczorkiewiczem* [Der polnische Krieg. Ein Gespräch von Piotr Zychowicz mit Paweł Wiczorkiewicz], in: *Rzeczpospolita* vom 17. 9. 2005.

Martin Sabrow

# Den Zweiten Weltkrieg erinnern

70 Jahre nach dem deutschen Überfall auf Polen ist der Zweite Weltkrieg aus dem kommunikativen Gedächtnis der Zeitgenossen herausgerückt und mehr und mehr in das gegenwärtige

**Martin Sabrow**

Dr. phil., geb. 1954; Professor für Neueste Geschichte und Zeitgeschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin und Direktor des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam (ZZF), Am Neuen Markt 1, 14467 Potsdam. schneider@zzf-pdm.de

widerläufige Individualerinnerungen weitgehend geschützte Vergangenheitsverständnis der Gesellschaft übergegangen, das wir mit Aleida und Jan Assmann als kulturelles Gedächtnis bezeichnen. Im Jahr 2009 steht das Gedenken an den weltzerstö-

renden Kriegsausbruch in der öffentlichen Aufmerksamkeit deutlich hinter der Würdigung des 20. Jahrestags von Mauerfall und revolutionärer Wende in der DDR zurück, mit denen 1989 die vierzigjährige Nachkriegszeit der territorialen Teilung Deutschlands endete.

Anders als in Russland, Großbritannien oder Frankreich, wo die Erinnerung an die Niederringung des NS-Reiches mit den jährlichen Gedenkfeiern zum 8. Mai und zur alliierten Landung in der Normandie eine feste und ritualisierte Tradition ausgebildet hat, ist der Platz des Zweiten Weltkriegs im deutschen Gedächtnis bis heute nicht eindeutig fassbar. So erklärt es sich, dass im Vorfeld des 70. Jahrestags einerseits längst ausgemusterte Narrative einer kriegsgeschichtlichen Entlastungserinnerung in den öffentlichen Diskurs zurückkehren können, wie „Der Spiegel“ jüngst mit einer Titelgeschichte zur alliierten und auf den Versailler Vertrag zurückgehenden Verantwortung für den Zweiten Weltkrieg veranschaulichte.<sup>1</sup> Auf der anderen Seite beschwert die Bürde einer lastenden Weltkriegserinnerung noch die Schaffung eines „Ehrenkreuzes der Bundeswehr für Tapfer-

keit“, das im Juli 2009 im Rahmen des Afghanistan-Einsatzes zum ersten Mal verliehen wurde: „Für viele Bundeswehrangehörige geht es um eine Anerkennung ihres gefährlicher gewordenen Jobs – andere fühlen sich unangenehm an unheilvolle Wehrmächtszeiten und den Schrecken der Nazidiktatur erinnert.“<sup>2</sup> Der Schatten einer unsicheren Erinnerung schlägt sich gleichermaßen noch heute in der öffentlichen Unentschlossenheit nieder, die mutmaßlich bis zu 20 000 von der NS-Justiz hingerichteten „Kriegsverräter“ als rehabilitationswürdige Opfergruppe anzuerkennen, und er zeigt sich in der Unentschlossenheit, ob im Afghanistan-Einsatz umgekommene Bundeswehrsoldaten als „getötet“ oder „gefallen“ anzusehen sind.<sup>3</sup>

Zur Uneinheitlichkeit der historischen Verortung des Krieges trägt bei, dass er als Gedächtnisort auf denkbar unterschiedliche Weise in Anspruch genommen wurde. Die Erinnerungstradition der Nachkriegszeit war lange Zeit generationell in Zeitgenossen und Nachwelt gespalten und in unterschiedlichste Erzählgemeinschaften fragmentiert, wie sie nach 1945 etwa die bombengeschädigte Zivilbevölkerung in den vier Besatzungszonen bildeten oder die Flüchtlinge und Vertriebenen aus den deutschen Ostgebieten, die *Displaced Persons* im „Altreich“ und die Holocaust-Überlebenden der Tötungsfabriken im Osten, die verschiedenen Gruppen des antifaschistischen Widerstands und die „Stalingradkämpfer“. Unterschiedliche Blickwinkel eröffneten zudem die verschiedenen historischen Koordinatensysteme von nationaler Niederlage und politischem Neuanfang, in die sich die Geschichte des Weltkriegs einpassen und auf die Kristallisationspunkte von Kapitulation oder Befreiung ausrichten ließ.

Schließlich war die Erinnerung an den furchtbarsten Krieg der Geschichte in Deutschland über vierzig Jahre lang auch immer entlang der Blocklinien des Kalten Krieges gespalten: Einer antifaschistischen Heldenerzählung im Osten stand eine postkatastrophische Opfererzählung im Westen

<sup>1</sup> 90 Jahre Versailler Vertrag. Der verschenkte Frieden. Warum auf den Ersten Weltkrieg ein Zweiter folgen musste, in: *Der Spiegel*, (2009) 28, Titelseite.

<sup>2</sup> Michael Schmidt, Die neue Tapferkeit, in: *Der Tagesspiegel* vom 6. 7. 2009.

<sup>3</sup> Rhetorische Lufthoheit, in: ebd.

gegenüber: In der parteioffiziellen Deutung des SED-Regimes begann der Krieg bereits mit der Machtübernahme durch den kriegslüsternen Faschismus und das hinter ihm stehende Monopolkapital<sup>4</sup> und endete mit der Befreiung vom Mai 1945; in der westdeutschen Deutungslinie setzte er mit der Kriegserklärung vom 1. September 1939 ein, reichte aber mit der Erfahrung und Bewältigung von militärischem Zusammenbruch, Flucht und Vertreibung weit über 1945 hinaus.

In der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR galt eine Offizialkultur der Heroisierung, die in der ersten Zeit sogar darauf drängte, Juden, Sinti und Roma, Zeugen Jehovas und Homosexuelle als „Nur-Opfer“ und „Nicht-Kämpfer“ aus der Kategorie Opfer des Faschismus (OdF) auszugrenzen.<sup>5</sup> Zu ihr sollten nach einer sächsischen Richtlinie vom September 1945 allein „Kämpfer gegen den Faschismus“ zu zählen sein, die in der Zeit ihrer NS-Haft und danach „kämpferische Einstellung“ bewiesen hätten.<sup>6</sup> Eine so enge Auslegung des „Kämpferideals“ wurde zwar rasch zugunsten einer Integrationspolitik wieder aufgegeben, die auch rassistisch Verfolgte als OdF anerkannte;<sup>7</sup> sie setzte sich aber in einer Hierarchisierung der Opfergruppen fort, die den Kämpferstatus für die Gruppe der „politischen Überzeugungstäter“ reservierte.<sup>8</sup>

<sup>4</sup> Das Bemühen der kommunistischen Exilpublizistik, die auf Krieg zielende Politik des NS-Regimes zu entlarven, illustrieren etwa die Schriften Albert Schreiners, z. B. Hitler treibt zum Krieg. Dokumentarische Enthüllungen über Hitlers Geheimrüstungen (Paris 1934). Vgl. dazu Joachim Petzold, Parteinahme wofür? DDR-Historiker im Spannungsfeld von Politik und Wissenschaft, Potsdam 2000, S. 79 ff.

<sup>5</sup> Vorläufige Richtlinien zur Betreuung der Opfer des Faschismus in Berlin und Sachsen, 28. 6. 1945, zit. nach: Karin Hartewig, Zurückgekehrt. Die Geschichte der jüdischen Kommunisten in der DDR, Köln-Weimar-Wien 2000, S. 301

<sup>6</sup> Vgl. Verordnung zur Wiedergutmachung für die Opfer des Faschismus in der Provinz Sachsen vom 9. 9. 1945, zit. nach: ebd.

<sup>7</sup> Juden sind auch Opfer des Faschismus, in: Deutsche Volkszeitung vom 25. 9. 1945, zit. nach: Olaf Groehler, Integration und Ausgrenzung von NS-Opfern. Zur Anerkennungs- und Entschädigungsdebatte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945 bis 1949, in: Jürgen Kocka (Hrsg.), Historische DDR-Forschung. Aufsätze und Studien, Berlin 1993, S. 109.

<sup>8</sup> Ebd., S. 110 f. Vgl. auch Christoph Hölscher, NS-Verfolgte im „antifaschistischen Staat“. Vereinnahmung und Ausgrenzung in der ostdeutschen Wiedergutmachung (1945–1989), Berlin 2002.

Schon 1948 waren die Schicksale von Verfolgten außerhalb des kommunistischen Widerstandes und besonders der Opfer der nationalsozialistischen Rassenpolitik im Rundfunk der SBZ kein Thema mehr,<sup>9</sup> während das Leiden der Zivilbevölkerung etwa in der Zerstörung Dresdens vorwiegend als politisches Argument im Kalten Krieg Verwendung fand: „Die Ruinen unserer Städte und die Leichen, die unter ihnen begraben sind, verdanken wir Amerika und England. Das, was unser Volk (. . .) an Lebens- und Aufbaukräften behalten hat, verdanken wir der Sowjetunion.“<sup>10</sup> Stattdessen stieg der im KZ ermordete KPD-Führer Ernst Thälmann, der in den ersten Nachkriegsjahren nur eine Randrolle in der kommunistischen Erinnerungspolitik spielte, zur beispielgebenden Ikone eines parteisakralen Heldenkultes auf.<sup>11</sup> Entsprechend nahm die ab 1956 zum „Mahnmal für die Opfer des Faschismus“ umgewidmete Neue Wache Unter den Linden in Berlin gleichrangig nebeneinander zwei symbolische Gräber auf: das des unbekanntes Widerstandskämpfers und das des unbekanntes Soldaten.

Die leitenden Topoi der westdeutschen Erinnerung kreisten im öffentlichen Diskurs der ersten beiden Jahrzehnte mit der Ausnahme Stalingrads weniger als nach dem Ersten Weltkrieg um die militärischen Kriegshandlungen selbst – deren Thematisierung weitgehend auf die Heftchenwelt der Landserromane und die militärische Memoirliteratur beschränkt blieb – als vielmehr um deren Auswirkungen. Im Vordergrund standen das Grauen des Bombenkriegs und die Zerstö-

<sup>9</sup> Christoph Classen, Faschismus und Antifaschismus. Die nationalsozialistische Vergangenheit im ostdeutschen Hörfunk (1945–1953), Köln-Weimar-Wien 2004, S. 263.

<sup>10</sup> So der Vorsitzende der NDPD, Lothar Bolz, 1953, zit. nach: Jürgen Danyel, Die Erinnerung an die Wehrmacht in beiden deutschen Staaten. Vergangenheitspolitik und Gedenkrituale, in: Rolf-Dieter Müller/Hans-Erich Volkmann (Hrsg.), Die Wehrmacht. Mythos und Realität, München 1999, S. 1144.

<sup>11</sup> „Thälmann und Thälmann vor allen, Deutschlands unsterblicher Sohn, Thälmann ist niemals gefallen – Stimme und Faust der Nation“, lautet der Refrain des 1951 von Kurt Bartel („Kuba“) getexteten „Thälmannliedes“. Vgl. auch Annette Leo, „Stimme und Faust der Nation. . .“ – Thälmann-Kult contra Antifaschismus, in: Jürgen Danyel (Hrsg.), Die geteilte Vergangenheit. Zum Umgang mit Nationalsozialismus und Widerstand in beiden deutschen Staaten, Berlin 1995, S. 205–211.

rung der Städte, die Umstände von Flucht und Vertreibung aus den Ostgebieten und das Schicksal der Soldaten in der Kriegsgefangenschaft. Öffentliche Aufmerksamkeit wurde daneben, wenngleich zögernd und heftig umkämpft, dem militärischen und dem christlichen Widerstand gegen das NS-Regime zuteil, während dessen Terrormaschinerie und die in den Holocaust mündende Verfolgung von Juden und anderen als „fremdrassig“ aus der Volksgemeinschaft Ausgegrenzten lange Zeit nur einen randständigen Platz in der öffentlichen Erinnerung fanden. Die antifaschistische Geschichtserzählung der DDR wiederum rückte den Überfall auf die Sowjetunion und deren vom kommunistischen Untergrundwiderstand in Deutschland unterstützten Befreiungskampf in das Zentrum der öffentlichen Thematisierung.

Spiegelbildlich standen auch die Tabus und Blindstellen der beiden Kriegsgedächtnisse zueinander:<sup>12</sup> Im Westen blieben die von der Wehrmacht gedeckten und mit ihrer Beteiligung durchgeführten Massenmorde hinter der Front im Osten und die Auslöschung der intellektuellen Eliten in Polen und Russland über Jahrzehnte hinweg praktisch ausgeblendet, ebenso das Verbrechen an den über drei Millionen in deutscher Kriegsgefangenschaft umgekommenen sowjetischen Soldaten, aber auch der kommunistische Widerstand gegen Hitlers Herrschaft und die Beteiligung der deutschen Gesellschaft am nationalsozialistischen Zivilisationsbruch. In der DDR hingegen wurden bis in die 1980er Jahre der mörderische Antisemitismus des „Dritten Reichs“ und der Elitenwiderstand gegen das Regime ebenso ausgespart oder marginalisiert wie der westalliierte Anteil am Sieg über Hitler und die barbarischen Begleitumstände der sowjetischen Eroberung des deutschen Ostens und Berlins. Als der DDR-Historiker Günter Paulus 1965 davon zu sprechen wagte, dass die „Freiheit (...) nicht als freundlich blickende Göttin mit einem Palmenzweig in der Hand (...) zu uns Deutschen“ kam, sondern „in Panzern über unsere Straßen“ rollte und „mit dem Gewehrkolben an die Türen“ pochte,<sup>13</sup>

<sup>12</sup> Vgl. z. B. Lutz Niethammer, Juden und Russen im Gedächtnis der Deutschen, in: Walter H. Pehle (Hrsg.), Der historische Ort des Nationalsozialismus, Frankfurt/M. 1990, S. 114–134.

<sup>13</sup> Günter Paulus, Streiflichter auf die Zeit der faschistischen Diktatur über Deutschland, o. O. u. J. [Berlin (O) 1965], S. 185.

traf seine Schrift über die „12 Jahre des Tausendjährigen Reiches“ auf den Widerstand parteiamtlicher Zensoren: Wenn es „heißt, daß die Freiheit zu den Deutschen ‚in Gestalt von Millionen fremder Soldaten in (...) verschlissenen erdbraunen Uniformen‘ gekommen sei, so scheint uns das weder historisch richtig formuliert noch politisch vertretbar zu sein“.<sup>14</sup>

In der Folge war und ist die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg in Deutschland stärker als andere Aspekte der Zeitgeschichte von Umschreibungen und Deutungskämpfen geprägt, in denen sich die tiefgreifenden Verschiebungen des sozialen Gedächtnisses in oft ebenso überraschender Weise bemerkbar machen wie die Distanz des öffentlichen Geschichtsdiskurses von der fachwissenschaftlichen Erkenntnisbildung. Es ist Aufgabe der Weltkriegsforschung, dagegen anzugehen und gegen das Schweigebedürfnis alter Eliten, aber auch die Suggestionskraft der Zeitzeugenerinnerung oder den medialen Aufmerksamkeitswert der fachlichen Außenseiterthese an den Erkenntnisstand der zeithistorischen Fachwissenschaft zu erinnern. Zugleich aber sollte die zeithistorische Aufklärung über die Erinnerung der Wirklichkeit nicht die Auseinandersetzung mit der Wirklichkeit der Erinnerung vernachlässigen. Während noch vor zwanzig Jahren eine Forschungsbilanz zum Zweiten Weltkrieg die Bedeutung einer Rezeptionsgeschichte hinter der Realgeschichte gar nicht zu erkennen vermochte,<sup>15</sup> hat seither der Erinnerungsboom längst die öffentlichen Modi der Vergangenheitsverständigung selbst zum Thema gemacht und die Frage in den Mittelpunkt gestellt, welchen übergreifenden Verarbeitungsmustern das deutsche und europäische Weltkriegsgedächtnis seit 1945 gefolgt ist.

## Opferzentrierte Kriegserinnerung

Die offensichtlichste Konstante der Nachkriegsauseinandersetzung mit dem Krieg und den Folgen stellt für die Bundesrepublik ihr postheroischer Grundzug dar. Der verlorene

<sup>14</sup> Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Lehrstuhl Geschichte der Arbeiterbewegung, Bemerkungen zum Buch von Günter Paulus (...), 24. 1. 1966, zit. nach: Martin Sabrow, Geschichte als Herrschaftsdiskurs. Der Fall Günter Paulus, in: Initial, (1995) 4/5, S. 60.

<sup>15</sup> Vgl. Wolfgang Michalka (Hrsg.), Der Zweite Weltkrieg, München 1989.

Weltkrieg diene als Brücke einer jahrhundertgeschichtlichen Verschiebung des Geschichtsbewusstseins, die in erstaunlichem Maße das Opfergedenken an die Stelle der Heldenverehrung gesetzt hat und sich frappant von überkommenen monarchischen wie republikanischen Traditionen der Kriegserinnerung unterscheidet. Nicht nur das wilhelminische, sondern auch das Weimarer Heldengedenken würdigte in erster Linie den Heros und nicht das Opfer: „Den Gefallenen zum ehrenden Gedächtnis, den Lebenden zur ernststen Mahnung und den kommenden Geschlechtern zu Nacheiferung“. So lautete Paul von Hindenburgs Hammerspruch bei der Grundsteinlegung des Tannenberg-Denkmal 1924,<sup>16</sup> während die eine Welle öffentlicher Empörung auslösende Äußerung, dass das geeignete „Kriegerdenkmal der deutschen Soldaten nicht eine leicht bekleidete Jungfrau mit der Siegespalme in der Hand, sondern eine große Kohlrübe“ sei, den bekannten Statistiker und Publizisten Emil Julius Gumbel bereits 1932 die akademische Lehrbefugnis kostete und ins Exil trieb.<sup>17</sup> Den Heldenkult der NS-Zeit beschwor ein Soldatenbild, das nicht auf die besondere Auszeichnung, sondern auf die kollektive Opferbereitschaft abstellte: „Niemals kann ein Volk untergehen, solange es Männer sein eigen nennt, die jederzeit bereit sind zu sterben, damit ihr Volk lebe.“<sup>18</sup>

Die westdeutsche Kriegserinnerung nach der Zäsur von 1945 hingegen kreiste um das Opfer. Sie ließ die Deutschen „als passiv Duldende, als Leidende und Opfer einer skrupellosen, zutiefst böartigen Führung erscheinen“,<sup>19</sup> die je nach eigenem Schicksal zu Opfern der vordringenden Roten Armee im Osten und ihrer Vertreibungspolitik wurden, zu Opfern der „Operation Gomorrha“ in Hamburg und der Auslöschung Dresdens,

<sup>16</sup> Helmut Scharf, *Kleine Kunstgeschichte des deutschen Denkmals*, Darmstadt 1984, S. 277 f.

<sup>17</sup> Christian Jansen, *Emil Julius Gumbel – Portrait eines Zivilisten*, Heidelberg 1991, S. 265.

<sup>18</sup> Joachim von Ribbentrop auf der Totenfeier zu Ernst vom Rath, *Düsseldorfer Nachrichten* vom 17. 11. 1938, zit. nach: Volker Ackermann, *Nationale Totenfeiern in Deutschland. Eine Studie zur politischen Semiotik*, Stuttgart 1990, S. 190.

<sup>19</sup> Edgar Wolfrum, *Die Anfänge der Bundesrepublik, die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit und die Fernwirkungen für heute*, in: Ursula Bitzegeio/Anja Krucke/Meik Woyke (Hrsg.), *Solidargemeinschaft und Erinnerungskultur im 20. Jahrhundert*, Bonn 2009, S. 364.

aber auch zu Opfern ihrer eigenen Verführung durch einen teuflischen Messias und der immer terroristischer agierenden Repression seiner Schergen. Allein der Widerstand gegen das NS-Regime bot nach 1945 Anknüpfungspunkte einer zaghaften Heroisierung, die allerdings vielfach durch die Akzentuierung des erlittenen Verfolgungsschicksals viktimistisch getönt blieb. Dies gilt selbst für die Ehrung der Hitler-Attentäter im Berliner Bendlerblock, in dem der Auflehnungsversuch Claus Schenk Graf von Stauffenbergs und seiner Mitverschwörer am Abend des 20. Juli 1944 zusammenbrach. Ihrer mutigen Tat gedenkt seit 1953 eine von einem früheren NS-Bildhauer geschaffene Bronzestatue eines gefesselten Jünglings, die der Heroisierungskraft des Aufstellungsortes im Ehrenhof des Bendlerblocks, in dem Stauffenberg den Tod fand, schon durch die Motivwahl entgegenzuwirken sucht und darin durch Edwin Redslobs Sockeltext „Ihr trugt die Schande nicht, Ihr wehrtet Euch“ noch weiter bestärkt wird. Damit nicht genug, wurde die Statue 1980 buchstäblich vom Sockel geholt und so beziehungslos neu platziert, dass sie heute im Kontext der sachlich statt heroisierend gehaltenen Ausstellung „vor allem als Zeitdokument gesehen und kritisch analysiert“ werden kann.<sup>20</sup>

Nur scheinbar ergab sich die opferzentrierte Ausrichtung der Kriegserinnerung in der Bundesrepublik unmittelbar aus dem mit dem Krieg verbundenen Sterben und Leiden selbst; tatsächlich aber setzte der Aufstieg des Opfers in der Kriegserinnerung schon vor 1945 ein. Eine spezifische Amalgamierung von Held und Opfer ist dem nationalen Bild des Krieges spätestens seit dem Ersten Weltkrieg eingeschrieben. Sie zeigt sich im Mythos des tragischen Märtyrer-Helden, den in der deutschen Kriegserinnerung der Langermark-Mythos um den Opfertod deutscher Studentenkompanien auf den flandrischen Schlachtfeldern im Herbst 1914 und ebenso das Aufkommen der Dolchstoßlegende über das von der Heimat verratene Heldenheer 1919 ausbildeten. In der semantischen Doppelbedeutung des Begriffs „Opfer“ ver-

<sup>20</sup> Stefanie Endlich, *Das Bundeswehr-Ehrenmal im Kontext der Berliner Denkmalslandschaft. Nationale und dezentrale Formen der Erinnerung*, in: Manfred Hettling/Jörg Echternkamp (Hrsg.), *Bedingt erinnerungsbereit*, Göttingen 2008, S. 124.

schwimmt der Unterschied zwischen dem freiwilligen Selbstopfer des *sacrificium* und dem ohnmächtigen Erdulden der *victima*. Das heldische Opferbild der Erinnerung an den Ersten Weltkrieg kreiste allein um das aktive Märtyreropfer im Sinne des *sacrificium*, während sich der Wandel des Opferbildes vom *sacrifice* zum *victime* in der Opferperspektive erst in der Untergangsphase des „Dritten Reichs“ vollzog.

Die semantische Verschiebung vom heroischen zum leidenden Opfer lässt sich wie in einem Brennspeigel an einem einzigen Vorgang ablesen: der Rezeption der Schlacht von Stalingrad und des Untergangs der 6. Armee im Winter 1942 auf 1943. Bereits vor der fachhistoriographischen Erschließung<sup>121</sup> wurde Stalingrad zum Thema der populären Literatur, die in Illustriertenreportagen ebenso wie im Rechtfertigungs- und Memoirenschrifttum breite Leserresonanz erzeugte, dokumentarischen wie dramatischen und später auch filmischen Niederschlag fand. Die Erklärung ist darin zu suchen, dass „Stalingrad“ einen erinnerungskulturellen Paradigmenwechsel markiert und den narrativen Wechsel vom heroischen zum viktimistischen Opferbild einleitete: In der Erinnerung an den Untergang der 6. Armee lösten sich die Deutschen von der mimetischen Vergegenwärtigung der Vergangenheit als heroischer Selbstbehauptung und reorganisierten ihr Geschichtsbild als Opfererzählung, in deren Zentrum immer gebieterischer das erduldeten Leiden stand. Während die NS-Führung mit der Leonidas-Rede Hermann Görings die Deutschen am Radio auf das Untergangsnarrativ des tragischen Helden einzuschwören suchte, sah schon der zur Kapitulation gezwungene Verantwortliche, General Friedrich Paulus, sich selbst als passives Heldenopfer. Für die deutsche Bevölkerung schließlich wurde Stalingrad rasch zum Schreckenssymbol des Verführungs- und Führungsoffiziers, das bruchlos in die

<sup>121</sup> Eine Übersicht bei Gerd R. Ueberschär, Die Schlacht von Stalingrad in der deutschen Historiographie, in: Wolfram Wette/Gerd R. Ueberschär (Hrsg.), Stalingrad. Mythos und Wirklichkeit einer Schlacht, Frankfurt/M. 1992, S. 192–204; vgl. auch Manfred Kehr, Stalingrad im Spiegel der Memoiren deutscher Generäle, in: ebd., S. 205–213; Ulrich Baron, Stalingrad als Thema der deutschsprachigen Literatur, in: ebd., S. 226–232; Michael Kumpfmüller, Die Schlacht von Stalingrad. Metamorphosen eines deutschen Mythos, München 1995.

Selbstviktimsierung der Nachkriegszeit hinüberreichte.

„Stalingrad“ steht somit für ein Transitionsphänomen, das den Heldendiskurs der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts in den Opferdiskurs der zweiten Hälfte überführte. Mit dem als Katastrophe erfahrenen Untergang des „Dritten Reichs“ löste sich das Leidensopfer vom Heldenopfer und konnte sich die Nachkriegszeit als „Gemeinschaft von Opfern“ konstituieren,<sup>122</sup> wenngleich das Genre der Soldatenerinnerungen das Erzählmuster eines sakrifizierenden Opfertodes noch bis in die 1950er Jahre hinein pflegte<sup>123</sup> und auch das staatliche Gedenken sich noch betont „des dargebrachten und des erlittenen Opfers“ zugleich annahm.<sup>124</sup>

## Entlastungsnarrativ

Auf die schon im Zweiten Weltkrieg ausgebildete Memorialfigur der Selbstviktimsierung konnte nach 1945 die entlastende Erinnerung der „Kollektivschuld“ (Edgar Wolfrum) aufbauen, in der die eigene Täterschaft hinter der Selbstwahrnehmung als Opfer brauner Verführung, „anglo-amerikanischer“ Bombardierung und sowjetischer Siegerwillkür zurücktrat. Das Ende des Weltkriegs wurde in den westlichen Zonen und in der Bundesrepublik von einer überwältigenden Mehrheit als „düsterer Tag der tiefsten Erniedrigung“ wahrgenommen<sup>125</sup> und zu dem 1950 eingerichteten jährlichen Volkstrauertag besonders mit religiöser Sinngebung gefüllt, die den Rahmen des Gedenkens an ein „beispiellos grausames Dahinsterben von Millionen Menschen“ abgab.<sup>126</sup>

<sup>122</sup> K. Erik Franzen, In der neuen Mitte der Erinnerung. Anmerkungen zur Funktion eines Opferdiskurses, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG), 51 (2003), S. 49.

<sup>123</sup> Vgl. z. B. Heinz Guderian, Erinnerungen eines Soldaten, Heidelberg 1951.

<sup>124</sup> Rede von Bundespräsident Theodor Heuß zum Volkstrauertag 1952, in: Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge (Hrsg.), Wir gedenken. Eine Auswahl von Gedenkreiden, die aus Anlaß der Zentralen Gedenkstunde des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge gehalten wurden, Ulm 1987.

<sup>125</sup> Zit. nach: E. Wolfrum (Anm. 19), S. 372.

<sup>126</sup> Rede des Vorsitzenden des Deutschen Bundestags Hermann Ehlers zum Volkstrauertag 1951, in: Volksbund (Anm. 24), S. 11.

Als Bauformen des Erinnerns dienten in der Nachkriegsgesellschaft neben der entkretisierenden und tabuisierenden Ausblendung und der Selbstrechtfertigung<sup>27</sup> die Argumentationsfiguren der Schuldaufrichtung und des Werterelativismus. Sie lieferten etwa die Lebensbeschreibungen aus der Feder Heinz Guderians oder Erich Mansteins<sup>28</sup> und Ernst von Salomons Millionenerfolg „Der Fragebogen“, in dem der Autor den moralischen Überlegenheitsanspruch der amerikanischen Sieger am Beispiel seiner eigenen Internierungserfahrung in erzählerischer Eingängigkeit konterkarierte.<sup>29</sup> Als weit wichtigere Denkfigur der Entlastungserinnerung aber erwies sich die trostspendende Kontrastierung von Vernichtung und Wiederaufbau, die die lokale Kriegserinnerung noch bis zur Wahrnehmung der städtischen Weihnachtsbeleuchtung prägte: „Wo man in jener Nacht, und noch Monate später, sich mühsam einen Weg durch die Trümmer bahnte, strahlen jetzt wieder bunte Lichterketten, gehen frohe Menschen ihrer Arbeit nach.“<sup>30</sup>

Ende der 1950er Jahre geriet dieser historische Entlastungsdiskurs zunehmend unter Legitimationsdruck. Er wurde im Gefolge der NS-Prozesse von Ulm und Frankfurt/Main und des politisch-kulturellen Generationswechsels der 1960er Jahre unter dem Schlagwort der „unbewältigten Vergangenheit“ allmählich durch eine Kriegserinnerung abgelöst,

<sup>27</sup> „Das Verständnis gerade der militärischen obersten Führung für die ausschlaggebende Bedeutung beweglicher und kampfkraftiger operativer Reserven hat unserer Kriegführung bis zum bitteren Ende gefehlt und war wesentlich an unserer Niederlage mitschuldig.“ H. Guderian (Anm. 23), S. 271.

<sup>28</sup> „Das von den kriegführenden Großmächten auf den Plan gerufene Partisanentum mit seiner völkerrechtswidrigen Kampfweise zwang zur Abwehr, und diese Abwehr wurde uns dann von den Klägern und Richtern in Nürnberg als völkerrechtswidrig und verbrecherisch zum Vorwurf gemacht, obwohl die Alliierten beim Einmarsch in Deutschland wesentlich härtere Strafbestimmungen erließen (. . .).“ Ebd., S. 343 f.

<sup>29</sup> Vgl. Ernst von Salomon, *Der Fragebogen*, Hamburg 1951: „Ich hatte in diesem Lager über das entsetzliche Faktum der physischen Vernichtung des Judentums nicht ein einziges zynisches Wort gehört – außer von Amerikanern.“ (S. 636)

<sup>30</sup> *Badische Zeitung* vom 27. 11. 1953, zit. nach Andreas Weber, *Der Bombenangriff von 1944 im Gedächtnis der Stadt Freiburg*, in: *Erinnern gegen den Schlußstrich* (Geschichtswerkstatt, 29), Freiburg i. Br. 1997, S. 65.

die dem bisherigen „Beschweigen“<sup>31</sup> den Willen zur ernsthaften Auseinandersetzung mit der beschämenden Vergangenheit entgegensetzte und mit der Ausstrahlung der amerikanischen Fernsehserie „Holocaust“ Ende 1979 Deutungshoheit zu erlangen begann. Seine volle gedenkpolitische Anerkennung erfuhr der Bewältigungsdiskurs 1985, als Bundespräsident Richard von Weizsäcker das Befreiungsnarrativ zum 40. Jahrestag des Kriegsendes in das historische Selbstverständnis der Bundesrepublik aufnahm. Damit hatte die historisch-politische Kultur der Bundesrepublik einen tiefgreifenden Paradigmenwechsel vollzogen, wie „Der Spiegel“ 1995 in seiner Ausgabe zum 50. Jahrestag der Niederlage verkündete, die auf dem Titelblatt die „Bewältigte Vergangenheit“ proklamierte und mit der Titelgeschichte „Besiegt, besetzt, befreit“ unterlegte. Wie sehr der neue gesellschaftliche Grundkonsens auf die Anerkennung der eigenen historischen Schuld gegründet war, bewies ein Jahr später Bundespräsident Roman Herzog, als er den Jahrestag der Befreiung von Auschwitz zum offiziellen Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus erklärte. Die Integrationskraft des postnationalen Befreiungsnarrativs erwies sich als so durchschlagend, dass sie umgekehrt schon bald zur Sorge Anlass gab, die Erinnerung an den Holocaust könnte zur „produktive(n) Ressource deutscher Identitätsbildung ex negativo“ werden.<sup>32</sup>

## Neuer Opferdiskurs

Dieser seit Mitte der 1980er Jahre weithin geltende Erinnerungskonsens wurde in den vergangenen Jahren auf überraschende und vielfach geradezu verstörende Weise in Frage gestellt, nachdem gerade erst mit der Zerstörung der Legende von der sauberen Wehrmacht die letzte Bastion einer „unbewältigten Vergangenheit“ geschleift zu sein schien. Unterstützt durch die mediale Karriere des Zeitzeugen, hat sich das Opfernarrativ aus den Schranken einer

<sup>31</sup> Vgl. Michael Schornthimer, *Die leuchtenden Augen der Frontsoldaten. Nationalsozialismus und Krieg in den Illustriertenromanen der fünfziger Jahre*, Berlin 1995.

<sup>32</sup> Jan-Holger Kirsch, „Befreiung“ und/oder „Niederlage“? Zur Konfliktgeschichte des deutschen Gedenkens an Nationalsozialismus und Zweiten Weltkrieg, in: Burkhard Assmuss/Kay Kufelke/Philipp Springer (Hrsg.), *Der Krieg und seine Folgen. Kriegsende und Erinnerungspolitik in Deutschland*, Berlin-Böden 2005, S. 67.

aufklärerischen Vergangenheitsbewältigung gelöst und ist von den Opfern der Deutschen zu den Deutschen als Opfern zurückgekehrt. Wie durchgreifend diese abermalige Fokusveränderung wirkt, zeigt sich an so unterschiedlichen literarischen Erzeugnissen und Initiativen wie Günter Grass' Novelle „Im Krebsgang“,<sup>133</sup> Jörg Friedrichs Bombenkriegsanklage „Der Brand“<sup>134</sup> oder dem neu verlegten und mittlerweile verfilmten Anonyma-Buch.<sup>135</sup> Gleiches vollzieht sich auf politischer Ebene mit Erika Steinbachs Initiative für ein „Zentrum gegen Vertreibungen“ und schon vorher mit der Renaissance des Vertreibungsthemas überhaupt, die „Der Spiegel“ 2002 als Rückkehr zur historischen Normalität interpretierte.<sup>136</sup> Wie sehr die Viktimisierung sogar das Zentrum des nationalsozialistischen Verbrechens erreicht hat, machte der Publikumerfolg von Oliver Hirschbiegels und Bernd Eichingers Film „Der Untergang“ (2004) deutlich, der mit einem Tabu der filmischen Hitler-Darstellung brach und den Diktator selbst als Opfer präsentierte – seiner Illusionen und seines Wahns, aber auch des gewandelten Kriegsglücks und des politischen Verrats wie der menschlichen Vereinsamung.

Wie lässt sich die neuerliche Zuwendung zur Geschichte der Bombenopfer, der Flüchtlinge und Vertriebenen und der Kriegskindergeneration interpretieren? Entspringt sie einer längst überwunden geglaubten Mentalität der Schuldaufrechnung: die Deutschen – ein Volk von Opfern?<sup>137</sup> Aus der Perspektive eines aufklärerischen Bewältigungsgedächtnisses lässt sich der erinnerungskulturelle „Gezeitenwechsel“<sup>138</sup> seit den 1990er Jahren nur zu leicht als geschichtspolitische Schuld-

entsorgung deuten,<sup>139</sup> und tatsächlich ist der neue deutsche Opferdiskurs nicht frei von Misstönen einer relativierenden Unbefangenheit, welche die Singularität des Holocaust hinter einer dekontextualisierten und ubiquitären Nutzung der Chiffre „Auschwitz“ oder der gedenkpolitischen Gleichsetzung von „erster und zweiter deutscher Diktatur“ zurücktreten lässt.<sup>140</sup> Gegen eine Dominanz dieser relativierenden Erinnerung mit dem verlockenden „Charme des Opferstatus“<sup>141</sup> spricht allerdings, dass der abermalige Wandel der Opferperspektive sich mit dem Selbstverständnis verbindet, die Erinnerungsfigur der Schuldaufrechnung nicht etwa zu erneuern, sondern überhaupt erst außer Kraft zu setzen. Die erinnerungskulturelle Neuausrichtung richtet sich gegen den „Wiederholungszwang der halbierten Erinnerung“,<sup>142</sup> der in seiner aufklärerischen Bewältigungsabsicht die Verdrängungsleistung des historischen Entlastungsdiskurses fortgeführt und lediglich von der einen missliebigen Leiderfahrung auf eine andere übertragen habe. Gerade weil die im Wandel begriffene Kriegserinnerung fest in dem seit den 1980er Jahren erreichten Deutungskonsens über den verbrecherischen Charakter des NS-Systems gegründet ist, vermag sie die „Traumatisierung von weiten Teilen der deutschen Gesellschaft“ in den Blick zu nehmen, ohne „zu alten Verdrängungsstrategien zurückzukehren“ oder gar die NS-Verbrechen zu relativieren.<sup>143</sup>

Dementsprechend stark legitimiert sich die neue Sicht aus einer vermeintlichen oder wirklichen Tabuisierung des erlittenen Kriegsschicksals im deutschen Bewältigungsgedächtnis, dessen gedenkpolitische Schwei-

<sup>133</sup> Günter Grass, *Im Krebsgang*. Eine Novelle, Göttingen 2002.

<sup>134</sup> Jörg Friedrich, *Der Brand*. Deutschland im Bombenkrieg 1940–1945, München 2002.

<sup>135</sup> Anonyma [Marta Hillers], *Eine Frau in Berlin*. Tagebuchaufzeichnungen vom 20. April bis 22. Juni 1945, Frankfurt/M. 2003; *Anonyma – eine Frau in Berlin* (Originaltitel: *A Woman in Berlin*), Kinofilm von Max Färberböck (2008).

<sup>136</sup> Die Deutschen als Opfer, in: *Der Spiegel*, (2002) 13, S. 36–60.

<sup>137</sup> Vgl. Lothar Kettenacker (Hrsg.), *Ein Volk von Opfern? Die neue Debatte um den Bombenkrieg 1940–45*, Berlin 2003. Vgl. auch Bill Niven (ed.), *Germans as Victims. Remembering the Past in Contemporary Germany*, Basingstoke 2006.

<sup>138</sup> Norbert Frei, *1945 und wir. Das Dritte Reich im Bewußtsein der Deutschen*, München 2005, S. 21.

<sup>139</sup> Vgl. etwa die Reaktion auf die städtische Aufstellung von Großfotos der Zerstörung Freiburgs zum 50. Jahrestag des Angriffs auf die Stadt im Jahre 1994; A. Weber (Anm. 30), S. 68. Vor einem förmlichen „Rückschlag der deutschen Opfererinnerung“ warnte auch Ute Frevert, *Geschichtsvergessenheit und Geschichtsversessenheit revisited*, in: *APuZ*, (2003) 40–41, S. 9.

<sup>140</sup> Vgl. Michael Jeismann, *Auf Wiedersehen Gestern*. Die deutsche Vergangenheit und die Politik von morgen, Stuttgart-München 2001, S. 175 ff.

<sup>141</sup> Samuel Salzborn, *Kollektive Unschuld*. Deutsche als Opfer, in: *Freitag* vom 26. 4. 2002.; K. E. Franzen (Anm. 22), S. 49–53.

<sup>142</sup> Wolfgang Sofsky, *Die halbierte Erinnerung*, in: L. Kettenacker (Anm. 37), S. 124 f.

<sup>143</sup> Elisabeth Domansky/Jutta de Jong, *Der lange Schatten des Krieges*, Münster 2000, S. 16..

gebote auf die Fortwirkung einer anhaltenden Traumatisierung durch die verstörenden Schockerlebnisse in den Luftschutzkellern, auf den Flüchtlingstrecks und in der „Kriegskindschaft“ schließen ließen.<sup>144</sup>

Vieles spricht daher dafür, den neuen Opferdiskurs als Ausdruck eines abermaligen Paradigmenwandels der zeithistorischen Besinnung zu interpretieren. Getragen von einer Pluralisierung ihrer Erzählmuster im Zeichen des *cultural turn* und von der historischen Vergewisserungssehnsucht der Erinnerungskultur mit ihrem geradezu unbändigen „Bedürfnis nach gegenwärtiger Verortung qua Erinnerung“,<sup>145</sup> löst sich die öffentliche Auseinandersetzung mit dem Zweiten Weltkrieg aus ihrer seit den 1960er Jahren erarbeiteten Gefechtsstellung der Bewältigung durch Anklage. Stattdessen ist sie im Begriff, eine Kriegserinnerung herauszubilden, die sich an der für die gegenwärtige Dikturaufarbeitung geltenden Inklusionsformel<sup>146</sup> orientiert und von einem entpolitisierten Opferbegriff ausgeht.

Das inklusive Aufarbeitungsgedächtnis der Gegenwart hat den Akzent von der lernenden Aufklärung zur heilenden Anerkennung verrückt, und in ihrem Zentrum rangiert die Kompensation historischen Unrechts durch Opferanerkennung und Täteridentifizierung höher als die Unterscheidung zwischen dem Tod in der Gaskammer und dem Tod im Feuersturm oder zwischen einem deutschen Schreibtischtäter und einem englischen Bombergeneral.

<sup>144</sup> Malte Thiessen, *Eingebrannt ins Gedächtnis. Hamburgs Gedenken an Luftkrieg und Kriegsende 1943–2005*, Hamburg 2007, S. 395. Zum Konstruktionscharakter der Kriegskindergeneration vgl. Dorothee Wierling, „Kriegskinder“: westdeutsch, bürgerlich, männlich?, in: Lu Seegers/Jürgen Reulecke (Hrsg.), *Die „Generation der Kriegskinder“*, Gießen 2009, S. 141–155.

<sup>145</sup> M. Thiessen (ebd.), S. 399 ff.

<sup>146</sup> „Die NS-Verbrechen dürfen durch die Auseinandersetzung mit den Verbrechen des Stalinismus nicht relativiert werden. Die stalinistischen Verbrechen dürfen durch den Hinweis auf die NS-Verbrechen nicht bagatellisiert werden.“ Schlussbericht der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“, Bd. 1, Baden-Baden 1999, S. 614.

Rolf-Dieter Müller

# Kriegsbeginn 1939: Anfang vom Ende des Deutschen Reichs

Das der ehemalige Gefreite des „Großen Krieges“ sein Regierungsprogramm am 2. Februar 1933 zuerst in einer geheimen Ansprache vor der Reichswehrlührung erläuterte, war bezeichnend.<sup>1</sup> Vieles blieb dabei undeutlich, aber wenn Adolf Hitler bereits hier von der Sicherung von „Lebensraum“ sprach, dann kündigte sich ein dramatischer Kurswechsel an. Nach dem Ende der ersten deutschen Republik entwickelte sich die deutsche Politik zielstrebig auf die Auslösung eines neuen europäischen Krieges hin. Hitlers Machtantritt bedeutete, dass die von den konservativen Machteliten bislang angestrebte Revision der Ergebnisse des Weltkrieges nur eine Zwischenstufe bilden würde, um den Kampf um eine Weltmachtposition Deutschlands wiederaufnehmen zu können. Erst in der Weltherrschaft der „arischen Rasse“ und der Beseitigung der „jüdisch-bolschewistischen“ Gefahr sollte sich Hitlers Lebensraum-Programm vollenden: durch die Bildung eines „Großgermanischen Reiches deutscher Nation“.

Aus dem Blickwinkel von 1933 mochten das noch irrlichernde Visionen sein. Weil Hitler der militärischen Führung aber die „Wehrhaftmachung“ der Nation versprach und der Armee zusicherte, dass sie der einzige „Waffenträger“ des Reiches bleiben werde, wurde die Reichswehr neben der NSDAP zur mächtigsten Stütze des Regimes und konnte ihre bis

<sup>1</sup> Der Beitrag beruht auf Rolf-Dieter Müller, *Militär-geschichte* (UTB), Köln u. a. 2009.

## Rolf-Dieter Müller

Dr. phil. habil., geb. 1948;  
Honorarprofessor für Militärgeschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin; Leiter des Forschungsbereichs „Zeitalter der Weltkriege“ im Militärgeschichtlichen Forschungsamt der Bundeswehr, Postfach 601122, 14411 Potsdam.  
rolfdietermueller@bundeswehr.org

dahin geheimen Aufrüstungspläne nun zügig umsetzen. Trotz des deutschen Auszugs aus dem Völkerbund brachte man Hitler im Ausland ein gewisses Vertrauen entgegen, weil er sich als „Bollwerk gegen den Bolschewismus“ propagandistisch in Szene zu setzen verstand. Der Abbruch der geheimen Kontakte seiner Militärs mit Moskau war unausweichlich.

Sogar eine überraschende Annäherung an Polen wurde nun möglich. In Europa kam die 1919 in Versailles konstruierte Nachkriegsordnung schneller als erwartet in Bewegung und erwies sich bald als hohle Fassade. Für ihre Aufrechterhaltung war selbst die bisherige Hegemonialmacht Frankreich nicht bereit, größere militärische Risiken einzugehen.<sup>12</sup> Doch der wichtigste Impuls zur Zerstörung des internationalen Systems ging von Deutschland aus. Zusammen mit Italien und Japan nutzte das „Dritte Reich“ die erneute Einschränkung des globalen Engagements der USA als Folge der Weltwirtschaftskrise, um eine Neuverteilung der wichtigsten Rohstoffzentren und Absatzgebiete zu erreichen und auf diese Weise eigene, autarke „Großräume“ zu schaffen. Die britische Regierung hielt einige Korrekturen des Versailler Vertrags für berechtigt. Sie folgte nur widerwillig dem von Deutschland ausgelösten Wettüben, was ihrer Bevölkerung nicht einfach zu vermitteln war. Zudem war Frankreich durch die Volksfrontregierung tief gespalten und außenpolitisch kaum handlungsfähig.

Zu den Turbulenzen des Spanischen Bürgerkrieges kam 1937 Japans neuer Krieg in China. Auch hier griffen die Westmächte nicht ein. Hitler beschleunigte nun seinen auf Krieg zielenden Kurs. Der „Anschluss“ Österreichs gelang ihm 1938 ebenso wie die „Zerschlagung“ der Tschechoslowakei durch eine Mischung aus Gewaltandrohung, innerer Zersetzung und geschickten diplomatischen Schachzügen. Im Falle der Tschechoslowakei war er bereits zum „Schlagen“ entschlossen, als ihn der italienische Diktator Benito Mussolini zur Übereinkunft mit den Westmächten drängte, die im Münchener Abkommen zunächst zur Abtretung des Sudetenlandes an das Reich führte. „Frieden für unsere Zeit“ glaubte der britische Premierminister Neville Chamberlain mit Hitlers Unterschrift erreicht zu haben. Doch

<sup>12</sup> Vgl. Rainer F. Schmidt, *Die Außenpolitik des Dritten Reiches 1933–1939*, Stuttgart 2002.

dieser erpresste im März 1939 die Unterwerfung der sog. Rest-Tschechei, ermutigte die Slowakei, sich als Satellitenstaat mit dem Reich zu verbünden, und hatte zunächst auch die Hoffnung, Polen auf seine Seite zu ziehen, indem er sich mit einigen Grenzkorrekturen zufrieden geben wollte und Warschau an der tschechischen Beute beteiligte.

Mit der Garantieerklärung für Polen und der Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht gab Großbritannien schließlich im März 1939 ein deutliches Signal, dass von nun an jede weitere deutsche Aggression in einen neuen großen Krieg führen würde. Der polnische Widerstand verstärkte Hitlers Entschlossenheit zur kriegerischen Unterwerfung des Landes. Er war davon überzeugt, dass die Westmächte letztlich vor dem Krieg zurückschrecken würden. Deren Anstrengungen, die Sowjetunion für eine Militärallianz zur Eindämmung Deutschlands zu gewinnen, scheiterten an Stalins Forderungen, die faktisch auf eine sowjetische Einflussnahme im Baltikum sowie in Polen hinausliefen. Hitler erkannte seine Chance, die sich bildende Front seiner Gegner zu spalten. Dafür war er bereit, seinem Todfeind Stalin, der gerade in der Mongolei eine japanische Expeditionsarmee geschlagen hatte, Ostmitteleuropa zu überlassen.

Das „weltpolitische Dreieck Berlin-Rom-Tokio“, das der deutsche Diktator seit Ende 1937 anstrebte, reduzierte sich am 22. Mai 1939 auf den sog. Stahlpakt mit Italien, was zunächst militärisch ohne Bedeutung blieb, weil Mussolini erst ab 1942 mit der Kriegsbereitschaft seines Landes rechnete. Durch den überraschenden Abschluss eines Nichtangriffsvertrages mit der UdSSR am 23. August 1939 sorgte Hitler dafür, dass im Kriegsfall nicht wieder eine Zweifrontensituation entstand, was er in seiner programmatischen Schrift „Mein Kampf“ als den größten Fehler des Kaiserreichs bezeichnet hatte. Damit überzeugte er die zögernde Generalität, die zwar ein Vorgehen gegen Polen befürwortete, aber Deutschland für noch nicht ausreichend gerüstet hielt, um einen Weltkrieg wagen zu können.

Zwei Tage nach dem spektakulären Hitler-Stalin-Pakt schlossen Großbritannien und Frankreich einen Beistandspakt mit Polen. Ihre demonstrative Entschlossenheit beeindruckte Hitler für einen Moment, so dass er den Angriffsbefehl zurückzog und durch hektische di-

plomatische Aktivitäten Großbritanniens zur Zurückhaltung drängen wollte. Polen ließ sich nicht auf direkte Verhandlungen ein, mit denen es sich gegenüber seinen Verbündeten isoliert hätte. So erteilte Hitler erneut den Angriffsbefehl, jetzt zum 1. September 1939, in der Erwartung, dass sich Risikobereitschaft und Nervenstärke wieder einmal auszahlen würden. Doch Paris und London stellten am 3. September ultimativ die Forderung nach einem deutschen Rückzug und erklärten nach Fristablauf dem Deutschen Reich den Krieg. Hitler zeigte sich entschlossen, den Krieg unter allen Umständen weiterzuführen, auch um den Preis eines möglichen neuen Weltkriegs.<sup>13</sup>

## Vom europäischen zum globalen Krieg

Mit der Inszenierung immer neuer außenpolitischer Konflikte hatte Hitler die Friedenssehnsucht der europäischen Großmächte und Nachbarn strapaziert und sich Erfolge verschafft, die in seinem eigenen Volk, das auf die Erhaltung des Friedens hoffte, die Zuversicht förderten, der „Führer“ werde auch dieses Mal die Krise meistern. Als diese Hoffnung am 3. September 1939 scheiterte, entstand alles andere als Kriegsbegeisterung. Hitler musste freilich nicht nur die deutsche Bevölkerung durch eine geschickte Propaganda und Täuschungsmanöver an den Krieg gewöhnen, sondern auch seine Generalität davon überzeugen, dass er die Risiken zu beherrschen vermochte. In mehreren internen Ansprachen legte er sein Kalkül dar; die Behauptung, man habe einen Rüstungsvorsprung erreicht, der nun genutzt werden müsse, überzeugte nicht jeden. Tatsächlich hätte ein entschlossener Gegenschlag der Westmächte mit gleichzeitiger Kriegserklärung der USA Hitlers Position ins Wanken bringen können. Zum Staatsstreich kam es nur deshalb nicht, weil Hitler sich dazu bewegen ließ, den Angriffsbefehl gegen Frankreich 29-Mal zu verschieben.

Der Generalstab hatte – anders als 1914 – keinen ausgearbeiteten Operationsplan in seinen Schubläden. Das deutsche Heer bezog hinter dem seit 1937 eiligst errichteten „Westwall“ Stellung und lieferte sich mit den Franzosen, die ihre Maginotlinie bezogen hatten, in einem „Sitzkrieg“ lediglich Scharmützel.

<sup>13</sup> Vgl. Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg. 10 Bde., Stuttgart 1979/München 2008.

So herrschten im Westen noch Wochen nach Kriegsbeginn fast friedensähnliche Verhältnisse. Die geplante totale Mobilmachung wurde im Reich bereits Mitte Oktober 1939 abgebrochen, um die Bevölkerung nicht weiter zu beunruhigen.

Im Rückblick zeigt sich, dass angesichts der personellen und materiellen Unterlegenheit Deutschlands gegenüber der künftigen Anti-Hitler-Koalition bereits am 3. September 1939 das Ende des Deutschen Reiches eingeläutet wurde.<sup>14</sup> Dafür sprechen der maßlose Expansionsdrang, der die alten Grenzen des Kaiserreichs bereits überschritten hatte, und das wahnwitzige Kriegszielprogramm des Diktators, vor allem aber der veränderte Charakter des Krieges, der bereits in Polen mit einer völkerrechtswidrigen Ausbeutungs- und Vernichtungspolitik erkennbar wurde.

Wenn es nach dem 3. September 1939 überhaupt zu einer zumindest zeitweilig offenen Entscheidungssituation<sup>15</sup> des Zweiten Weltkriegs gekommen ist, dann lag dies in einer militärisch-operativen Entwicklung begründet, die niemanden mehr überrascht hat als die Wehrmacht und Hitler selbst. Großbritannien rechnete mit einem langen Blockadekrieg, im Vertrauen darauf, wie im Ersten Weltkrieg zusammen mit der französischen Armee den zu erwartenden deutschen Ansturm aufhalten zu können. Auch wenn die USA vorerst neutral blieben, sicherte Präsident Franklin D. Roosevelt insgeheim Unterstützung zu und machte sein Land zum „Arsenal der Demokratie“. Im Sommer 1941 würde man zum Angriff gegen Deutschland ausreichend gerüstet sein.

Als sein Verbündeter Stalin die Initiative ergriff und Finnland überfiel, geriet Hitler in die politische Defensive und musste die prodeutsch gesinnte finnische Armee im Stich lassen. Dafür dachten die Westmächte daran, einen Schlag gegen die Ölquellen des Kaukasus zu führen, um eine wichtige „Tankstelle“ der Wehrmacht zu schließen. Gleichzeitig bereitete man sich darauf vor, die für Deutschland lebenswichtige Zufuhr schwedischer Eisenerze über den norwegischen Hafen Narvik zu blo-

<sup>14</sup> Vgl. Rolf-Dieter Müller, Der letzte deutsche Krieg 1939–1945, Stuttgart 2005.

<sup>15</sup> Vgl. Ian Kershaw, Wendepunkte. Schlüsselentscheidungen im Zweiten Weltkrieg, Stuttgart 2008.

ckieren. Ein schlecht vorbereiteter, übereilter deutscher Angriff im Westen hätte den Verlauf des Zweiten Weltkriegs ebenso in eine andere Richtung lenken können wie ein Erfolg dieser alliierten Gegenzüge. Nicht zuletzt bewirkte der Zufall, dass die von Johann Georg Elser am 8. November 1939 im Münchner Bürgerbräukeller gezündete Bombe ihr Ziel verfehlte und Hitler den Krieg fortsetzen konnte. Welchen Kurs sein designerter Nachfolger Hermann Göring eingeschlagen hätte, bleibt offen.

Ein für die Alliierten zweites „Wunder an der Marne“ verhinderte General Erich von Manstein, der im Herbst 1939 einen Feldzugsplan entwickelt hatte, mit dem die Wehrmacht – anders als 1914 – den Sieg im Westen erkämpfte und den „Blitzkrieg“ zu einem Erfolgsrezept werden ließ, das die deutschen Soldaten später bis vor die Tore Moskaus führen sollte. Als am 10. Mai 1940 der Angriff begann, konnten die Deutschen ihren Operationsplan umsetzen, weil die zahlenmäßig überlegene französische Luftwaffe ihre Kräfte in Erwartung einer längeren Auseinandersetzung zurückhielt. Dagegen warf Göring alle Geschwader in die Schlacht, sicherte die Luftüberlegenheit im Kampfraum und bombte den deutschen Angriffskräften den Weg frei. Der unkonventionellen Führung von zusammengefassten Panzerverbänden durch General Heinz Guderian kam ebenfalls große Bedeutung zu. Auf französischer Seite hatte Oberst Charles de Gaulle mit ähnlichen Vorstellungen zum Panzerkrieg keine ausreichende Unterstützung gefunden. Seine Vorgesetzten blieben in Vorstellungen des Ersten Weltkriegs verfangen und erwiesen sich angesichts der beschleunigten Führungsentscheidungen eines schnellen Bewegungskriegs als überfordert. Dennoch blieb der deutsche Feldzug im Westen ein hochriskantes Unternehmen, dessen Erfolg bis zur letzten Minute fragwürdig war.<sup>16</sup>

Mit Blitzfeldzügen, die zur Besetzung Dänemarks und zur Unterwerfung Norwegens führten, zahlte sich Hitlers Bereitschaft zum höchsten Risiko ebenfalls aus, obwohl die Marine vor Narvik erhebliche Verluste erlitt. Als sich bei Dünkirchen die Chance bot, das britische Expeditionskorps gefangen zu nehmen, fehlte ihm die Entschlossenheit, Großbritannien eine Niederlage beizubringen. Es

hätte das siegreiche Ende des europäischen Krieges bedeuten können. Auf der Gegenseite war mit dem neuen Premierminister Winston Churchill ein robuster Gegner ins Spiel gekommen. Diesem gelang es, die Kräfte Großbritanniens bis zur Erschöpfung zu mobilisieren. Fast ein Jahr lang leisteten die Briten, auf sich allein gestellt, den Deutschen erbitterten Widerstand. Trotz einzelner Vorstöße 1941/42 in Nordafrika sowie im U-Bootkrieg gelang es der Wehrmacht nicht, die britische Umklammerung zu zerbrechen und deren überseeische Basen zu zerstören.

Was deutschen Truppen im Ersten Weltkrieg in vier Jahren nicht gelungen war, wurde im Juni 1940 innerhalb von vier Wochen erreicht: eine Siegesparade in Paris. Nichts wäre Hitler in diesem Augenblick lieber gewesen, als sich seinem „Programm“ gemäß mit Großbritannien über die Aufteilung der Welt zu verständigen und sich dann nach Osten wenden zu können. Doch Churchill war nicht Stalin: Der sowjetische Diktator zögerte nicht, seinen versprochenen Anteil an der Beute in Ostmitteleuropa einzutreiben, was ihm zugleich den Vorteil verschaffte, sein strategisches Vorfeld zu erweitern. Solange die Wehrmacht am Kanal gebunden war, würde Hitler keinen Zweifrontenkrieg wagen, wie Stalin in Kenntnis von „Mein Kampf“ annehmen konnte. Den Verlockungen des „Führers“, der die UdSSR gegen Großbritannien in Stellung zu bringen versuchte, widerstand er weitsichtig.

Das zweite Kriegsjahr stand im Zeichen gegenseitigen Belauerns. Inzwischen hatte Hitler längst die Weichen für seinen eigentlichen Krieg, die Eroberung von „Lebensraum im Osten“ gestellt. Aufgrund erster Überlegungen der Heeresführung zur Sicherung der Ostgrenze ordnete Hitler am 31. Juli 1940 an, dass die Wehrmacht bereit sein solle, ab 1. Mai 1941 jederzeit einen größeren Feldzug zur Eroberung des europäischen Teils Russlands, der Ukraine und des Kaukasus führen zu können. Damit würde das Großdeutsche Reich zur unangreifbaren Weltmacht werden. Dann könnten auch die rassenideologischen „Neuordnungs-“ und Siedlungspläne umgesetzt werden, für die das besetzte Polen bereits zum Experimentierfeld geworden war.

Im Rückblick ist es erstaunlich, wie gering man in Berlin das militärische Risiko des Un-

<sup>16</sup> Vgl. Karl-Heinz Frieser, *Blitzkrieg-Legende. Der Westfeldzug 1940*, München 1995.

ternehmens einschätzte. Die deutsche Rüstung war nach dem Frankreich-Feldzug gebremst worden, um die Bevölkerung an den Früchten des Sieges teilhaben zu lassen. In den ersten zwei Jahren des Krieges stagnierte die Rüstungsproduktion. Mit dem Zustrom aus der laufenden Rüstungsproduktion und dem erbeuteten Kriegsmaterial wurde eine Operationsarmee bereitgestellt, die nicht stärker war als die Heeresgruppen, mit denen man Frankreich besiegt hatte. Dabei verfügte Stalin über das größte Militärpotential der Welt, das sich nach der Beseitigung der alten Führungselite rasch personell regenerierte und die Kriegserfahrungen des deutschen Verbündeten zu adaptieren versuchte.

Dennoch waren sich Hitler und sein Generalstab darin einig, dass der Überfall auf die UdSSR ein „Sandkastenspiel“ sein würde. Die deutschen Panzerkorps würden die Masse der sowjetischen Armee einkesseln, vernichten und so schnell nach Osten vorstoßen, dass sich keine neue durchgehende Front mehr bilden konnte. Den Rest würden Vorstöße in Richtung Kaukasus und Ural erledigen, um dann eine Militärgrenze ostwärts von Moskau vorzuschieben, die sich mit geringen Kräften halten ließ. Die Masse des Ostheeres würde nach wenigen Wochen in die Heimat zurückkehren, um die Waffen zu schmieden, mit denen man die angelsächsischen Mächte im globalen Maßstab angreifen könnte.

Der Plan war ebenso kühn wie vermessen. Um den Zusammenbruch des Sowjetregimes zu beschleunigen, sollte jeglicher Anschein von Widerstand in der Bevölkerung mit brutalsten Methoden unterdrückt, die kommunistische Führungselite liquidiert und die jüdische Bevölkerung ermordet werden. Der Feldzug sollte als rücksichtsloser Vernichtungs- und Ausbeutungskrieg geführt werden, was eine weitere Radikalisierung der bisherigen Kriegführung bedeutete und von der militärischen Führung trotz einiger Bedenken schließlich mitgetragen wurde.

## Kriegswende

So vollzog sich im Mai/Juni 1941 der Wendepunkt des Zweiten Weltkriegs. Hitlers Armeen marschierten unter größter Geheimhaltung auf, und Stalin ließ trotz vielfältiger Warnungen seines Geheimdienstes bis zur

letzten Minute kriegswichtige Lieferungen über die deutsche Grenze rollen. Umso größer war sein Schock, als ihm bewusst wurde, dass die am Morgen des 22. Juni gemeldeten deutschen Kriegshandlungen der Beginn eines Überfalls waren. In den ersten Wochen zeigte sich die Rote Armee nicht in der Lage, die deutschen Armeen zu stoppen. Beide Seiten erlitten in Kesselschlachten schwere Verluste. Stalin, dem wider Erwarten die Mobilisierung der Kräfte seines Riesenreiches gelang, konnte immer neue Divisionen zusammensetzen, während das deutsche Ostheer aus der Substanz lebte, weil Hitler Reserven für die Feldzüge gegen die angelsächsischen Mächte zurückhielt.

So überschritt die Wehrmacht bereits im August 1941 den Kulminationspunkt ihres Angriffs, ohne daraus die Konsequenzen zu ziehen. Zur gleichen Zeit radikalisierte die SS den Völkermord an den europäischen Juden, was in der antisemitischen Wahnwelt des Diktators auch als Drohgebärde gegen Roosevelt galt. Mit der am 14. August verkündeten Atlantik-Charta über die britisch-amerikanischen Nachkriegsziele zeichnete sich ab, dass Washington die Expansion der faschistischen Mächte nicht länger hinnehmen wollte. Deshalb verband sich die deutsche Kriegserklärung am 11. Dezember 1941 an die USA mit der Entscheidung zur systematischen Ermordung der europäischen Juden, die am 20. Januar 1942 während der Wannseekonferenz detailliert besprochen wurde.

Nach zwei Jahren Krieg in Europa hatte der Zweite Weltkrieg globale Ausdehnung erreicht. Roosevelt hatte nach seiner Wiederwahl (1940) eine deutliche Eindämmungspolitik gegenüber dem aggressiven Japan betrieben und zusammen mit Großbritannien – nach dem deutschen Überfall – auch die UdSSR mit Wirtschafts- und Rüstungslieferungen unterstützt. Noch immer gab es eine starke isolationistische Grundströmung in der Bevölkerung, die sich gegen eine Einmischung in den europäischen und den asiatischen Krieg wehrte. Roosevelt setzte das rohstoffarme Japan unter den Druck von Wirtschaftssanktionen. Tokio entschied sich für den Angriff, um die Ressourcen Südasiens zu erobern und durch eine weiträumige Verteidigungszone im Pazifik gegen die USA abzusichern. Mit dem Luftangriff auf den Heimathafen der amerikanischen Pazifikflotte in

Pearl Harbor auf Hawaii am 7. Dezember 1941 sollten günstige militärische Voraussetzungen geschaffen werden. Dieser heimtückische Schlag veränderte die Stimmung in der amerikanischen Bevölkerung grundlegend, weshalb bis heute spekuliert wird, dass Roosevelt vom Anmarsch der japanischen Flotte gewusst und die Verluste von Pearl Harbor riskiert haben könnte.<sup>17</sup>

Dass sich Hitler mit seiner Kriegserklärung dem japanischen Angriff anschloss, obwohl zur gleichen Zeit die Ostfront unter den Druck der sowjetischen Gegenoffensive bei Moskau geriet, markierte seinen Willen, den Krieg unter allen Umständen bis zum „Endsieg“ fortzusetzen. So entschied er sich für eine strategische Defensive und setzte 1942/43 auf die Verteidigung der „Festung Europa“. Um das kurze Zeitfenster vor einem Eingreifen der USA auf den Kontinent auszunutzen, wollte er mit einer zweiten Sommeroffensive im Osten endlich die reichen Ölquellen im Kaukasus in die Hand bekommen, damit die Kriegswirtschaft der UdSSR lahm legen und deren wichtigen Versorgungsstrang über den Iran für angelsächsische Hilfslieferungen kapfen. Das angeschlagene deutsche Ostheer konnte mit Hilfe einer neuen Rüstungspolitik, zu deren Verantwortlichen Albert Speer ernannt wurde, wieder soweit ausgestattet werden, dass die Heeresgruppe Süd erneut zum Angriff anzutreten vermochte.

Doch der Vormarsch in den Kaukasus wurde durch Hitlers fatale Entscheidung geschwächt, die Heeresgruppe aufzuspalten und mit größeren mobilen Kräften Stalingrad anzugreifen. Aus dem Prestigeduell der beiden Diktatoren entwickelte sich am Jahresende 1942/43 die bis dahin größte Katastrophe der deutschen Militärgeschichte, der Untergang einer kompletten Armee auf dem Schlachtfeld. Hitler hatte, um Kräfte für den gleichzeitigen Angriff auf Baku und Stalingrad freizumachen, die Flanke am Don mit weniger kampfkraftigen Armeen der Verbündeten besetzt. Stalins Gegenoffensive am 19. November gefährdete mit der Vernichtung der 6. Armee die gesamte deutsche Südfront. Nur mit Mühe gelang es, im Frühjahr 1943 die Front vorübergehend zu stabilisieren, obwohl starke Kräfte bereitge-

stellt werden mussten, um auch der Landung von US-Streitkräften in Algerien zu begegnen, die zusammen mit den von El Alamein vorrückenden Briten die deutsch-italienische Heeresgruppe unter der Führung von General Erwin Rommel im Brückenkopf Tunis einschlossen. In Berlin hatte Propagandaminister Joseph Goebbels mit einer demagogischen Rede am 18. Februar 1943 das deutsche Volk zum „Totalen Krieg“ aufgerufen. Hitlers Durchhaltestrategie setzte im Westen auf eine Ausweitung des U-Bootkrieges, den Bau des Atlantikwalls und die Vorbereitung des Einsatzes von modernen Flugkörpern („Wunderwaffen“), im Osten auf einen Abnutzungskrieg.

Das „Unternehmen Zitadelle“ war Anfang Juli 1943 ein Frontalangriff auf den stark befestigten Frontbogen von Kursk, mit dem deutsche Verbände gegen einen zahlenmäßig weit überlegenen Gegner antraten. Nach Anfangserfolgen brach Hitler den Angriff ab, weil die Alliierten inzwischen auf Sizilien gelandet waren und Kräfte zu ihrer Abwehr verlagert werden mussten. Daraufhin trat die Rote Armee zu Großoffensiven an, die für die Deutschen zum Verlust der Ukraine führten, deren Ausbeutung nach Hitlers Willen das wirtschaftliche Rückgrat der Ostfront bilden sollte. Die Alliierten hatten sich nach unerwarteten Verzögerungen in Nordafrika dazu entschlossen, die Invasion auf dem Kontinent um ein Jahr zu verschieben. Bei der Konferenz von Casablanca entschieden sie sich im Januar 1943 dafür, einerseits durch die Ausweitung des strategischen Bombenkrieges das noch immer wachsende deutsche Rüstungspotential zu schwächen und durch Angriffe auf Großstädte die deutsche Kriegsmoral zu zerstören, andererseits im Pazifik offensiv zu werden, um eine Entscheidung gegen Japan zu erzwingen.

Im Rüstungswettlauf lagen die Briten und Amerikaner schon weit vor den Deutschen und den Japanern. Auch die Sowjetunion hatte den Rückschlag von 1941 überwunden und produzierte mittlerweile mehr Panzer als das „Dritte Reich“. Stalin profitierte nicht nur von den Hilfslieferungen seiner Verbündeten, sondern auch von der bequemen strategischen Lage, nur an einer Front seine Kräfte einsetzen zu müssen, denn Japan hielt an der Neutralitätspolitik gegenüber der UdSSR fest, um seine schwache Position auf dem chinesischen Festland nicht zu riskieren.

<sup>17</sup> Vgl. z. B. Robert B. Stinnett, Pearl Harbor. Wie die amerikanische Regierung den Angriff provozierte und 2476 ihrer Bürger sterben ließ, Frankfurt/M. 2003.

Mit „Operation Overlord“ starteten die Alliierten am 6. Juni 1944 das größte Landungsunternehmen der Weltgeschichte, ein bis zur letzten Minute höchst riskanter Einsatz. Es gelang ihnen, die zwischen Nordkap und spanischer Grenze verteilte deutsche Abwehr zu überlisten und überraschend in der Normandie einen Brückenkopf zu bilden, den sie dank ihrer Luftüberlegenheit schrittweise ausweiteten. Die Befreiung Frankreichs warf für die Alliierten keine großen Schwierigkeiten auf, doch zögerten sie im Herbst 1944, den Vorstoß ins Reich zu wagen. Der Oberkommandierende General Dwight D. Eisenhower wollte kein Risiko eingehen, weil in den USA die Wiederwahl Roosevelts anstand und das „Dritte Reich“ nicht so geschwächt erschien wie das Kaiserreich im Herbst 1918.

Das Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944, mit dem die Militäropposition einen Ausweg aus dem Krieg versuchte, war gescheitert, und die Nazis organisierten eine letzte verzweifelte Mobilmachung. Am 16. Dezember 1944 gelang den Deutschen ein Überraschungsangriff in den Ardennen. Ähnlich wie 1940 durchbrachen sie die unvorbereiteten Verteidigungslinien des Gegners, konnten aber dieses Mal den Durchbruch nicht in die Tiefe ausweiten. Es fehlte der Wehrmacht nicht nur die Luftherrschaft über dem Gefechtsfeld, sondern auch ausreichend Treibstoff.

Der Schlussakt wurde Mitte Januar 1945 von der Roten Armee eröffnet, die in kürzester Zeit von der Weichsel bis zur Oder vorstieß und eine Fluchtwelle unter der ostdeutschen Bevölkerung auslöste. Durch die nachfolgenden Vertreibungen wurden historische Siedlungsgebiete der Polen und Deutschen in Ostmitteleuropa nachhaltig zerstört und Grenzen verändert. Als die Westalliierten Anfang März den Rhein überschritten, war Hitlers Kriegführung am Ende. Der Selbstmord des Diktators löste die letzten Bande innerhalb der Wehrmacht, deren Führung am 8. Mai 1945 die bedingungslose Kapitulation akzeptierte. Die Kämpfe im Pazifik dauerten noch bis August; zur gleichen Zeit besiegelte die Konferenz in Potsdam das Ende des Deutschen Reiches. Der Überfall auf Polen vor 70 Jahren, im Sommer 1939, hatte den Anfang vom Ende markiert.

*Elena Stepanova*

## Bilder vom Krieg in der deutschen und russischen Literatur

Den meisten Besuchern aus Deutschland ist St. Petersburg vor allem als prachtvolle Zarenresidenz, pulsierende Metropole und Sitz einer der größten Kunstsammlungen der Welt, der Eremitage, bekannt. Im Hintergrund bleibt das andere, dunkle Kapitel der Stadtgeschichte, das sehr anschaulich den Charakter des deutschen Vernichtungskriegs gegen die Sowjetunion illustriert: die Blockade Leninsgrads. Im September 1941 hatte die Wehrmacht die Millionenstadt bis auf einen Zugang zum Ladogasee umzingelt. Man entschied in Berlin, die Metropole nicht zu besetzen, sondern ihre Bewohner verhungern zu lassen und anschließend die Stadt dem Erdboden gleich zu machen. Die dreijährige Belagerung forderte etwa eine Million ziviler Opfer. Dieser Teil der Kriegsgeschichte ist vielen Deutschen bis heute so gut wie unbekannt.

Die „ambivalente Unvergessenheit“ des Russlandfeldzuges (Christina Morina) – Verdrängung begangener Verbrechen einerseits und allgegenwärtige Erinnerung an das erlittene eigene Leid andererseits – machte den Krieg gegen die Sowjetunion im Deutschland der Nachkriegszeit zu einem der meist beschriebenen und meist verdrängten historischen Ereignisse. Getragen und maßgeblich geprägt wurde diese Erinnerung in den 1950er und 1960er Jahren nicht zuletzt von Kriegsbelletristik. Die Mehrheit der westdeutschen Schriftsteller stellten die Kriegsleiden der deutschen Landser in den Mittelpunkt, ohne über die Gründe dieser Leiden und den gesamtgeschichtlichen Kontext

**Elena Stepanova**

Dr. phil, geb. 1982;  
Politologin und Historikerin;  
Promotion am Otto-Suhr-Institut  
für Politikwissenschaft der  
Freien Universität Berlin.  
elena\_st@yahoo.com

nachzudenken. Die sowjetischen Kriegsoffer blieben meistens unerwähnt, die Beschreibung Russlands und der russischen Bevölkerung in alten Stereotypen verfangen.<sup>1</sup> Jost Hermand stellte fest: „Obwohl die meisten dieser Romane handlungsmäßig an der Ostfront spielen, werden in ihnen die Gräueltaten dieses Vernichtungskrieges gegen slawische Untermenschen, wie sie die Wehrmachtsausstellung vor wenigen Jahren endlich aufgedeckt hat, weitgehend ausgeblendet.“<sup>2</sup>

Die Romane dienten eher dem Ziel, die deutschen Armeeangehörigen – von denen die meisten am Russlandfeldzug teilnahmen – von der Schuld an Kriegsverbrechen zu entlasten und dem massenhaften Sterben der deutschen Soldaten im Osten einen Sinn zu geben. Den Roman des Österreicherers Fritz Wöss, „Hunde, wollt ihr ewig leben?“, veröffentlicht 1958 und später in der Bundesrepublik erfolgreich verfilmt, könnte man als Zusammenfassung der westdeutschen Nachkriegswahrnehmung des Krieges an der Ostfront betrachten. Er zeigt deutsche Soldaten, die von den Eliten nach Stalingrad geschickt wurden, um getötet oder gefangen genommen zu werden. Die Handlung des Romans setzt 1942 ein, und es wird nicht gefragt, warum oder wie die deutsche Armee überhaupt nach Stalingrad kam.

In der DDR wurde die Ostfront vor allem als „Hauptfront des militärischen Klassenkampfes“<sup>3</sup> und die sowjetische Gefangenschaft als erste Etappe der Erziehung im antifaschistischen Sinne verstanden. Das Thema der

<sup>1</sup> Als Beispiele seien hier folgende, in der Bundesrepublik viel gelesene Werke genannt: „Null acht fünfzehn“-Trilogie (1954/55) von Hans Helmut Kirst; „Woina, Woina“ (1951) von Curt Hohoff; „Nikolskoje“ (1953) von Otto Heinrich Kühner; „So weit die Füße tragen“ (1954) von Josef Martin Bauer; „Der Arzt von Stalingrad“ (1956) und „Das Herz der 6. Armee“ (1964) von Heinz G. Konsalik.

<sup>2</sup> Jost Hermand, Die Kriegsschuldfrage im westdeutschen Roman der fünfziger Jahre, in: Ursula Heukenkamp (Hrsg.), Schuld und Sühne? Kriegserlebnis und Kriegsdeutung in deutschen Medien der Nachkriegszeit (1945–1961), Amsterdam 2001, S. 430. Diese Aussage trifft selbst für die frühe Nachkriegsprosa Heinrich Bölls zu, wobei er selbst später eine herausragende Rolle im Prozess der Versöhnung mit der Sowjetunion spielte.

<sup>3</sup> Hermann Kant/Frank Wagner, Die große Abrechnung. Probleme der Darstellung des Krieges in der deutschen Gegenwartsliteratur, in: neue deutsche literatur, 12 (1957), S. 138.

Umerziehung im sowjetischen Gefangenenlager war in der DDR-Literatur stark verbreitet, exemplarisch genannt sei der Roman von Herbert Otto „Die Lüge“ (1956), in dem der Autor seine Wandlung während der Kriegsgefangenschaft im Ural beschrieb. Doch obwohl solche Schilderungen mit der NS-Ideologie abgerechnet und eine antifaschistische Botschaft transportierten, entsprachen sie nur in seltenen Fällen den tatsächlichen Kriegserinnerungen der meisten Menschen.

Auffällig ist, dass in den literarischen Werken, die zu den Musterbeispielen der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus im Nachkriegsdeutschland zählen, der Zweite Weltkrieg kaum vorkommt, so in den Werken von Günter Grass, Siegfried Lenz oder Christa Wolf. Der Krieg bleibt im Hintergrund, ist Kulisse, vor der sich andere Dramen abspielen. In „Wages of Guilt“ nannte Ian Buruma den Roman „Die Blechtrommel“ von Grass „die berühmteste fiktionale Chronik des Zweiten Weltkrieges“.<sup>4</sup> Es ist seltsam, dass in einer „Kriegschronik“ der Krieg selbst nicht vorkommt. In den Romanen über den Nationalsozialismus wird der Krieg zur Nebensache, so, wie in den meisten deutschen Kriegsromanen der Nationalsozialismus ausgeklammert wird.

In der Sowjetunion bildete Kriegsliteratur einen wichtigen Gegenpol zur offiziellen Interpretation des Großen Vaterländischen Krieges. Die unmittelbare Kriegserfahrung, die so wenig Heroisches enthielt, fanden sowjetische Bürger jenseits der Küchentischgespräche fast ausschließlich in der Literatur, die eine Nische für den Austausch über das Erlebte darstellte. Mit ihren Werken haben Autoren wie Viktor Nekrassow, Juri Bondarew oder Wassili Bykow dazu beigetragen, die offizielle Sicht auf den Krieg zu untergraben, indem sie dem sowjetischen Leser ungeschminkte Schilderungen von Feigheit, inkompetenter Führung und Leid der Zivilbevölkerung präsentierten. Auch das Thema des Völkermords an den Juden, in der offiziellen sowjetischen Historiographie nicht existent, tauchte in der Literatur auf – in den Werken von Anatoli Kusnezow, Wassili Grossman oder Jewgeni Jewtuschenko. Die Schrecken der Leningrader Blockade haben zum ersten

<sup>4</sup> Ian Buruma, Wages of Guilt. Memories of War in Germany and Japan, London 1995, S. 292.

Mal zwei Schriftsteller angesprochen: Daniil Granin und Alex Adamowitsch in ihrem „Buch der Blockade“.

Nach einer fast dreißigjährigen Pause spielt der „Russlandkrieg“ wieder eine wichtige Rolle in der deutschen Literatur: Von Günter Grass über Wibke Bruhns bis Uwe Timm und Ulla Hahn thematisieren die Literaten den Krieg im Osten, vor allem gegen die Sowjetunion, meist aus einer sehr persönlichen Perspektive. Auf diesem Weg kam nach dem Rückzug der Wehrmachtsausstellung das Thema „Russlandkrieg“ zurück in die deutsche Öffentlichkeit. Auch in Russland waren die 1990er Jahre von Diskussionen über den Großen Vaterländischen Krieg gekennzeichnet. Diese Diskussionen wurden nicht zuletzt literarisch ausgetragen. Dabei diente der Krieg den Schriftstellern im weitesten Sinne als Projektionsfläche für die Reflexion über die Beziehungen zwischen der Staatsmacht und dem Individuum sowie über die Rolle der „Macht“ im und nach dem Krieg.

Exemplarisch für die literarischen Deutungen des Krieges gegen die Sowjetunion in Russland und in Deutschland sollen im Folgenden zwei deutsche und zwei russische Prosawerke aus der Zeit zwischen 1994 und 2004 präsentiert werden: „Verdammt und Umgebracht“ (1994) von Viktor Astafjew, „Die nackte Pionierin“ (2002) von Michail Kononow, „Himmelskörper“ (2003) von Tanja Dückers und „Unschärfe Bilder“ (2003) von Ulla Hahn. Diese Werke werden hier hinsichtlich der Bedeutung, welche die Autorinnen und Autoren der Rolle der Ideologie im Krieg gegen die Sowjetunion beimessen, interpretiert und verglichen.

Die Texte sind für die literarischen Landschaften beider Länder repräsentativ, insbesondere was die generationelle und geschlechterspezifische Zusammensetzung betrifft. Ulla Hahn (Jg. 1946) gehört zur so genannten „Kriegskindergeneration“, während Tanja Dückers (Jg. 1968) aus der Perspektive der „Enkelkindergeneration“ schreibt. Das ist nicht untypisch für die deutsche zeitgenössische Prosa über den Krieg, ebenso wie die Tatsache, dass beide Autorinnen in ihren Werken die Sicht der Töchter bzw. Enkelkinder auf die Familiengeschichte darstellen, zu der auch der Krieg gegen die Sowjetunion gehört. Anders in Russland: Dort gibt es kaum Frauen,

die sich das Kriegsthema aneignen. Auch sonst gestaltet sich die Suche nach zeitgenössischen russischen Schriftstellern, die über den Krieg schreiben, nicht einfach. Das Kriegsthema verschwindet allmählich aus der russischen Literatur, was mit dem Tod der meisten Schriftsteller der Frontgeneration zusammenhängt. Es gibt kaum neue, geschweige denn junge Autoren, die es wagen, ohne eigene Kriegserfahrungen das Thema aufzugreifen. Viktor Astafjew (1924–2001) gehört zur Generation der Kriegsteilnehmer, Michail Kononow (Jg. 1948) zur ersten Nachkriegsgeneration.

Im Folgenden möchte ich der Frage nachgehen, zu welchen Interpretationsmustern zeitgenössische Schriftsteller greifen, um ihren Leserinnen und Lesern die weltanschauliche Seite des Krieges zu verdeutlichen. Welche Rolle spielt die nationalsozialistische Rassenideologie bzw. die stalinistische Indoktrinierung?<sup>15</sup> Welche Bilder von politisch umstrittenen historischen Begebenheiten werden von den Literaten produziert und an die Leserschaft weitergegeben?

## Rassenideologie

Man geht davon aus, dass Ideologie ein wichtiger Faktor hinsichtlich der Motivation im Krieg an der Ostfront gewesen ist. Auf beiden Seiten hat Propaganda dazu gedient, die Soldaten von der „gerechten Sache“ zu überzeugen, für die sie ihr Leben lassen sollten, und die Identifikation mit dem Kollektiv zu ermöglichen, für das sie sich opfern sollten.<sup>16</sup> Als wichtige Motivationsgründe auf der deutschen Seite werden vor allem Überlegenheitsgefühle gegenüber den slawischen „Untermenschen“ und Juden genannt.<sup>17</sup> Auch zeigt sich die Affinität der Wehrmachtangehörigen zum Nationalsozialismus

<sup>15</sup> Diese Analyse basiert auf dem Kapitel „Die Rolle der Ideologie“ meiner Dissertation, die unter dem Titel „Den Krieg beschreiben“ 2009 erschienen ist. Ich danke dem Transcript-Verlag für die Möglichkeit, einige Passagen aus dieser Publikation hier wiederzugeben.

<sup>16</sup> Vgl. Wolfram Wette, *Die Wehrmacht. Feindbilder, Vernichtungskrieg, Legenden*, Frankfurt/M. 2002; Omer Bartov, *Hitler's army. Soldiers, Nazis, and War in the Third Reich*, New York 1991; Klaus Latzel, *Deutsche Soldaten – nationalsozialistischer Krieg? Kriegserlebnis – Kriegserfahrung 1939–1945*, Paderborn 1998; Alexander Proskouriakov, *Feldpost aus Stalingrad*, Berlin 2004.

<sup>17</sup> Vgl. W. Wette (Anm. 6), S. 102 ff.

„in ihrer ausgeprägten Glaubensbereitschaft gegenüber dem Führer, in ihrer Reproduktion des Hitlermythos, dem sie wohl noch länger und stärker verfallen waren als die Zivilbevölkerung“.<sup>18</sup>

Für die sowjetische Seite betonten Historiker unter anderem die Überzeugung von der Notwendigkeit der Landesverteidigung, den Existenz- und Freiheitskampf sowie die Opferbereitschaft der Bevölkerung als ausschlaggebende Motive zum Kampf gegen die Invasoren. „Unter dem Zeichen dieser Gefühle – Liebe zur Heimat und Hass auf den Feind – erlebte der sowjetische Soldat den ganzen Krieg.“<sup>19</sup>

Die historischen Tatsachen haben mit dem Geschichtsbild der Bevölkerung oft nicht viel zu tun. Gerade wenn der Abstand zu einem historischen Ereignis größer wird, verfestigen sich alte und entstehen neue Geschichtsbilder, die den historischen Fakten widersprechen, unangenehme Tatsachen auslassen und von der aktuellen gesellschaftspolitischen Konjunktur beeinflusst sind. Schriftsteller sind neben Filmemachern wichtige Produzenten solcher Geschichtsinterpretationen. So wird gefragt, wie deutsche und russische Schriftsteller die Gründe erklären, aus denen heraus Soldaten auf beiden Seiten zum Töten und Sterben bereit waren. Welche Antwort würden sie mit ihren Werken auf die gemeinsame Frage von Heinrich Böll und Lew Kopelew geben: „Warum haben wir aufeinander geschossen?“<sup>10</sup>

Der Krieg in Russland ist das zentrale Thema des Romans „Unscharfe Bilder“ von Ulla Hahn. Eine der beiden Hauptfiguren, die Gymnasiallehrerin Katja, glaubt, ihren Vater Hans Musbach auf einem Foto der Wehrmachtausstellung erkannt zu haben. Sie konfrontiert ihn mit Fragen, woraufhin der Vater von seinen Kriegserlebnissen in Russland erzählt. Am Ende gesteht er, an einer Partisanenerschießung teilgenommen, jedoch danebengeschossen zu haben und ohnmächtig geworden zu sein. Nach dem Aufwachen habe er den SS-Mann erschlagen, der ihm den Befehl gegeben hatte, als dieser gerade eine

Partisanin vergewaltigen wollte; mit dieser Partisanin ist Musbach dann – als Liebespaar – durchgebrannt. Dieses Narrativ erinnert stark an das Erzählmuster der westdeutschen Ostfrontromane der 1950er Jahre, das auf diesem Weg in die deutsche Literatur zurückkehrt.

Laut Musbach gab es beim Militär keine ideologische Erziehung: „Man ließ ihre Köpfe in Ruhe. (. . .) Sogar eine gewisse Freiheit glaubte Musbach sich so bewahren zu können, eine innere zumindest.“<sup>11</sup> Die Ideologisierung der Frontsoldaten, die zahlreiche historische Studien belegen,<sup>12</sup> wird im Roman bestritten. Musbach vertritt die Meinung, dass die meisten deutschen Soldaten bei Kriegsausbruch keine nationalsozialistische Überzeugung teilten: „Warum sollten wir gegen den Kommunismus kämpfen? (. . .) Ein „Volk ohne Raum“? Nein, einen Drang nach Osten spürten wir nicht. (. . .) Laut sangen wir nicht, und am Ende brüllten wir auch nicht das gewohnte ‚Sieg Heil!‘ (. . .) Und vergiss niemals, wir hatten uns nicht freiwillig gemeldet! Ich hatte Hitler nie gewählt! Ich war in Russland ein Gefangener meines eigenen Landes.“<sup>13</sup> Gekämpft habe er aus Angst, weil ihm nichts anderes übrig blieb: „Letzten Endes sind wir eigentlich nur aus Feigheit dageblieben. Desertieren führte meist in den sicheren Tod, in der Truppe gab es wenigstens eine Chance zu überleben.“<sup>14</sup>

Für diesen spezifischen Fall könnten die Aussagen stimmen, im Roman wird suggeriert, es handele sich um die Regel. Inwieweit diese Sicht im Widerspruch zu neuesten Forschungsergebnissen steht, zeigt die Studie von Stephen G. Fritz „Hitlers Frontsoldaten“, in der anhand von zahlreichen Interviews und Feldpostbriefen belegt wird, dass es in der Truppe in Russland ein derart auffälliges Einverständnis mit der Auffassung des NS-Regimes vom bolschewistischen Feind und von dessen Behandlung gab, dass sich viele Soldaten bereitwillig an Mordaktionen beteiligten.

<sup>18</sup> K. Latzel (Anm. 6), S. 371.

<sup>19</sup> Elena Senjavskaja, 1941–1945. Frontovoe pokolenie, Moskva 1995, S. 84.

<sup>10</sup> Vgl. Heinrich Böll/Lew Kopelew, Warum haben wir aufeinander geschossen?, Bornheim-Merten 1981.

<sup>11</sup> Ulla Hahn, Unscharfe Bilder, München 2003, S. 32.

<sup>12</sup> Vgl. O. Bartov (Anm. 6); Stephen G. Fritz, Hitlers Frontsoldaten. Der erzählte Krieg, Berlin 1998; W. Wette (Anm. 6).

<sup>13</sup> U. Hahn (Anm. 11), S. 37, 82, 207, 107.

<sup>14</sup> Ebd., S. 51.

Im Roman „Himmelskörper“ von Tanja Dückers geht es um den Versuch der 30-jährigen Freia, das Familiengeheimnis über die fragwürdigen Umstände der Flucht ihrer Großeltern aus Westpreußen aufzudecken. Der Russlandkrieg ist in der Familie ständig präsent: Großvater hat in Russland ein Bein verloren. Unter welchen Umständen das geschah, wird vom Großvater nur widerwillig erzählt: „Er war Soldat, erfuhren wir, ‚für Hitler‘ zog er in den Krieg, nach Russland, am Anfang ‚lief alles wie am Schnürchen‘, murmelte er. Dann wurde alles ‚immer schwieriger‘, sein ‚Regiment‘ wurde zurückgedrängt, sie konnten nicht, wie Hitler versprochen hat, Weihnachten wieder nach Hause. Es ging nicht ‚voran‘, der Horizont ‚brannte immer‘, ‚Feuer, manchmal ganz nah‘, und sie waren immer noch in diesem fernen Land. . . Irgendwann hörte Großvater einfach auf mit den Worten, ‚minus 52 Grad und diese Weite. . . diese Weite. . . ach, Kinder, diese schreckliche Weite‘. Wir sprachen leise miteinander. Man hatte auf Großvater geschossen. Armes Mäxchen. Der Russe musste ein besonders fieses Monster sein.“<sup>15</sup>

Auch der Großvater verliert kein Wort über die ideologische Seite des Krieges. Ideologieträger sind „die Anderen“, die SS oder generell die „Nazis“. In „Himmelskörper“ erzählt die Großmutter von der Flucht aus Westpreußen. Ihr Hass auf die „Bonzen“ wird deutlich: Diese konnten sich „sicherer“ retten. Aber auch sie gelangte auf das sichere Minenschiff, denn ihre Parteizugehörigkeit öffnete bessere Fluchtmöglichkeiten. Dückers zeigt das Heuchlerische an der Einstellung, dass „Bonzen“ immer die anderen waren. Die Großeltern können sich bis zum Ende ihres Lebens nicht von der Rassentheorie lösen. Zwar behaupten sie immer das Gegenteil, doch wenn Großvater über seine Bienen spricht, wird seine Überzeugung offen gelegt: „So etwas gibt es eben nicht nur beim Menschen: diese Heimatlosigkeit, dieses Nomadentum. Für mich sind die Kuckucksbienen die Juden im Bienenvolk. Sie bereichern sich an den Grundlagen, die andere Völker für sie geschaffen haben. Nutznießerisch. Berechnend. Aber eine starke Bienenkönigin – immerhin hat sie ein Heer von bis 60 000 Arbeiterinnen an ihrer Seite (. . .) – lässt die Kuckucksbienen natürlich verjagen.“<sup>16</sup>

<sup>15</sup> Tanja Dückers, Himmelskörper, Berlin 2003, S. 87.

<sup>16</sup> Ebd., S. 187.

Nach dem Tod ihrer Großeltern findet Freia in einem Pappkarton Bücher zur Rassenlehre, welche die Großeltern auf die Flucht mitgenommen haben, und die sie – worauf Unterstreichungen und Eselsohren hindeuten – gründlich studiert haben. Diese Einstellung der Großeltern stellt ihre „Opfergeschichte“ von Krieg und Vertreibung in ein ambivalentes Licht.

Auch Musbach im Roman von Ulla Hahn lässt kein gutes Haar an „Parteibonzen, Goldfasane(n), großmäulige(n) Ideologen“, die „überall die Oberhand“ gewannen. Denn er selbst war kein Nazi, im Gegensatz zum Kompanieschützen Mertens. „Ein bössartiger Rassist“ nennt ihn Musbach, „er war in Russland, um, wie er es nannte, einen ‚Sumpf trockenulegen‘, einen ‚Sumpf von Untermenschen‘.“<sup>17</sup> Der Unsympathischste ist der SS-Mann Katsch, den Musbach später erschießt. „Der Totenkopf auf seiner Mütze grinste mich an, als wolle er sagen: Siehst du, wir kriegen euch alle.“<sup>18</sup> Während Musbach als unfreiwilliger Befehlsvollstrecker präsentiert wird, sind die „Nazis“ im Roman – besonders die SS-Angehörigen – Überzeugungstäter. Sie werden als Sonderlinge, als eine Art „Missbildung“ dargestellt.

Es lässt sich feststellen, dass die Konfliktlinie in den Argumentationen beider Autorinnen entlang der Frage verläuft, ob die Indoktrinierung im nationalsozialistischen Sinne die Regel oder die Ausnahme darstellte. Dabei geht es auch um die Beschäftigung mit der Frage nach den Grenzen der Freiheit und der Abhängigkeit in einem totalitären Staat. Obwohl die Kriegsziele im Russlandfeldzug in beiden Romanen als verbrecherisch anerkannt werden, herrscht keine Übereinstimmung bezüglich der Frage individueller Akzeptanz nationalsozialistischer Ideologie. Die Diskussion über die „saubere“ bzw. ideologiefreie Wehrmacht geht auf der literarischen Ebene weiter.

## Indoktrinierung

Wie gehen russische Autoren mit der Frage nach der Rolle der Ideologie im Krieg um? Schon während der Perestroika wurden in der Sowjetunion Zweifel laut, ob der Glaube an das Regime tatsächlich so stark gewesen

<sup>17</sup> U. Hahn (Anm. 11), S. 90.

<sup>18</sup> Ebd., S. 265.

war, wie es die sowjetische Historiographie hatte glauben machen wollen, und ob patriotische Gefühle tatsächlich alle ergriffen hatten, was in Anbetracht der großen Zahl an Überläufern, Kollaborateuren und Deserteurern unwahrscheinlich ist. Die Macht von Angst und Einschüchterung – beides wichtige Faktoren im stalinistischen System – wird der „Patriotismusthese“ entgegengesetzt, wie es im Roman „Verdammt und Umgebracht“ von Viktor Astafjew der Fall ist.

Die Handlung des Romans spielt in einem sibirischen Ausbildungslager. Dort werden Kampfeinheiten formiert und auf die Front vorbereitet. Nach Astafjews Auffassung hatten die staatlichen Maßnahmen zur Hebung des Patriotismus keine besondere Wirkung. Der Hauptkonflikt verläuft im Roman nicht zwischen Deutschen und Russen, sondern zwischen dem Militär und den Politikkommissaren. Im Roman sind die Kommissare Vertreter einer geheimen Parallelwelt, die mit dem Teufel einen Pakt geschlossen hat: „Hier wird Er, der Barmherzige, nicht aufhören, und wirft alle in die brennende Hölle, und wird die Kommissare nicht vergessen; sie, die ersten gottlosen Unruhestifter, wird er wahrscheinlich in der ersten Kolonne, in erster Linie, in die Hölle treiben, wird ihnen ihre roten Reithosen ausziehen und mit glühenden Stäben auf den Arsch schlagen. Und zu Recht, und zu Recht – verpestet nicht die Luft, verwirrt nicht das Volk, besudelt nicht den Glauben und den heiligen Namen Gottes!“<sup>19</sup>

Die „Politzerzieher“ sind bei Astafjew fast ausschließlich Juden, wodurch ihr „Fremdsein“, ihre Andersartigkeit noch unterstrichen wird. Das scheußliche Äußere verstärkt die Wirkung dieses Bildes. Astafjew distanziert sich von der Tradition der offiziellen Darstellung, in welcher der politische Offizier, zuständig für ideologische Erziehung, üblicherweise mit seinem feurigen Wort die Rotarmisten zur Attacke treibt. Er verachtet diese Prediger, denn statt gegen die Deutschen zu kämpfen, verbrauchen sie die Munition gegen die eigenen Leute als Strafe, verhören diejenigen, die der Kriegsgefangenschaft entflohen sind und die nun als potentielle Verräter gelten, oder erschießen Unschuldige nach dem Befehl Stalins „Kein Schritt zurück“.

Anders ist die Darstellung des Politikkommissars im Roman „Die nackte Pionierin“ von Michail Kononow, in dem der Krieg aus der Perspektive eines 14-jährigen Mädchens, Motte, gezeigt wird, die als „Regimentshure“ agiert und diese Tätigkeit in ihrer Verblendung als Beitrag zum Sieg über den Faschismus mit stalinistischen Kampfpaparen schönredet. Anfangs wehrt sie sich gegen die Zudringlichkeiten, schämt sich, will lieber sterben als „das“ tun, aber dann nimmt sie der mächtige Kommissar Tschaban in die Mangel: „Die ganze Zeit bilde ich mir ein, ich hätte es mit einer fortschrittlichen, kampfgeübten Genossin zu tun, und wen sehe ich vor mir stehen? Eine schamlose Zimmerliese. (. . .) R-reiß Dich zusammen, Töchterchen! (. . .) Es gibt ein Wörtchen, das heißt ‚muss‘!“<sup>20</sup>

Die Haltung Kononows zu Tschaban und zu dem, was er propagiert, ist zwiespältig: Einerseits zeigt der Autor einen durchaus aufrichtigen Glauben an den Sieg, das Vaterland und seinen Führer. Die Hauptfigur Motte ist dafür das beste Beispiel. Andererseits zeigt er, dass sich mit diesen Slogans auch Dinge rechtfertigen lassen, die für einen Menschen unzumutbar sind – so wie Mottes „Dienst am Kollektiv“. Der Zwang wurde von ihr so verinnerlicht, dass er als eigener Wille empfunden wird. Mottes Vorbild ist der Komsomolze Pawel „Pawka“ Kortschagin, der Held des populären Romans „Wie der Stahl gehärtet wurde“ von Nikolai Ostrowski aus der Frühzeit der Sowjetunion. Der Roman spricht von Selbsthingabe und fordert revolutionäre Askese. Alles wird geopfert, und wenn es nichts mehr zu opfern gibt, opfert man sich selbst. Diese Bereitschaft zur Selbstaufopferung erhält im Roman von Kononow zweierlei Bedeutung: Er würdigt die Kraft dieser Selbstlosigkeit und sieht darin die Erklärung für den sowjetischen Sieg. Gleichzeitig verdeutlicht er, dass diese Bereitschaft an Selbstzerstörung grenzt und die Persönlichkeit ruiniert.

So zeigen russische Autoren einen unterschiedlichen Grad an Akzeptanz staatlicher Propaganda durch Kriegsteilnehmer. Auf der einen Seite demonstriert Kononow am Beispiel von Motte die fatale Wirksamkeit staatlicher Indoktrination. Mottes Bewusstsein ist von sowjetischer Ideologie durchdrungen, und alle Denkstrukturen sind dieser Propa-

<sup>19</sup> Viktor Astaf'ev, *Prokljaty i ubity*, Moskva 2002, S. 115.

<sup>20</sup> Michail Kononow, *Die nackte Pionierin*, München 2003, S. 171.

ganda unterworfen, selbst ihre Selbstschutzmechanismen. Die Rekruten in Astafjews Roman bleiben dagegen von den Indoktrinierungsversuchen der Politkommissare unbeeinflusst und empfinden die politischen Erziehungsmaßnahmen als sinnlose Zeitverschwendung. Somit wird kommunistische Ideologie als Fremdkörper betrachtet und die sowjetische Epoche als Fremdherrschaft von „Kommunisten“ und „Juden“ stilisiert.

## Ideologie und Verantwortung

In der Deutung der Rolle der kommunistischen bzw. nationalsozialistischen Weltanschauung zeichnen sich zwei „Lager“ ab: Autoren, die Ideologie als externen Korpus außerhalb der kämpfenden Truppe betrachten (die Armee als „ideologiefrei“ darstellen), und solche, die von einem großen Einfluss ideologischer Faktoren auf alle Bereiche des Kriegsgeschehens ausgehen. In den untersuchten Romanen lasten die Protagonisten die Schuld am Missbrauch der Soldaten „den Anderen“ an, den sog. Ideologievermittlern – „Kommissaren“ oder „Nazis“. Diese tragen die Verantwortung für die Verluste bzw. für das gesamte Regime. Man distanziiert sich von ihnen und betrachtet sich selbst als Opfer dieser „Mistbande“. Sie seien „die Bösen“, denen auf der anderen Seite „die Guten“, „die einfachen Soldaten“ gegenüberstehen. Implizit wird die NS-Ideologie sogar reproduziert, wenn, wie etwa bei Astafjew, ein metaphysisch überhöhter Antibolschewismus und der rote Kommissar als Verkörperung des absolut Bösen zum literarischen Leitnarrativ avancieren. Auch im Roman von Hahn wird diese Trennlinie zum inhaltlichen Mittelpunkt. Kononow und Dückers folgen dieser Trennung nicht: Sie zeigen das tiefe Eindringen der Ideologie in das Bewusstsein der einfachen Menschen, die sich mit der staatlichen Propaganda identifiziert haben. In ihren Romanen sind Ideologieträger keine isolierte Gruppe, sondern die breite Masse der Bevölkerung, die das Regime mitgetragen hat. Die Frage nach Verantwortung bekommt vor diesem Hintergrund eine andere Bedeutung.

Die nationalsozialistischen Verbrechen bleiben in den hier vorgestellten Romanen weitgehend unerwähnt. Die Mordaktionen der Einsatzgruppen, der Hungertod von Millionen sowjetischer Kriegsgefangener, die Opfer der Blockade von Leningrad oder das Leid der

Zwangsarbeiter kommen sowohl in den Werken der deutschen als auch der russischen Autoren nicht vor. Die historische Tatsache, dass das nationalsozialistische Deutschland einen machtpolitisch und rassenideologisch motivierten Eroberungs- und Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion führte, findet keine literarische Resonanz.

Die Gründe dafür sind unterschiedlich: Den russischen Literaten geht es nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion um die Abrechnung mit dem eigenen Regime und die Verbrechen der eigenen Führung, als deren Opfer man sich stilisiert; den deutschen Autorinnen geht es um Familienangehörige. Obwohl der Osten, Russland, Hauptschauplatz des Krieges war, bleibt er in der Darstellung der deutschen Schriftstellerinnen ein Nebenschauplatz der Verbrechen. Dadurch verliert der Krieg gegen die Sowjetunion seinen besonderen Charakter.

Es fällt auf, dass auch russische Autoren die nationalsozialistische Rassenideologie nicht erwähnen. Das könnte daran liegen, dass eine Auseinandersetzung mit den *ideologischen* Komponenten des Nationalsozialismus in der Sowjetunion und im postsowjetischen Russland nicht stattfand. Die fehlende Beschäftigung mit der nationalsozialistischen Ideologie bei den Literaten hat seine Ursprünge in der sowjetischen Erklärung des Nationalsozialismus als „radikaler Ausdruck des Kapitalismus“, wobei der Rassenwahn und der Antibolschewismus der Nazis den „Kapitalisten“ zugeschrieben wurde, was den „einfachen Mann“ jeglicher Verantwortung entzog. Als „Feind“ werden nicht die Deutschen, sondern die „Eigenen“ betrachtet – Kommissare, NKWD, Militärführung, nationale Minderheiten. Man findet bei keinem der Protagonisten das Gefühl des Hasses gegenüber den Deutschen, was teilweise erst durch die Ausblendung der NS-Ideologie möglich wird. Es wird eine soldatische Solidaritätsgemeinschaft unter dem Motto „Wir waren alle Opfer des Krieges“ konstruiert. Dadurch ist die Annäherung an den ehemaligen Feind und die Aussöhnung möglich; eine echte „Aufarbeitung“ kann jedoch auf diesem verkürzten Weg nicht stattfinden.

Svenja Goltermann

# Kriegsheimkehrer in der west- deutschen Gesellschaft

Als der englische Schriftsteller Stephen Spender im Sommer 1945 im Auftrag der Alliierten Kontrollkommission mehrere

## Svenja Goltermann

Dr. phil. habil., geb. 1965;  
Privatdozentin am Historischen  
Seminar der Universität Frei-  
burg, Rempartstraße 15 – KG IV,  
79085 Freiburg i. Br.  
svenja.goltermann@  
geschichte.uni-freiburg.de

Reisen durch das zerstörte Deutschland unternahm, sammelte er eine Vielzahl von Eindrücken, die er schon bald nach seiner Rückkehr in Form eines Reiseberichts veröffentlichte. Zwei Monate lang hatte er sich im

Rheinland aufgehalten, meist in den größeren Städten, deren Verwüstung auf ihn wie auf viele andere ausländische Besucher erschütternd wirkte.

Spender kam wiederholt auf die Deutschen und ihre seelische Verfassung zu sprechen, die er zu entziffern versuchte. So geschah es, als er bei einem seiner Streifzüge entlang des Rheins auf sechs Männer traf. Sie schauten still und „trübsinnig“ auf den Fluss, Spender hielt sie für ehemalige Angehörige der Wehrmacht: „Deutsche Soldaten haben heute denselben seelenlos-niedergedrückten Gesichtsausdruck wie die aus Holz geschnitzten Figuren von slawischen Bauern“, erläuterte er, bevor er einen Moment später feststellen musste, dass er keine deutschen Kriegsgefangenen, sondern ehemalige polnische Zwangsarbeiter vor sich hatte. Es war ein kurzes Gespräch, das sich mit den Männern entspann, bevor sie wieder in Schweigen verfielen. Spender sah in dieser „Apathie“ nur ein „vordergründiges Symptom“. „Hinter ihr steht etwas viel Bedrohlicheres“, erklärte er, „etwas, was geschah und seine Spuren hinterlassen hat, die Feuer nämlich, in denen die Städte Europas verbrannten und die noch im Geist der Menschen schwelen. Dies ist ein Geisteszustand, der

jenseits aller Verzweiflung weiterglüht.“ Spender fügte hinzu: „Denselben Ausdruck kannte ich von den Gesichtern der hoffnungslosen jungen Männer der aufgelösten Wehrmacht, aber auch von denen repatriierter französischer Gefangener und von Männern und Frauen, die man als Deportierte, als *Displaced Persons* bezeichnet.“<sup>1</sup>

Spenders Beobachtung einer scheinbar auffallend apathischen Verfassung der Menschen war kein Einzelfall. Vor allem für Nachkriegsdeutschland ist diese Beobachtung häufig dokumentiert. Davon zeugt auch Hannah Arendts berühmte gewordener „Bericht aus Deutschland“, in dem die Emigrantin das Verhalten der Deutschen außergewöhnlich fand. Nirgends werde der „Alptraum von Zerstörung und Schrecken weniger verspürt“ als in Deutschland, interpretierte sie jedoch, und sah die Deutschen auf der Flucht vor der Wirklichkeit und damit auch vor ihrer Verantwortung für die begangenen Verbrechen. Die deutsche Gesellschaft schien von Gleichgültigkeit erfasst, auffallend war in Arendts Augen lediglich Selbstmitleid: „Die Angesprochenen sind lebende Gespenster, die man mit Worten, mit Argumenten, mit dem Blick menschlicher Augen und der Trauer menschlicher Herzen nicht mehr rühren kann.“<sup>2</sup> Stattdessen ließ sich offenbar bereits geraume Zeit nach Kriegsende unter den Deutschen eine ausgesprochene Neigung beobachten, den Besatzungsmächten für alle Notstände der Nachkriegszeit die Schuld zu geben. Das Bewusstsein darüber, wie man überhaupt in diese Lage geraten war, schien zwei Jahre nach dem Krieg vielerorts bereits dem Vergessen anheim gefallen zu sein. Mehr als vierzig Prozent der Bundesdeutschen betrachteten laut Umfragen aus dem Jahr 1951 das „Dritte Reich“ als die beste Zeit ihres Lebens.<sup>3</sup>

## Entnazifizierung

Vieles an diesem Bild über die unmittelbare Nachkriegszeit hat sich bis heute nicht geändert. Auch die Zeitgeschichtsforschung hat in

<sup>1</sup> Stephen Spender, *Deutschland in Ruinen*. Ein Bericht, Frankfurt/M. 1995 [engl. Orig.: *European Witness*, London 1946], S. 50–53 (Hervorh. im Orig.).

<sup>2</sup> Hannah Arendt, *Bericht aus Deutschland*, in: dies., *In der Gegenwart. Übungen im politischen Denken II*, München 2000, S. 38–63, Zitate auf S. 39 und S. 46.

<sup>3</sup> Vgl. Michael Geyer, *Der Kalte Krieg, die Deutschen und ihre Angst*, in: Klaus Naumann (Hrsg.), *Nachkrieg in Deutschland*, Hamburg 2001, S. 267–318, hier S. 163.

ähnlicher Weise über viele Jahre ein Übermaß des Schweigens der Deutschen über den Massenmord an den Verfolgten des Nationalsozialismus und die Gräueltaten des Krieges beklagt und daraus auf weitgehende Unberührtheit, auf Amnesie oder Verdrängung, gerade auch unter den heimkehrenden Soldaten, geschlossen.<sup>14</sup> Allerdings haben jüngere Studien das Bild insofern modifiziert, als sie zeigen, dass die Deutschen über ihre eigenen Leiden während und im Gefolge des Krieges durchaus sprachen, weshalb eher von „selektiver Erinnerung“ und einer „Rhetorik der Viktimisierung“ die Rede sein müsse – und nicht von Verdrängung.<sup>15</sup> Tatsächlich lassen sich dafür in der öffentlichen Erinnerungskultur viele Beispiele finden. Dennoch haben insbesondere die Studien über die Entnazifizierungsverfahren wiederholt eindrücklich gezeigt, dass sich im Nachkriegsdeutschland ein regelrechter „Wettbewerb des Opportunismus, des Abstreitens und Nichtwahrhabenwollens“ ausbreitete.<sup>16</sup>

Die in den Entnazifizierungsverfahren eingeräumte Möglichkeit zur eigenen Verteidigung zog fiebrige Bemühungen von Millionen von Menschen nach sich, eine möglichst große Zahl von Entlastungszeugnissen beizubringen. Ende 1948, als die Verfahren in den Westzonen abgebrochen wurden, waren lediglich 1670 Personen als Hauptschuldige und etwa 23 000 Personen als Belastete eingestuft worden. Die Entnazifizierungsverfahren waren, so ist jüngst noch einmal bekräftigt worden, zur „Farce einer Reinwaschanstalt“ geworden.<sup>17</sup> Im Übergang der deutschen Gesellschaft von der Nazi-Diktatur zur Demokratie gilt die Entnazifizierung deshalb oft als absoluter Fehlschlag, der nicht nur eine politische „Säuberung“ verhindert, sondern einer bizarren Wahrnehmung von der

<sup>14</sup> Vgl. etwa Wolfgang Benz, *Postwar Society and National Socialism: Remembrance, Amnesia, Rejection*, in: *Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte*, 19 (1990), S. 1–12. Kritisch gegenüber dieser Annahme einer Verdrängung deutscher Schuld Anthony D. Kauders, „Repression“ and „Philo-Semitism“ in Postwar Germany, in: *History and Memory*, 15 (2003), S. 97–122.

<sup>15</sup> Vgl. vor allem Robert G. Moeller, *War Stories. The Search for a Usable Past in the Federal Republic of Germany*, Berkeley 2001.

<sup>16</sup> Vgl. Ulrich Herbert, *Rückkehr in die Bürgerlichkeit? NS-Eliten in der Bundesrepublik*, in: Bernd Weisbrod (Hrsg.), *Rechtsradikalismus in Niedersachsen nach 1945*, Hildesheim 1995.

<sup>17</sup> Ulrich Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 4, München 2003, S. 959.

Verantwortlichkeit für die Verbrechen an Millionen von Menschen Vorschub geleistet habe.

Auch das aber ist, wie es scheint, nur die halbe Wahrheit. Denn tatsächlich war das „normale“ Leben in vielen Fällen prekärer, als es der gängige Eindruck über die Nachkriegsgesellschaft vermuten lässt.<sup>18</sup> Aufgrund der Verdichtung und der Eskalation der extremen Gewalt in den 1940er Jahren ist zwar von einem „Schock der Ereignisse“ gesprochen worden, der die Menschen außer Stande gesetzt habe, „sich ernsthaft mit Krieg und Tod zu beschäftigen“.<sup>19</sup> Doch die „Normalität“ dieser Gesellschaft zeichnete sich gerade nicht dadurch aus, dass sich die Apokalypse von Krieg und Völkermord „verdrängen“ ließ. Vielmehr waren der Tod und die Toten in der persönlichen Erinnerungs- und Vorstellungswelt immer gegenwärtig.

Das gilt jedenfalls für eine große Anzahl ehemaliger Soldaten, die zurückgekehrt waren. Sie hatten den Krieg keineswegs einheitlich erfahren, auch die Dauer und die Härte der Kriegsgefangenschaft waren ausgesprochen unterschiedlich.<sup>10</sup> Während sich zum Jahreswechsel 1944/45 die Zahl der Kriegsgefangenen noch auf zwei Millionen belief, schnellte sie mit der Kapitulation auf etwa elf Millionen hoch. Mehr als zwei Drittel von ihnen befanden sich im Gewahrsam der Westmächte, der andere Teil im Osten, überwiegend bei den Sowjets. Bis zu Beginn des Jahres 1947 waren die deutschen Kriegsgefangenen von den Alliierten mehrheitlich wieder entlassen worden. Auch die etwa zwei Millionen deutschen Soldaten, die in den Gefangenenlagern verblieben, kehrten nahezu vollständig bis Ende 1949 wieder ins zivile Leben zurück. Nur die Sowjetunion hielt noch etwa 30 000 Gefangene fest. Erst 1956 wurden die letzten von ihnen nach Deutschland entlassen.<sup>11</sup>

<sup>18</sup> Vgl. K. Naumann, Einleitung, in: ders. (Anm. 3), S. 9–27.

<sup>19</sup> Richard Bessel, *Leben nach dem Tod. Vom Zweiten Weltkrieg zur Zweiten Nachkriegszeit*, in: Bernd Wegner (Hrsg.), *Wie Kriege enden*, Paderborn 2002, S. 240 f.

<sup>10</sup> Vgl. Andreas Hilger, *Deutsche Kriegsgefangene in der Sowjetunion 1941–1956*, Essen 2000; Stefan Karner, *Im Archipel GUPVI. Kriegsgefangenschaft und Internierung in der Sowjetunion 1941–1956*, München 1995; Matthias Reiß, „Die Schwarzen waren unsere Freunde“. *Deutsche Kriegsgefangene in der amerikanischen Gesellschaft 1942–1946*, Paderborn 2002.

<sup>11</sup> Vgl. Rüdiger Overmans, *The Repatriation of Prisoners of War once Hostilities are Over: A Matter of*

Gerade in der unmittelbaren Nachkriegszeit zeigt sich jedoch mit Blick auf diese Kriegsheimkehrer: Das Streben der westdeutschen Gesellschaft nach Wiederaufbau und sozialer Sicherheit war durchsetzt von Schrecken und quälenden Alpträumen, die von der ansonsten zu beobachtenden Nüchternheit nichts mehr erkennen ließen. Die Konfrontation mit den Besatzern, insbesondere die Entnazifizierungsverfahren, trugen in einer Vielzahl von Fällen erheblich dazu bei. Denn ebenso wie die Angst vor Vergeltung bei den Gewaltexzessen gegen Ende des Krieges eine Rolle spielte, war es nach der totalen Niederlage, bei dem Versuch, sich mit der neuen Demokratie zu arrangieren, die Angst vor Entdeckung. Die westdeutsche Nachkriegsgesellschaft zeigt aus dieser Perspektive ein verändertes Gesicht: Es trägt die Züge einer ausgesprochenen Angstgesellschaft.<sup>12</sup>

## Angstgesellschaft

Einen Zugang zu diesem eher verdeckten Umgang mit den mörderischen Ereignissen der Vergangenheit bieten psychiatrische Krankenakten, von denen mir mehr als 600 aus der Zeit zwischen 1945 und 1960 vorliegen. Die meisten von ihnen stammen von Männern, die zu irgendeinem Zeitpunkt des Krieges Soldaten gewesen waren. Das Spektrum ihrer Leiden war breit; meist kamen sie auf Anraten eines Arztes, der an die Grenzen seiner diagnostischen und therapeutischen Fähigkeiten gestoßen war, oder sie folgten dem Druck von Familienangehörigen, die mit den Verhaltensweisen der Heimgekehrten nicht zurecht kamen. Ihre Angehörigen beschrieben sie als außergewöhnlich zurückgezogen und unzugänglich, aber auch als nervös und gereizt, als ängstlich und misstrauisch. Von psychischen Leiden infolge des Krieges ging dabei kaum jemand aus, am allerwenigsten die Psychiater. Entsprechend der vorherrschenden Lehrmeinung schlossen sie einen solchen Zusammenhang aus. Gezielte Fragen

Course?, in: Bob Moore/Barbara Hatley-Broad (eds.), *Prisoners of War, Prisoners of Peace. Captivity, Homecoming and Memory in World War II*, Oxford 2005, S. 17 f.; Arthur L. Smith, *Heimkehr aus dem Zweiten Weltkrieg. Die Entlassung der deutschen Kriegsgefangenen*, Stuttgart 1985, S. 11.

<sup>12</sup> Dazu ausführlicher Svenja Goltermann, *Die Gesellschaft der Überlebenden. Kriegsheimkehrer und ihre Gewalterinnerungen an den Zweiten Weltkrieg*, München 2009.

nach den Erlebnissen während des Krieges stellten die Psychiater nicht.

Die im Leben der Kriegsheimkehrer bedrückende und irritierende Allgegenwart des Todes zeigt sich in schriftlichen Zeugnissen der Patienten, schlug sich aber auch in kurzen Erzählsequenzen nieder, die in den Aufzeichnungen der Gespräche festgehalten sind. Die sinnliche Präsenz der Toten nahm Gestalt an in der Traumwelt der Nacht, schließlich brach das Wissen um die Toten auch in Wahnvorstellungen und Halluzinationen hervor. Wie Träume reproduzieren diese zwar keine reale Wiedergabe erlebter Ereignisse und sind daher dem Bereich der Fiktionen zuzuordnen. Gleichwohl aber sind sie als historische Quelle lesbar. Denn sie sind Bestandteil der wahrgenommenen Gewalt und ähneln insofern „psychischen Innenaufnahmen“, wie Reinhart Koselleck im Hinblick auf die Träume des „Dritten Reiches“ argumentiert hat.<sup>13</sup>

Zweifellos waren es nicht nur Angstzustände, in denen sich die Erfahrung des Massentodes niederschlug. In den ersten vier Jahren nach dem Krieg waren diese, verglichen mit der darauf folgenden Zeit, jedoch von auffälliger Häufigkeit. Dass Angstzustände in psychiatrischen Krankenakten zu finden sind, ist nicht verwunderlich. Immerhin können sie ein wichtiges Symptom für spezifische Krankheitsbilder sein, etwa für Verfolgungsangst oder Schizophrenie. Dennoch ist die Annahme falsch, dass Äußerungen der Angst, die im Kontext dieser Quellen auftreten, auf nichts anderes verwiesen als auf den Krankheitszustand selbst. Sogar im Falle einer diagnostizierten Schizophrenie, die Schübe angstdurchzogener Wahnvorstellungen zeitigte, legen diese Spuren zeitspezifische Ängste frei, die auf den Erfahrungshorizont verweisen, in deren Gefolge sie entstanden. In den hier vorliegenden Fällen umspannte dieser Erfahrungshorizont die Lebenswirklichkeit und Vorstellungswelt des Nationalsozialismus und des Krieges. Das heißt nicht, dass die in den Akten auftauchenden Angstsequenzen immer eindeutig an Erlebnisse aus dem Krieg zurückgebunden werden könnten; meist ist das nicht möglich. Als „Konservatoren der Erinne-

<sup>13</sup> Vgl. Reinhart Koselleck, *Terror und Traum. Methodologische Anmerkungen zu Zeiterfahrungen im Dritten Reich*, in: ders., *Vergangene Zukunft*, Frankfurt/M. 1989, S. 287.

nung“<sup>14</sup> erzählen die in der Nachkriegszeit artikulierten Ängste jedoch immer etwas über die Vergangenheit. Doch erst wenn man die jeweiligen Fälle näher und in der historischen Konstellation, in der sie zum Ausdruck kommen, untersucht, wird die Vielschichtigkeit an zirkulierenden Angstzuständen in der Nachkriegszeit deutlich.

So lassen sich die artikulierten Ängste in der Nachkriegszeit in vielen Fällen als Sprachraum der eigenen Todesangst während des vergangenen Krieges lesen. „Der Krieg. . . Du weißt das doch. . . im Krieg. . . ich kann das nicht mehr tragen“, hatte etwa Alfred S. im Sommer 1949 im Schlaf geschrien, wie seine Schwester dem Arzt berichtete. Sie erzählte auch von den jüngsten Verhaltensauffälligkeiten ihres Bruders, der seit einer Woche „durcheinander“ rede, zwischendurch sei er aber wieder klar gewesen. Ihr Bruder habe behauptet, „er sei Todeskandidat, er müsse sterben“. In diesen Tagen sprach er oft vom Krieg. Er zeigte dabei, so seine Schwester, eine „immer stärker werdende unbestimmte Angst“.<sup>15</sup> Von Vorkommnissen wie diesen wird während der frühen Nachkriegsjahre häufig berichtet. In einer ganzen Reihe von Fällen geben Sprachfetzen und bruchstückhaft überlieferte Traumbilder zu erkennen, dass die einstige Bedrohung durch den Kriegstod die ehemaligen Soldaten in der Gegenwart weiterhin verfolgte. Mit dem Leben waren sie davon gekommen. Doch die wahrgenommene Nähe des Todes ließ sich nicht abschütteln.

Oft waren die Ängste auch diffus und ihre Hintergründe nur schwer zu entziffern. Häufig scheint es der Fall gewesen zu sein, dass sich Elemente aus der Kriegs- und Nachkriegszeit in imaginierten Szenarien der Angst vermischten. Der Fall von Rolf S. zeigt das beispielhaft.<sup>16</sup> Seine plötzlich zutage tretenden Ängste erwecken den Eindruck, als seien sie ein verzerrter Widerhall verschiedener Empfindungslagen aus der Kriegs- und Nachkriegszeit. Drei Jahre nach Kriegsende – der Einsatz des Soldaten an der Ostfront lag bereits über fünf Jahre zurück – hatte es begonnen. Er fragte: „Sind die Russen schon da?“

<sup>14</sup> Vgl. Aleida Assmann, *Erinnerungsräume. Formen und Wandel des kulturellen Gedächtnisses*, München 1999.

<sup>15</sup> Vgl. Hauptarchiv der von Bodelschwingschen Anstalten Bielefeld (HBAB), Psychiatricakten, Bestand Morija, 5054.

<sup>16</sup> Vgl. ebd., 4560.

Rolf S. fühlte sich, wie seine Eltern richtig beobachteten, verfolgt. Er müsse für seine Angehörigen kämpfen, habe er wiederholt gesagt, und einmal sogar geschrien: „Gebt uns Eier, dann können wir für Euch kämpfen.“ Eine gewaltige Angst um die Angehörigen hatte ihn ergriffen. Oft habe er davon gesprochen, „dass er sich aufhängen müsste, dass seine Angehörigen nicht mitleiden müssten“. Wiederholt hörten die Eltern ihren Sohn sagen: „Ich muss kämpfen, ich muss kämpfen.“ In anderen Momenten wiederum beobachteten sie, wie Geräusche vorbeifahrender Züge oder Autos ihn hochschrecken ließen. Rolf S. „fuhr (dann) in die Höhe und blickte immer zum Fenster hinaus“. Er hatte die Befürchtung, erklärte er ihnen, „dass ihn die Russen abholten“.

Auch bei den psychiatrisch behandelten Fällen wird man Verfolgungsangst nicht nur unter dem Blickwinkel eines Krankheitssymptoms betrachten können. Die Angst, verfolgt, bespitzelt, denunziert oder abgeholt zu werden, ergriff nicht nur Einzelne, und es lassen sich hinreichend Fälle auffinden, die diesen Ängsten und jeder Art von Gerücht einen realen Kern gaben.<sup>17</sup> In den hier betrachteten Fällen ist jedoch besonders auffällig, wie sehr die Präsenz der Alliierten die Verfolgungsangst nährte. Oftmals artikuliert sie sich, wie bei Rolf S., als Angst „vor den Russen“. Auch Günter B. erzählte eines Tages seiner Frau von seiner Sorge, „in die russ(ische) Zone abtransportiert“ zu werden, weshalb er „am Fenster gestanden u(nd) alle Autos, die vorbeifuhren aufgeschrieben“ habe.<sup>18</sup> Es war die Gegenwart der Besatzer, die Ängste auslöste oder verstärkte. Allerdings ist bei den hier betrachteten Fällen eine gewichtige Besonderheit zu erkennen: In der panischen Furcht, vor den Siegermächten letztlich nichts verbergen zu können, und geleitet von dem Empfinden, bei Wahrung des eigenen Geheimnisses von diesen unverhältnismäßig hart für die NS-Verbrechen zur Verantwortung gezogen zu werden, lieferte sich mancher schließlich freiwillig den amerikanischen oder britischen Behörden aus.<sup>19</sup> Den russischen Besatzern stellte sich niemand.

<sup>17</sup> Beispiele: Anonyma, *Eine Frau in Berlin*. Tagebuchaufzeichnungen vom 20. April bis 22. Juni 1945, Frankfurt/M. 2003, S. 212; Carl Schüddekopf, *Im Kessel. Erzählungen von Stalingrad*, München 2002 (Beispiel: Jakob Vogt), S. 232–285, bes. S. 282.

<sup>18</sup> Vgl. HBAB, Bestand Morija, 4524.

<sup>19</sup> Vgl. ebd., 3885, 4473 und 4559; *Psychiatrische und Neurologische Klinik Heidelberg*, Nr. 47/163.

Das Wissen über die im Osten begangenen Verbrechen war, so scheint es, groß genug, um die Bestrafung durch die Russen weit mehr zu fürchten als jede Ahndung der Taten seitens der Westalliierten. Diese Vermutung drängt sich im Fall von Herbert I. geradezu auf, der die unterschiedliche Sanktionsbereitschaft der Westmächte im Blick hatte.<sup>120</sup> Wie bei den allermeisten, deren Verfolgungssängste sich auf die Besatzer bezogen, artikulierten sich diese auch bei Herbert I. im Zuge seines Entnazifizierungsverfahrens. „Konflikt bei Ausfüllung des Fragebogens“, hatte der Arzt in der Krankenakte unter der Rubrik „Jetzige Erkrankung“ festgehalten, in der er über seinen Patienten notierte: „Angst vor Auslieferung an die Russen. Pat. reiste vom amerikanisch ins englisch besetztes Gebiet, stellt sich freiwillig dem Secret Service, dort nach Ausfragen freigelassen. Mit dem Taschenmesser Suizidversuch.“ Herbert I., der ein Jahr nach dem Kriegsende wieder eine Pfarrstelle bekleidete und mit Frau und Kind zusammenlebte, hatte keinen Ausweg mehr gesehen. Die Reaktion der Engländer hatte ihm die Furcht vor einer Auslieferung nicht genommen. Immer noch drückte ihn, wie er es gegenüber dem Arzt formulierte, eine „ganz erbärmliche Angst“.

Tatsächlich erwies sich anders, als viele Darstellungen über die Entnazifizierung vermuten lassen, die konkrete Anforderung des Entnazifizierungsverfahrens in sehr vielen Fällen als hinreichend, derart jähe Ängste hervorzurufen, dass der äußere Anschein inneren Halts erkennbar einbrechen konnte. Nicht nur für die ehemalige NS-Elite war die Einlieferung in ein Internierungslager ein Schock;<sup>121</sup> selbst in Fällen, in denen scheinbar keine ernsthafte persönliche Belastung durch die Verbrechen des NS-Systems vorlag, erschien nach der einstigen Loyalität zu „Führer“ und „Reich“ die Zukunft als beängstigend und die Wirklichkeit als ausweglos.<sup>122</sup>

<sup>120</sup> Vgl. HBAB, Bestand Morija, 3885.

<sup>121</sup> Vgl. Norbert Frei, *Hitlers Eliten nach 1945*, Frankfurt/M. 2001; U. Herbert (Anm. 6); Konrad Jarausch, *Die Umkehr*, München 2004.

<sup>122</sup> Das galt auch für die große Zahl an „Volksdeutschen“, von denen viele in die SS eingegliedert worden waren, um einen besonderen Beweis ihres „Deutsch-Seins“ anzutreten. Vgl. Doris L. Bergen, *The Nazi Concept of „Volksdeutsche“ and the Exacerbation of Anti-Semitism in Eastern Europe, 1939–45*, in: *Journal of Contemporary History*, 29 (1994), S. 569–582.

Zweifellos mag dazu beigetragen haben, dass eine geordnete Berufsausübung bis zum Abschluss des Entnazifizierungsverfahrens nicht möglich war. Die hohe personelle Kontinuität in fast allen Berufen täuscht über die lebensgeschichtliche Bedeutung dieses Einschnitts hinweg. Berufliche Perspektivlosigkeit, finanzielle Nöte und schmerzliche soziale Deklassierungserfahrungen waren die Realität eines großen Teils der westdeutschen Bevölkerung. Diese Dinge sind hier insofern von Belang, als in dem Schrecken über den materiellen Verlust und in der Erschütterung über die soziale Misere, die wesentlich mit den Entnazifizierungsverfahren verknüpft zu sein schienen, der Krieg und die begangenen Verbrechen immer wieder nachhallten. Rückblenden waren geradezu unvermeidlich, das lässt sich anhand von zahlreichen Beispielen aus den Krankenakten belegen. So manche Erinnerung an Ereignisse und Handlungen während des Krieges wurde dabei durch die Wahrnehmung, den Besatzern schutzlos ausgeliefert zu sein, im Nachhinein beängstigend.

In der bedrohlich erscheinenden Situation der Nachkriegszeit konnten sich Ängste verselbständigen. Unter Umständen brachen sich nun Kriegsängste, rückprojizierte Ängste, banges Erschrecken über die Verbrechen, für die man zur Verantwortung gezogen werden sollte, und diffuse Lebensängste Bahn. Sie alle hallten jedoch nur wie in einem Echo in dem allgemeinen Angstzustand wider, der wie in einer Unterströmung von dem Wissen um die zahllosen Toten begleitet war.

Im Fall von Gustav N., der 1939 der Deutschen Arbeitsfront (DAF) beigetreten und nur kurze Zeit beim Volkssturm Soldat gewesen war, kann man das beobachten:<sup>123</sup> Sofort nach der totalen Niederlage verübte er aus Angst davor, für die Verbrechen des Nationalsozialismus zur Rechenschaft gezogen zu werden, einen Suizidversuch. Auch zwei Jahre später noch verfolgten ihn, nachdem er aus dem Internierungslager entlassen worden war, starke „innere Angst und Unruhe“. Die Furcht vor weiterer Strafe trieb ihn um. Im Gespräch mit dem Psychiater stammelte er nur, doch wurde deutlich, wie sehr ihn das Wissen quälte, durch seine Stellungnahmen und Zeugenaussagen anderen „wehe getan“ zu haben. Seine Erzählungen brachten aber

<sup>123</sup> Vgl. HBAB, Bestand Morija, 4189.

auch weitere Verängstigungen zum Vorschein. Vor allem ein Ereignis aus dem Krieg hing ihm nach: seine eigene Flucht, als die Russen „im Anmarsch“ waren. Todesangst hatte ihn befallen. Doch es war nicht nur die Nähe des eigenen Todes, die ihm noch immer vor Augen stand. Denn er hatte damals andere über seine eigene Panik hinweggetäuscht und lauthals zu Durchhaltevermögen und Standhaftigkeit aufgefordert. Es waren die Gesichter der anderen Menschen, die er zurückgelassen hatte, und von denen er annehmen musste, dass dies für viele den Tod bedeutet hatte, die ihn nun in seiner Erinnerung kühlen.

## Unwirkliche Vergangenheit

Man kann zusammenfassend sagen, dass in der Nachkriegszeit Viele ein immenses Unbehagen mit sich trugen. Oft ist es nicht zu entscheiden, ob der Blick in die Vergangenheit oder derjenige in die Zukunft den größeren Schrecken einflößte. Doch insgesamt scheint es, als ob eine Stimmung der Verängstigung das Leben einfärbte. Dabei war Unzähligen ihr bisheriges Wirken schon in dem Augenblick zur Bürde geworden, in dem der Einmarsch fremder Truppen nur noch eine Frage von Tagen war. Auch Gustav V. erzählte, er habe, „als der Zusammenbruch da war (...) in seinem Wehrpass ausradiert, dass er Mitglied der DAF war“. Viele suchten, wie er, sofort nach einer neuen Identität – eine versuchte Flucht vor der Verantwortung, wie sie auch Hannah Arendt beobachtete. Viele hegten den Wunsch, die Vergangenheit möge unwirklich gewesen sein.

Das zeigen auch die Krankenakten; sie verdeutlichen aber auch, dass die Begegnung mit der Besatzungsherrschaft ein laufendes Dementi der Täuschungsbereitschaft über die eigene Vergangenheit erzwang. Die Zeit der Entnazifizierung wirkte dabei wie eine Art verlängerter Bannzone des nationalsozialistischen Krieges, in der die Vergangenheit und die Auseinandersetzung mit dem Massentod eine nahezu permanente, zermürende und irritierende Herausforderung war, die den Weg in die Demokratie, vielleicht wider Willen, aber doch von Anbeginn begleitete.

*Hermann Parzinger*

# Folgen des Zweiten Weltkriegs für Kunst- und Kulturgüter

Die besonderen Auswirkungen des Zweiten Weltkriegs für Kunst- und Kulturgüter als Folgen der gezielten staatlichen Raubkunststrategie im nationalsozialistischen Deutschland in der Zeit von 1933 bis 1945 stehen in Zusammenhang mit den Begriffen „NS-Raubkunst“, „Entartete Kunst“ und „Beutekunst“, Themen, die nicht nur Kunsthistoriker und Museumsfachleute, sondern auch die Politik noch Jahrzehnte nach Kriegsende immer wieder neu beschäftigen.

### Hermann Parzinger

Dr. phil., Dr. h.c. mult., geb. 1959; Honorarprofessor am Institut für Prähistorische Archäologie der Freien Universität Berlin; Präsident der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, von-der-Heydt-Straße 16–18, 10785 Berlin. [parzinger@hv.spk-berlin.de](mailto:parzinger@hv.spk-berlin.de)

Der Begriff „NS-Raubkunst“ steht für den massiven rechtswidrigen Entzug von Privateigentum im Kontext von Diskriminierung, Entrechtung, Verfolgung und letztlich Vernichtung durch das NS-Regime. Der Staat war in diesem Bereich systematisch – unter Ausnutzung seiner gesetzgeberischen Möglichkeiten – gegen seine eigenen Bürgerinnen und Bürger vorgegangen. Bei der „Raubkunst“ ist die besondere Qualität des Unrechts signifikant, das insbesondere den jüdischen Eigentümern der Kulturgüter widerfahren ist. Die Ausplünderung der jüdischen Bevölkerung ist in dieser Dimension einmalig in der Geschichte. In dem Maße, wie sich die Verfolgung der jüdischen Bevölkerung qualitativ verschärfte, veränderten sich auch die Verfolgungs- und Verlustszenarien, von mehr oder minder erzwungenen Veräußerungen bis zu entschädigungslosen staatlichen Beschlagnahmungen.

Anders sind die Eingriffe und Auswirkungen bei der Aktion „Entartete Kunst“ und bei der „Beutekunst“ zu betrachten, da in beiden Fällen in erster Linie staatliche Einrichtungen betroffen waren. Bei der Aktion „Entartete Kunst“

stand die Kunst selbst im Visier des Staates; sie entsprach nicht den „völkischen“ Idealen und wurde deshalb eingezogen oder in erheblichem Umfang vernichtet. Dabei hatte man in erster Linie Kunst aus öffentlichen Sammlungen beschlagnahmt und aus der Öffentlichkeit verbannt. Privateigentum war dann betroffen, wenn es sich als Depositum im Museum befand oder in öffentlichen Auktionen angeboten wurde, ohne Differenzierung nach Eigentümern und deren Herkunft oder Glaube.<sup>1</sup>

Mit dem Begriff „Kriegsbedingt verlagerte Kulturgüter“, verkürzt als „Beutekunst“ bezeichnet, werden die deutschen Kunst- und Kulturgüter beschrieben, die nach Ende des Krieges insbesondere von der sowjetischen Armee abtransportiert wurden und bis heute nicht zurückgegeben worden sind. Diese Zugriffe nach dem 8. Mai 1945 waren auch eine Reaktion auf die massiven Zerstörungen und Mitnahmen von Kunst- und Kulturgütern durch die Wehrmacht während ihres Angriffskrieges gegen die Sowjetunion. Entsprechende Beutezüge hat es in der Geschichte wiederholt gegeben, beispielhaft sind die Napoleonischen Kunstraubzüge zu nennen,<sup>2</sup> und dennoch erreichte dieses Phänomen in der NS-Zeit eine bisher nicht gekannte Dimension.

## „Raubkunst“

In vielen deutschen Kultureinrichtungen, vornehmlich in Museen und Bibliotheken, befinden sich bis heute Kunst- und Kulturgüter, die nachweislich aus ehemals jüdischem Eigentum stammen oder von denen angenommen werden muss, dass sie diese Provenienz haben. Nicht alle diese Werke stehen unter dem Generalverdacht, ihren Alteigentümern verfolgungsbedingt abhanden gekommen zu sein. Vieles ist vor 1933 in die öffentlichen Sammlungen gelangt und steht damit außerhalb der nachfolgenden Betrachtungen. So entwickelten sich beispielsweise die Berliner Museen seit ihrer Gründung in den 1830er Jahren in kurzer Zeit zu Orten der Kunst, Kultur und Wissenschaft von Weltrang mit herausragenden Sammlungen. Dies verdanken sie in nicht unwesentlichem Maße der

<sup>1</sup> Vgl. Gesa Jeuthe, *Die Moderne unter dem Hammer*, in: Uwe Fleckner (Hrsg.), *Angriff auf die Avantgarde*, Berlin 2007, S. 198.

<sup>2</sup> Vgl. Susanne Schoen, *Der rechtliche Status von Beutekunst*, Berlin 2004, S. 27 ff.

Großzügigkeit jüdischer Mäzene. Namen wie James Simon, Eduard Arnhold oder Oskar Huldshinsky sind mit der Geschichte der Berliner Museen so eng verbunden wie Ludwig Darmstaedter und Martin Breslauer mit der Preußischen Staatsbibliothek.<sup>3</sup> Das Mäzenatentum jüdischer Sammler war umfassend und einmalig; ihr großzügiges bürgerschaftliches Engagement hat manchen Museen und Bibliotheken erst zu dem Ruhm verholfen, der trotz mancher Kriegsverluste bis heute anhält.<sup>4</sup>

Die verfolgungsbedingten Auflösungen von jüdischen Kunstsammlungen in der Zeit zwischen 1933 bis 1945 erfolgten durch Verkäufe, in Auktionen – oftmals erheblich unter Wert – oder durch staatliche Zwangseingriffe ohne jede Entschädigung für die Eigentümer. Vieles ging in den Besitz öffentlicher Museen, Bibliotheken und Archive oder in private Hände über. Die Rückgabe unrechtmäßig entzogener Kunst- und Kulturgüter aus ehemals jüdischem Eigentum oder deren Entschädigung war nach 1945 durch verschiedene gesetzliche Bestimmungen der West-Alliierten, später durch die Bundesrepublik Deutschland geregelt.<sup>5</sup> Die DDR erließ keine vergleichbaren Regelungen zur Aufarbeitung und Wiedergutmachung des Unrechts, welches durch die nationalsozialistische Gewaltherrschaft erfolgt war. In der DDR waren Leistungen in der Regel nur an systemkonforme Opfer des Faschismus gezahlt worden. Für Vermögenswerte, die man bis 1945 jüdischen Bürgern entzogen hatte, sah weder die sowjetische Besatzungsmacht noch die spätere DDR-Regierung Regelungsbedarf.<sup>6</sup>

Im Zuge der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten hatte sich die Bundesregierung<sup>7</sup> verpflichtet, das Bundesrückerstattungs- und das Bundesentschädigungsgesetz auf das Beitrittsgebiet zu erstrecken und Bestimmun-

<sup>3</sup> Vgl. Waltraud und Günter Braun (Hrsg.), *Mäzenatentum in Berlin*, Berlin 1993.

<sup>4</sup> Vgl. Sammeln, Stiften, Fördern. Jüdische Mäzene in der deutschen Gesellschaft. Veröffentlichungen der Koordinierungsstelle für Kulturgutverluste, Bd. 6, Köthen 2008.

<sup>5</sup> Vgl. Jürgen Lillteicher, *Raub, Recht und Restitution*, Göttingen 2007.

<sup>6</sup> Vgl. Kerstin Röhling, *Restitution jüdischer Kulturgüter nach dem Zweiten Weltkrieg*, Baden-Baden 2004, S. 217.

<sup>7</sup> BGBl 1990, II, S. 1386, Nr. 4c.

gen zu erlassen, die den dortigen Gegebenheiten Rechnung tragen. Zwar sind diese Gesetze im Beitrittsgebiet in Kraft getreten, Ansprüche konnten dennoch nicht geltend gemacht werden, da die Anmeldefristen zum 1. April 1958 abgelaufen waren und 1990 nicht neu eröffnet worden sind. Dies bedeutete faktisch, dass Ansprüche nach dem Bundesrückerstattungs- und dem Bundesentschädigungsgesetz im Beitrittsgebiet nicht durchsetzbar waren.<sup>18</sup> Mit dem Inkrafttreten des Einigungsvertrages am 3. Oktober 1990 wurde auch das von der Regierung der DDR noch kurz vor der Wiedervereinigung beschlossene Gesetz zur Regelung offener Vermögensfragen (Vermögensgesetz/VermG)<sup>19</sup> in bundesdeutsches Recht übernommen. Kunst- und Kulturgüter, die sich bis zur Wiedervereinigung auf dem Gebiet der DDR befunden hatten, konnten nach diesem Gesetz zurückerstattet werden. Dies galt für vermögensrechtliche Ansprüche von Bürgern und Vereinigungen, die in der Zeit vom 30. Januar 1933 bis zum 8. Mai 1945 aus rassistischen, politischen, religiösen oder weltanschaulichen Gründen verfolgt wurden und deshalb ihr Vermögen infolge von Zwangsverkäufen, Enteignungen oder auf andere Weise verloren hatten. Die Rückgabeansprüche für Kunst- und Kulturgüter mussten bis zum 30. Juli 1993 angemeldet werden.

Im Dezember 1998 wurde in Washington eine internationale Konferenz über das Vermögen von Holocaust-Opfern durchgeführt, bei der zum Abschluss Prinzipien zur Behandlung von „Kunstwerken aus Opferbesitz“ verabschiedet wurden. Auch wenn die Konferenzergebnisse keine Rechtsverbindlichkeit beanspruchen konnten, ist dort doch das unumkehrbare Zeichen gesetzt worden, sich international der Verantwortung zu stellen und Schritte einzuleiten, um die beabsichtigte späte Wiedergutmachung mehr als 50 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges umzusetzen.<sup>10</sup>

An erster Stelle der „Washingtoner Prinzipien“<sup>11</sup> steht die Aufforderung zur Identifizierung beschlagnahmter Kunstwerke und die Einrichtung eines zentralen Registers

<sup>18</sup> Vgl. J. Lillteicher (Anm. 5).

<sup>19</sup> BGBl 2005, I, S. 205 m. spät. Änd.

<sup>10</sup> Vgl. Tono Eitel, „Nazi-Gold“ und andere „Holocaust-Vermögenswerte“, in: Festschrift für Knut Ipsen zum 65. Geburtstag, München 2000, S. 57 ff.

<sup>11</sup> Washingtoner Erklärung, in: Handreichung vom Februar 2001, überarbeitet im November 2007; [www.lostart.de](http://www.lostart.de).

nebst dazugehörigen Ansprüchen der ehemaligen Eigentümer bzw. deren Rechtsnachfolger. Streitigkeiten sollen zur Erreichung einer hohen Einzelfallgerechtigkeit durch alternative Schlichtungsmechanismen beigelegt werden. Das wichtigste und bis heute grundlegende Prinzip ist die Aufforderung an Antragsteller und heutige Besitzer, bei der Behandlung von Restitutionsbegehren faire und gerechte Lösungen zu finden. Diese Prinzipien sind als *soft law* sehr unterschiedlich bewertet worden; gelegentlich war von einem „stumpfen Schwert“ die Rede.<sup>12</sup> Trotz des nur empfehlenden Charakters haben die „Washingtoner Prinzipien“ inzwischen eine gewisse Verbindlichkeit dadurch erlangt, dass sie als anerkannte Basis für Restitutionsentscheidungen insbesondere deutscher öffentlicher Museen gelten. Eine weitere nachhaltige Wirkung haben die Prinzipien für die Provenienzforschung zur Aufklärung des nationalsozialistischen Kulturraubs in Deutschland, aber auch weltweit entfaltet. In Deutschland entwickelte sich die Erkenntnis, dass in der Provenienzforschung der Museen, Bibliotheken und Archive die wesentliche Grundlage für die erhobenen Ansprüche liegt.

In der Bundesrepublik Deutschland erfolgte die Umsetzung der Grundsätze durch die im Dezember 1999 verabschiedete „Gemeinsame Erklärung der Bundesregierung, der Länder und der Kommunalen Spitzenverbände zur Auffindung und Rückgabe NS-verfolgungsbedingt entzogenen Kulturgutes, insbesondere aus jüdischem Besitz“.<sup>13</sup> Um Museen, Bibliotheken und Archive bei der Handhabung zu unterstützen, wurde im Februar 2001 die als „Handreichung“ bekannte Anleitung zur Prüfung und Behandlung von Restitutionsanfragen auf Initiative des Kulturstaatsministers von einer Expertenarbeitsgruppe formuliert, die im November 2007 grundlegend überarbeitet wurde.<sup>14</sup> Die umfangreichen und vielschichtigen Erfahrungen mit Restitutionsersuchen aus zehn Jahren, die seit der Konferenz von Washington vergangen waren, haben dabei Eingang gefunden. In der Folge der Washingtoner Erklärung wurde die Koordinierungsstelle für Kulturgutverluste in Magde-

<sup>12</sup> Vgl. Hannes Hartung, *Kunstraub in Krieg und Verfolgung: die Restitution der Beute- und Raubkunst im Kollisions- und Völkerrecht*, Berlin 2005, S. 102.

<sup>13</sup> Wortlaut auf [www.lostart.de](http://www.lostart.de).

<sup>14</sup> Wortlaut ebd.

burg beauftragt, identifizierte Kunstwerke in einem Zentralregister zu erfassen und zu veröffentlichen, welches über das Internet weltweit zugänglich ist. Die Meldung von Erkenntnissen aus der Provenienzrecherche einzelner deutscher Kultureinrichtungen beruht allerdings auf dem Prinzip der Freiwilligkeit.

Mit der Einrichtung der sog. Beratenden Kommission, die nach ihrer Vorsitzenden Jutta Limbach auch als „Limbach-Kommission“ bezeichnet wird, hat die Bundesregierung eine weitere Anforderung der „Washingtoner Prinzipien“ erfüllt. Die Kommission hat die Aufgabe, bei Differenzen über die Rückgabe von NS-verfolgungsbedingt entzogenen Kulturgütern, die sich heute in Museen, Bibliotheken, Archiven oder anderen öffentlichen Einrichtungen der Bundesrepublik Deutschland befinden, als Vermittler zwischen den Trägern der Sammlungen und den ehemaligen Eigentümern der Kulturgüter bzw. deren Erben zu agieren und entsprechende Empfehlungen auszusprechen, die allerdings rechtlich nicht bindend sind. Die Kommission kann angerufen werden, wenn dies von beiden Seiten gewünscht wird.<sup>15</sup> Sie hat bislang vier Empfehlungen ausgesprochen.

Die Stiftung Preußischer Kulturbesitz (SPK) befasst sich seit der Wiedervereinigung mit Restitutionsansprüchen. Mit dem 3. Oktober 1990 hat die SPK die seit Kriegsende und der Teilung Deutschlands auf dem Gebiet der DDR verwalteten Teile der Staatlichen Museen zu Berlin, der Staatsbibliothek zu Berlin und des Geheimen Staatsarchivs durch die Bestimmungen des Einigungsvertrages in ihre Trägerschaft übernommen; die seit 1961 geteilten Sammlungen und Bestände wurden wieder vereinigt. Ansprüche nach dem Wiedergutmachungsrecht der Bundesrepublik auf Kunstwerke in der Stiftung waren 1961 zum Zeitpunkt der Arbeitsaufnahme der SPK nicht mehr anhängig und wegen des Ablaufs der gesetzlichen Anmeldefristen auch nicht mehr möglich. Bis zur Wiedervereinigung 1990 sah sich die Stiftung – wie im Übrigen auch andere deutsche Museen, Bibliotheken und Archive – nicht mit solchen Restitutionsfragen konfrontiert.

Seit 1991 ergaben sich zunehmend Kontakte zwischen der SPK und der Jewish

Claims Conference (JCC) über Kunstwerke, die vor Kriegsende in die heutigen Sammlungen der Einrichtungen der Stiftung gelangt waren. Manches konnte auf der Grundlage des Vermögensgesetzes gelöst werden, für andere Sachverhalte fehlt es an einer rechtlichen Grundlage für eine Rückgabe. Die SPK gelangte im Sommer 1999 zu einer eigenen Haltung in dieser Frage. Als Nachfolgerin des Trägers der Preußischen Staatlichen Museen und der Preußischen Staatsbibliothek, die im Laufe ihrer Entwicklung maßgeblich von jüdischen Mäzenen gefördert wurden, fühlt sich die SPK in besonderer Weise verpflichtet. Die enorme Großzügigkeit früherer Mäzene wurde zum Anlass für weit greifende Entscheidungen im Umgang mit Restitutionsansprüchen. Angesichts der Rechtslage berief sich die Stiftung auf die Freiheit zur freiwilligen Leistung im Einzelfall. Hinzu kamen die Erfahrungen mit Restitutionsersuchen von Erben jüdischer Alteigentümer, die seit 1990 formuliert wurden. Ganz im Geiste der Washingtoner Grundsätze und der später veröffentlichten „Gemeinsamen Erklärung“ fasste der Stiftungsrat der SPK am 4. Juni 1999 den Beschluss, zu den Bemühungen zur Aufklärung entsprechender Sachverhalte beizutragen und die Dokumentationen Dritten zugänglich zu machen. Der Stiftungsrat ermächtigte den Präsidenten, einvernehmliche Lösungen zu suchen und auch über die Herausgabe von Kunstwerken zu entscheiden, selbst wenn dies nicht zwingende Folge einer gesetzlichen Regelung ist.<sup>16</sup> Damit wurde der Weg für eine freiwillige Restitution geebnet, da in den meisten Fällen gesetzliche Fristen verstrichen und Ansprüche somit nicht mehr durchsetzbar waren.

Bis heute hat der Präsident der SPK über 29 Anträge auf Restitution entschieden, in 22 Fällen wurde einer Rückgabe zugestimmt, da nach Klärung der Provenienz kein Zweifel an der Verfolgungsbedingtheit des Verlustes bestand. Das wohl prominenteste Stück ist das Gemälde „Watzmann“ von Caspar David Friedrich, welches in der Alten Nationalgalerie in Berlin ausgestellt ist. Einige der restituierten Werke konnte die SPK erwerben und dauerhaft in ihren Einrichtungen halten. Im Bibliotheksbereich der SPK sind es vor allem die aktiven Recherchen der Staatsbibliothek

<sup>15</sup> Zur Beratenden Kommission vgl. ebd.

<sup>16</sup> Vgl. Norbert Zimmermann, Die Praxis der Restitution, in: Jahrbuch der SPK, (2001), S. 233 ff.

zu Berlin, die immer wieder zu Restitutionsen führen. Beispielhaft sind Rückgaben an die Erben von Arthur Rubinstein, Leo Baeck und Edwin Geist zu nennen. Das in der Staatsbibliothek laufende Projekt zur Aufklärung der Wirkungen der „Reichstauschstelle“ fördert zahlreiche weitere Hinweise zutage, denen intensiv nachgegangen wird.<sup>17</sup>

Unter dem Eindruck der fortschreitenden Zeit seit der Verabschiedung der „Washingtoner Prinzipien“ berief Kulturstaatsminister Bernd Neumann im November 2006 eine Arbeitsgruppe zu Restitutionsfragen ein, in der Bund, Länder, Kommunen und Fachleute aus dem Kulturbereich mitwirkten. Zu den Ergebnissen dieser Beratungen zählte auch der Entschluss, eine Arbeitsstelle für Provenienzrecherche und -forschung einzurichten. Im Juni 2008 hat diese Arbeitsstelle, die organisatorisch bei der SPK angegliedert ist, ihre Arbeit aufgenommen. Mit der Gewährung einer finanziellen Unterstützung in Höhe von einer Million Euro wurde bundesweit für Museen, Bibliotheken und Archive die Möglichkeit einer projektbezogenen Förderung der Provenienzforschung etabliert. Die Unterhaltung der Arbeitsstelle für Provenienzrecherche/-forschung wird durch die finanzielle Unterstützung der Kulturstiftung der Länder ermöglicht. Fördermittel stehen für Nachforschungen zum Verbleib von Kunstwerken und anderen Kulturgütern zur Verfügung, die infolge der nationalsozialistischen Herrschaft ihren rechtmäßigen Eigentümern entzogen wurden und auf unterschiedliche Art und Weise in deutsche öffentliche Sammlungen bzw. Institutionen gelangt sind.

Schon im ersten Jahr des Bestehens dieser Arbeitsstelle hat sich gezeigt, dass die neuen Fördermöglichkeiten intensiv in Anspruch genommen werden. Die Arbeitsstelle für Provenienzrecherche/-forschung wird einen wichtigen Beitrag zur Institutionalisierung des wissenschaftlichen Austausches auf dem Gebiet der Provenienzforschung und zur Verstetigung der Forschungsergebnisse leisten.<sup>18</sup>

<sup>17</sup> Vgl. Hans-Erich Bödeker/Gerd.-J. Bötte, NS-Raubgut, Reichstauschstelle und Preußische Staatsbibliothek, München 2008.

<sup>18</sup> Zu Einzelheiten der Arbeitsstelle und Fördermöglichkeiten vgl. [www.smb.spk-berlin.de/provenienzforschung](http://www.smb.spk-berlin.de/provenienzforschung).

Die Aktion „Entartete Kunst“ gehört zu den dunkelsten Kapiteln der deutschen Museums- und Kunstgeschichte. Zur nationalsozialistischen Ideologie gehörte als zentraler Bestandteil ein Idealbild deutscher, „völkischer“ Kunst. Als Gegenbild zu diesem Ideal wurden Werke bestimmter Kunstrichtungen, die mit den Schönheitsvorstellungen der Nationalsozialisten nicht in Einklang zu bringen waren, als „Verfallkunst“ gebrandmarkt. In der NS-Zeit war der Kampf gegen die künstlerische Avantgarde fester Bestandteil der staatlichen Propaganda.

1937 erreichte die Aktion „Entartete Kunst“ ihren Höhepunkt. Eine staatliche Kommission beschlagnahmte innerhalb weniger Tage Hunderte von Werken der Moderne. Diese Werke wurden in München in der Ausstellung „Entartete Kunst“ gezeigt, die am 16. Juli 1937 öffnete. Sie war in jeder Hinsicht als Gegenveranstaltung zur „Großen Deutschen Kunstausstellung“ konzipiert, die tags zuvor im neu errichteten „Haus der deutschen Kunst“ eröffnet worden war. Während die „Große Deutsche Kunstausstellung“ den Werken der Künstler, die von den Nationalsozialisten verehrt wurden, ein weihevolleres Denkmal setzen sollte, wurden in der Ausstellung „Entartete Kunst“ die Werke der Avantgarde auf engstem Raum zusammengepfercht und von schmähenden Inschriften begleitet. Auf diese Weise sollte die deutsche Öffentlichkeit von der Minderwertigkeit der gezeigten Werke überzeugt werden.

In einer zweiten Beschlagnahmewelle, die nach der Eröffnung der Ausstellung stattfand, ging man noch einen Schritt weiter: Sämtliche Werke der Kunst, die vom Regime als „entartet“ betrachtet wurden, sollten aus den Sammlungen entfernt werden. Die Nationalgalerie in Berlin hatte unter ihrem Direktor Ludwig Justi in der Zeit zwischen den Weltkriegen eine der bedeutendsten Sammlungen zeitgenössischer Kunst aufgebaut. Als Ergebnis der Aktion „Entartete Kunst“ verlor allein dieses Museum über 500 Werke,<sup>19</sup> insgesamt waren fast 20 000 Werke aus 101 Museen und Sammlungen betroffen.<sup>20</sup>

<sup>19</sup> Vgl. Roland März u. a., Kunst in Deutschland 1905–1937, Berlin 1992.

<sup>20</sup> Vgl. Dossier der Forschungsstelle „Entartete Kunst“ an der FU Berlin vom 15. 12. 2004.

Erst nachträglich mit dem „Gesetz über Einziehung von Erzeugnissen entarteter Kunst“ vom 31. Mai 1938 erhielt die Aktion „Entartete Kunst“ eine gesetzliche Grundlage.<sup>121</sup> Das Gesetz sah die entschädigungslose Enteignung der beschlagnahmten Werke zu Gunsten des Reiches vor. Damit war die Grundlage für die „Verwertung“ der Werke zur Devisenbeschaffung gelegt. Mit der Veräußerung der als „verwertbar“ eingestufteten Werke wurden vier Kunsthändler beauftragt, die jeweils über besondere Erfahrungen mit dem Handel mit moderner Kunst verfügten: Karl Buchholz und Ferdinand Möller, Bernhard D. Böhmer und Hildebrand Gurlitt. Die Stücke, die die Händler nicht übernommen hatten, wurden als „unverwertbar“ am 20. März 1939 im Hof der Hauptfeuerwache in Berlin verbrannt.<sup>122</sup>

Nicht nur wegen der riesigen Lücken, die die Aktion „Entartete Kunst“ in die Sammlungen der Museen riss, sondern auch wegen der Rolle, die Mitarbeiter der Museen bei der Aussonderung und Vernichtung von Kunstwerken spielten, sind die Umstände und Wirkungen bis heute Anlass für zahlreiche Forschungsvorhaben. Vorrangig zu nennen ist dabei die Forschungsstelle Entartete Kunst an der Freien Universität Berlin. Diese hat es sich zur Aufgabe gemacht, zu klären, welche Werke der Moderne von der Aktion betroffen und von der Beschlagnahmekommission eingezogen worden waren, sowie deren weiteres Schicksal zu erhellen. Besonderheiten gelten mit Blick auf die heutigen Eigentumsrechte an den Werken, die im Zuge der Aktion „Entartete Kunst“ enteignet wurden. Das „Gesetz über Einziehung von Erzeugnissen entarteter Kunst“, mit welchem die Unrechtsakte legalisiert worden waren, ist nach Ende des Zweiten Weltkriegs durch die Alliierten nicht aufgehoben worden. Begründet wurde dies damit, dass durch das Gesetz keine Personen verfolgt wurden, vielmehr habe sich die Stoßrichtung des Gesetzes gegen bestimmte Werke gerichtet.

Diese Argumentation dürfte allerdings nur ein Grund dafür sein, warum das Gesetz nicht angetastet wurde. Im Zuge der „Verwertung“ der Bilder waren sie auf der ganzen Welt veräußert worden. Durch eine Annullie-

rung des Gesetzes wäre diesen Transaktionen die rechtliche Grundlage entzogen worden. Eine Rückforderung der Werke durch die früheren Eigentümer würde heute nicht zum Erfolg führen.<sup>123</sup> Für die Kunstwerke, die im Zuge der Aktion „Entartete Kunst“ aus öffentlichen Sammlungen Deutschlands vom Staat entfernt wurden, ist ohnehin ein anderer Gesichtspunkt entscheidend. Soweit die staatlichen Sammlungen Opfer der Aktion „Entartete Kunst“ wurden, waren sie doch schicksalhaft zugleich mit dem Staat verwoben, der die Eingriffe vornahm. Rückforderungen staatlicher Museen gelten daher als rechtlich nicht durchsetzbar.<sup>124</sup>

## „Beutekunst“

Der Tabu-Bruch, den das NS-Regime im Zweiten Weltkrieg mit seinem Kunstraubzug beging, bewirkte, dass die Sowjetunion nach Kriegsende als Gegenreaktion auf direkte Weisung Stalins „Trophäenkommissionen“ der Roten Armee zur Requirierung von deutschen Kunst- und Kulturgütern einsetzte.<sup>125</sup> Unmittelbar nach Einstellung der Kampfhandlungen im Mai 1945 beschlagnahmten diese in deutschen Kultureinrichtungen über 2,6 Millionen Kunstwerke, mehr als sechs Millionen Bücher und unzählige Kilometer von Archivalien zum Abtransport in die Sowjetunion. Berlin, Dresden und Potsdam, auch Schwerin, Gotha, Leipzig und Dessau hatten massive Verluste zu beklagen, und insgesamt 80 Museen in Deutschland leiden noch heute unter den massiven Verlusten.

Die Sowjetunion betrachtete die nach 1945 aus Deutschland abtransportierten Kulturgüter jedoch zunächst noch als das geistige und kulturelle Erbe des deutschen Volkes. Seit 1955 kam es zu Rückführungen, zunächst der verlagerten Gemälde aus der Dresdner Galerie. Ab Herbst 1958 übergab die Sowjetunion umfangreiche Bestände aus Berlin, Potsdam,

<sup>123</sup> Vgl. Carl-Heinz Heuer, Die Kunstraubzüge der Nationalsozialisten und ihre Rückabwicklung, in: Neue Juristische Wochenschrift, (1999), S. 2558 ff.

<sup>124</sup> Vgl. Stellungnahme des Präsidenten der SPK, Klaus-Dieter Lehmann, vom 23. 8. 1999.

<sup>125</sup> Im Textbeitrag wird exemplarisch ausschließlich auf die besonderen deutsch-russischen Kulturgutrückführungsbemühungen eingegangen. Unter anderen historischen Vorzeichen wie auch unterschiedlichen rechtlichen Voraussetzungen gibt es bilaterale Gespräche auch mit Polen, der Ukraine und Georgien.

<sup>121</sup> RGBl 1938, I, 612.

<sup>122</sup> Vgl. Alfred Hentzen, Die Berliner Nationalgalerie im Bildersturm, Köln-Berlin 1971, S. 53.

Gotha, Leipzig, Dessau und Schwerin sowie anderen Orten an die Regierung der DDR. Über 300 Eisenbahnwaggons aus Moskau und Leningrad mit etwa 1,5 Millionen Werken trafen in Berlin ein, darunter so Einmaliges wie die Friesplatten des Pergamon-Altars, Donatellos „Madonna mit Kind“, Botticellis Illustrationen zu Dantes „Göttlicher Komödie“, aber auch Adolph von Menzels „Das Eisenwalzwerk“ und eine Vielzahl anderer unersetzlicher Werke der Weltkunst.

In umgekehrter Richtung gab es ebenfalls Rückführungen. Die Westalliierten hatten die in ihren Besetzungszonen liegenden Kunstgüterdepots in *Collecting Points* in Wiesbaden (USA), Celle (GB) und Tübingen (F) zusammengezogen. Dort identifizierbare Kunst- und Kulturgüter wurden umgehend zurückgegeben. Mehr als 500 000 Objekte kehrten auf diese Weise zwischen 1945 und 1949 sowie 1952/53 nach Russland zurück. Umfangreiche Nachforschungen nach russischen Beständen gab es nach der Wiedervereinigung ab 1990. Die wenigen entdeckten Einzelstücke sind umgehend an die Russische Föderation zurückgegeben worden. Der größte Teil der heute von Russland vermissten Kunst- und Kulturgüter ist indes durch Zerstörung unwiederbringlich verloren gegangen.

Trotz der erheblichen Rückführungen durch die Sowjetunion in den Jahren 1955 und 1958 werden noch etwa eine Million Kunstwerke, darunter 200 000 Stücke von besonderem musealen Wert, in Russland und den umliegenden Staaten vermutet. Dort, wo deutschen Fachleuten der Zugang zu Depots und Sonderarchiven gewährt wird, ist der Aufenthaltsort der verlagerten deutschen Werke bekannt, so die frühbronzezeitlichen Depotfunde aus Troja („Schatz des Priamos“) oder der Eberswalder Goldfund sowie Teile des Vorkriegsbestandes der „Ostasiatischen Sammlung“ des heutigen Museums für Asiatische Kunst der Staatlichen Museen zu Berlin. Die Werke lagern in Moskau und St. Petersburg. Neben den Kunstwerken aus musealen Sammlungen sind auch Bücher und Archivalien betroffen. Es werden noch etwa 4,6 Millionen Bücher und Handschriften sowie drei Regalkilometer Archivgut in Russland vermutet, überwiegend mit unbekanntem Aufenthaltsort.<sup>126</sup>

<sup>126</sup> Vgl. Günther Schade, „Kriegsbeute“ – oder „Weltschätze der Kunst, der Menschheit bewahrt“, in:

Der politische Wandel in Europa stellte das deutsch-russische Verhältnis auf eine neue Grundlage. Ausgangspunkt für die deutsche Haltung ist nach wie vor, dass es sich bei den noch in Russland verwahrten Kunst- und Kulturgütern um deutsches Eigentum handelt. Auf ihre Rückgabe macht die Bundesrepublik Deutschland Rechtsansprüche geltend, insbesondere, soweit es sich um Bestände aus öffentlichen Sammlungen handelt. Der deutsche Rückführungsanspruch stützt sich auf die verbindlichen völkerrechtlichen Regeln der Haager Landkriegsordnung (HLKO) aus dem Jahr 1907. Durch sie wird bis heute der Schutz von Kulturgütern in Kriegszeiten geregelt.<sup>127</sup>

Nach 1990 hat die Bundesrepublik Deutschland mit der UdSSR und später mit der Russischen Föderation darüber spezielle Abkommen geschlossen. Ausschlaggebend für die heutigen Verhandlungen ist der „Vertrag über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit“.<sup>128</sup> Danach sollen verschollene oder unrechtmäßig verbrachte Kunstschatze, die sich auf ihrem Territorium befinden, an den Eigentümer oder seinen Rechtsnachfolger zurückgegeben werden. Die Berufung auf diese völkerrechtliche Grundlage durch die deutsche Seite ist daher grundsätzlich folgerichtig. 1993 begannen erste Gespräche zwischen Russland und Deutschland über die Kulturgüterrückführung. Jedoch gab es rasch zunehmende innerrussische Spannungen, da die Duma-Abgeordneten eine Rückgabe mehrheitlich ablehnten.

Seit 1995 stagnieren die Gespräche, ein Jahr später erklärte die Duma die „Beutekunst“ zu russischem Eigentum. Nur für Werke aus privatem, kirchlichem und jüdischem Eigentum wurden Ausnahmen zugelassen, für diese sollte eine Rückführung grundsätzlich möglich sein. Schließlich passierte das Gesetz auch den Russischen Föderationsrat. Das „Duma-Gesetz“ wurde in letzter Instanz vom russischen Verfassungsgericht bestätigt und trat schließlich am 20. Juli 1999 in Kraft. Es erklärt alle deutschen Kunst- und Kulturgüter aus öffentlicher Hand, die als Folge des Zweiten

Jahrbuch der SPK, (2004), S. 199 ff; Klaus-Dieter Lehmann/Günther Schauerte (Hrsg.), Kulturschätze – verlagert und vermisst. Eine Bestandsaufnahme der Stiftung Preußischer Kulturbesitz 60 Jahre nach Kriegsende, Berlin 2004.

<sup>127</sup> Vgl. S. Schoen (Anm. 2).

<sup>128</sup> BGBl 1991, II, 702.

Weltkrieges nach Russland verbracht worden sind, zu russischem Eigentum. Betroffen von dieser Regelung sind alle Bestände aus den deutschen öffentlichen Sammlungen, die nach dem Krieg von der Besatzungsmacht in die UdSSR verbracht wurden und sich heute in russischen Museen, Bibliotheken und Archiven befinden. Die russische Seite bezeichnete diese Inbesitznahme als „kompensatorische Restitution“, die für die eigenen kriegsbedingten Verluste entschädigen sollte. Die aus deutscher Sicht völkervertraglich bindende Rückgabepflicht wurde ignoriert.

Die deutsch-russischen Verhandlungen zum Thema „Beutekunst“ gestalten sich schwierig. 2007 wurden im Rahmen der Regierungskonsultationen bilaterale Arbeitsgruppen zu klar umgrenzten Sonderthemen eingerichtet. Es geht in diesen Arbeitsgruppen durchweg um Bestände aus Kategorien, die nach dem Duma-Gesetz ausdrücklich *nicht* zu russischem Staatseigentum erklärt worden sind. Exemplarisch wird über die „Baldin-Sammlung“ mit 362 Zeichnungen und zwei Gemälden der Kunsthalle Bremen verhandelt. Als Beispiel für eine gelungene Rückgabe nach dem Inkrafttreten des Duma-Gesetzes lassen sich vor allem die mittelalterlichen Glasfenster der Marienkirche in Frankfurt/Oder anführen, die überwiegend 2002 und dann Ende 2008 vollständig von der russischen Regierung restituiert wurden.

Unbeschadet der nach wie vor klärungsbedürftigen Rechtsfragen und der schwierigen Verhandlungssituation auf politischer Ebene haben sich die Fachkontakte zwischen deutschen und russischen Museen, aber auch zu georgischen und ukrainischen Museen und Bibliotheken weiterentwickelt. Intensiviert wurden sie insbesondere durch gemeinsame Ausstellungen seit 1998. Mit der Ausstellung „Europa ohne Grenzen“ zur Welt der Merowinger 2007 erreichte die Kooperation eine neue Dimension. Wieder wurden dabei kriegsbedingt verlagerte Bestände des Museums für Vor- und Frühgeschichte gemeinsam mit Leihgaben aus Berlin präsentiert. Die Ausstellung fand in Moskau und St. Petersburg große öffentliche Aufmerksamkeit. In einem umfangreichen mehrsprachigen Katalog wurden dabei neben einer beträchtlichen Menge an Fachinformationen und neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen auch die rechtlichen Standpunkte der beiden Regierungen zum Thema „kriegsbe-

dingt verlagerte Kunst- und Kulturgüter“ dargelegt, ein Novum in den deutsch-russischen Beziehungen

2005 haben sich die drei großen Museumskomplexe in Berlin, Dresden und Potsdam zusammen mit der Kulturstiftung der Länder zu einer gemeinsamen Initiative entschlossen, die auf der Fachebene zu einem Zusammenschluss aller von dieser Problematik betroffenen deutschen Museen geführt hat. Auf einer Vollversammlung in Berlin im November 2005 wurde der „Deutsch-Russische Museumsdialog“ gegründet. Diese Nichtregierungsorganisation umfasst bisher über 80 deutsche Museen. Der von diesem Dialog ausgehende Impuls für den Aufbau eines bilateralen Expertennetzwerks ist ausgesprochen wichtig und gewinnbringend, und zwar sowohl für die notwendige und bislang nicht umfassende Bestandsaufnahme von kriegsbedingt verlagerten Kunst- und Kulturgütern in Russland und Deutschland als auch für den Austausch und die Kooperationen unabhängig von der „Beutekunst“.<sup>129</sup> Die gute deutsch-russische Zusammenarbeit auf der Ebene der Museen und im Kultur- und Wissenschaftsbereich insgesamt wird schon seit Jahren von beiden Seiten mit großem Interesse und vielfältigem Engagement betrieben; diese Form der Kooperation muss im 21. Jahrhundert als Chance genutzt werden.

## Ausblick

Sowohl für die „Raubkunst“ als auch für die „Beutekunst“ und ebenso für die offenen Fragen der Auswirkungen der Aktion „Entartete Kunst“ ist bis heute weniger die Rechtslage als vielmehr die Faktenlage ausschlaggebend. Die grundlegenden Fragen sind die nach der Provenienz der betroffenen Bestände und dem heutigen Aufenthaltsort dieser Kunst- und Kulturgüter. Erst wenn hierzu gesichertes Wissen vorliegt und der Zugang zu den Werken möglich ist, kann über weitergehende Lösungen nachgedacht werden.

<sup>129</sup> Vgl. Britta Kaiser-Schuster, Die Initiative Deutsch-Russischer Museumsdialog, in: *Museumskunde*, 73 (2008) 1, S. 41.

# APuZ

Nächste Ausgabe 38/2009 · 14. September 2009

## Parlamentarismus

*Karl-Rudolf Korte*

Die neue Qualität des Parteienwettbewerbs  
im „Superwahljahr“ 2009

*Reimut Zohlnhöfer*

Große Koalition:  
Durchregiert oder im institutionellen Dickicht verheddert?

*Kurt Lenk*

Vom Mythos der politischen Mitte

*Günther Rüter*

Vertrauen, Verantwortung und die Würde des Kompromisses

*Henrik Gast*

„Kanzlerkommunikation“ von Adenauer bis Merkel

*Michael Püschner*

Der Fraktionsreferent – ein politischer Akteur?

Herausgegeben von  
der Bundeszentrale  
für politische Bildung  
Adenauerallee 86  
53113 Bonn.



### Redaktion

Dr. Katharina Belwe  
Dr. Hans-Georg Golz  
(verantwortlich für diese Ausgabe)  
Johannes Piepenbrink  
Manuel Halbauer (Volontär)  
Telefon: (0 18 88) 5 15-0  
oder (02 28) 9 95 15-0

### Internet

[www.bpb.de/apuz](http://www.bpb.de/apuz)  
[apuz@bpb.de](mailto:apuz@bpb.de)

### Druck

Frankfurter Societäts-  
Druckerei GmbH  
Frankenallee 71–81  
60327 Frankfurt am Main.

### Vertrieb und Leserservice

- Nachbestellungen der Zeitschrift  
*Aus Politik und Zeitgeschichte*
- Abonnementsbestellungen der  
Wochenzeitung einschließlich  
*APuZ* zum Preis von Euro 19,15  
halbjährlich, Jahresvorzugspreis  
Euro 34,90 einschließlich  
Mehrwertsteuer; Kündigung  
drei Wochen vor Ablauf  
des Berechnungszeitraumes

Vertriebsabteilung der  
Wochenzeitung **Das Parlament**  
Frankenallee 71–81  
60327 Frankfurt am Main.  
Telefon (0 69) 75 01-42 53  
Telefax (0 69) 75 01-45 02  
[parlament@fsd.de](mailto:parlament@fsd.de)

Die Veröffentlichungen  
in *Aus Politik und Zeitgeschichte*  
stellen keine Meinungsäußerung  
der Herausgeberin dar; sie dienen  
der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke dürfen  
Kopien in Klassensatzstärke herge-  
stellt werden.

ISSN 0479-611 X

- Norbert Frei*  
3-5 **1939 und wir**  
Unser Bild vom Krieg ist dichter geworden. Das gilt für die Gesellschaftsgeschichte der „Heimatfront“ ebenso wie für die Geschichte der Kriegsmobilisierung, der „Arisierung“ und der Ausplünderung der besetzten Gebiete.
- Jerzy Kochanowski*  
6-13 **Der Kriegsbeginn in der polnischen Erinnerung**  
Seit sieben Jahrzehnten nimmt der September (insbesondere dessen erster Tag) eine besondere Stellung im polnischen Gedenkkalender ein. Das Gedenken an den „Polnischen September“ hat eine außerordentlich verwickelte Geschichte.
- Martin Sabrow*  
14-21 **Den Zweiten Weltkrieg erinnern**  
Die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg hat grundlegende Wandlungen durchgemacht. Sie ist bis heute eine „unsichere Erinnerung“ geblieben, die beständig zwischen den Deutschen als Opfern und den Opfern der Deutschen schwankte.
- Rolf-Dieter Müller*  
21-27 **Kriegsbeginn 1939: Anfang vom Ende des Deutschen Reichs**  
Vor 70 Jahren zeigte sich Hitlers Bereitschaft, Grenzen und Traditionen des Bismarck-Reiches zu sprengen. Im Verlauf „seines“ Weltanschauungskrieges zerstörte er das alte Europa und stürzte das Reich in den Untergang.
- Elena Stepanova*  
27-33 **Bilder vom Krieg in der deutschen und russischen Literatur**  
Welche Bilder vom Krieg gegen die Sowjetunion werden von zeitgenössischen deutschen und russischen Schriftstellern produziert? Wie erklären sie die Gründe, aus denen Soldaten auf beiden Seiten zum Töten und Sterben bereit waren?
- Svenja Goltermann*  
34-39 **Kriegsheimkehrer in der westdeutschen Gesellschaft**  
Für viele ehemalige Soldaten war das „normale“ Leben nach 1945 prekär. Die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und dem Krieg blieb eine zermürbende Herausforderung, wie sich während der Entnazifizierung zeigte.
- Hermann Parzinger*  
39-46 **Folgen des Zweiten Weltkriegs für Kunst- und Kulturgüter**  
Der Beitrag verhandelt die Themen „NS-Raubkunst“, „Entartete Kunst“ und „Beutekunst“, beispielhaft dargestellt anhand der unmittelbaren Arbeit der Stiftung Preußischer Kulturbesitz.